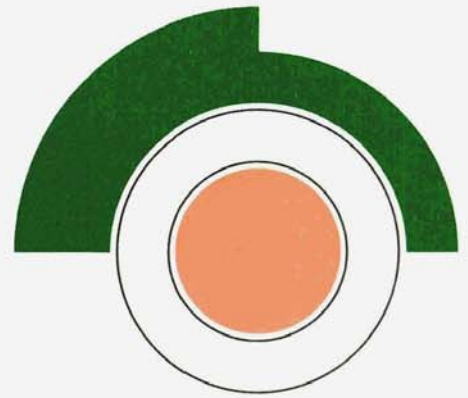


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 16



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 1. 10. 1996

WORT UND WIDERWORT

Sind die Kosten der Sozialhilfe den Kommunen noch zuzumuten?

*Sollte die Belastung der Kommunen durch Sozialhilfeausgaben weiter zunehmen, dann werde dies bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen der Kommunen zum Kollaps führen. Die Verantwortung hierfür sei beim Bund zu suchen, denn dieser sei allein zuständig für die sozialhilferelevanten Gesetze. Es bedürfe daher einer Änderung der Bundespolitik, um die Kommunen aus der Sozialhilfekostenspirale zu befreien. Die Grenze der Zumutbarkeit sei längst erreicht. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Jürgen Thulke**. Der CDU-Abgeordnete **Albert Leifert** betont, wer das bürgerschaftliche Engagement in der kommunalen Selbstverwaltung stärken wolle, müsse insbesondere durch eine auf Wachstum und Beschäftigung angelegte Wirtschaftspolitik die Steuereinnahmen von Kommunen verbessern und durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze die Anzahl der Sozialhilfefälle drastisch reduzieren. Dazu brauche man eine Landesregierung, die ihre Blockadehaltung in Bonn aufgebe. Der GRÜNE-Abgeordnete **Ewald Groth** unterstreicht, auf der Seite der Kommunen verfestige sich mit steigenden Sozialausgaben und gleichzeitig sinkenden Einnahmen die finanzielle Krise. Die Verelendungstendenzen seien durch begrenzte kommunale Möglichkeiten nicht mehr zu kompensieren. Nach dem Verursacherprinzip müsse der Bund seiner Verantwortung für steigende Sozialhilfeausgaben endlich gerecht werden und sich an den Kosten zumindest beteiligen.* (Seite 2)

Landtag begrüßt Zwischenbericht der Innenminister Beobachtung von SC umstritten

Der Hauptausschuß des Landtags unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) hat in öffentlicher Sitzung eine Entschließung der Koalition von SPD und GRÜNEN zur Scientology Church (SC) einstimmig gebilligt. Der Hauptausschuß schloß sich damit der Haltung der Innenministerkonferenz an.

CDU-Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen begrüßte den Beschluß der Innenministerkonferenz und folgerte, insofern könne seine Fraktion dem Koalitionsantrag zustimmen. Die Entschließung von SPD und GRÜNEN hat folgenden Wortlaut: „Der Landtag begrüßt den Zwischenbericht der Innenministerkonferenz an die Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. September 1996 in seiner umfassenden und differenzierten Darstellung, der zu den Problemen der Bekämpfung von Scientology Church ein umfangreiches Maßnahmenpaket enthält. Ob eine Beobachtung von Scientology Church durch den Verfassungsschutz politisch sinnvoll und rechtlich möglich wäre, ist in Bund und Ländern umstritten. Die fortlaufende Prüfung, ob der Weg des Verfassungsschutzgesetzes eröffnet ist oder nicht, gehört zu den gesetzlichen Aufgaben

der Verfassungsschutzämter und Innenminister von Bund und Ländern“.

Der Ursprungsantrag der CDU unter dem Titel „Verbot der Scientology Church prüfen — Scientology Church unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stellen“ sowie ein (Fortsetzung Seite 19)

Die Woche im Landtag

Landtagsjubiläum

Ein ganzes Bündel von Veranstaltungen und Veröffentlichungen stellte Landtagspräsident Ulrich Schmidt der Presse zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50jährigen Bestehens des Landtags vor. (Seite 3)

Euro-Wegweiser

Drei Ausschüsse stellen 25 Fragen an Finanz- und Wirtschaftsexperten, die in öffentlicher Anhörung den „Weg zur einheitlichen Währung“ verdeutlichen sollten. (Seite 5)

Überraschung

Überraschender Besuch bei der Veranstaltung „Kinder im Parlament“: Der ehemalige Staatspräsident Michail S. Gorbatschow schaute herein. (Seite 10)

Lebensstandard

Sozialversicherungsfreie Arbeit ist häufig notwendig, um den Lebensstandard der Familie zu halten. (Seite 20)

Kunstsammlung

Die Option auf eine Erweiterung der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen am heutigen Standort soll offenbleiben. (Seite 21)

Fußball-WM

Die Fraktionen haben sich gemeinsam dagegen ausgesprochen, daß die nächste Fußball-WM im Fernsehen zu einer Exklusiv-Veranstaltung wird. (Seite 23)



Im Kinderparlament: v. r. Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Michail S. Gorbatschow, seine Frau Raissa und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) mit Dolmetscherin (Seiten 4 und 10). Foto: Schälte

WORT UND WIDERWORT

Explodierende Sozialausgaben nehmen Kommunen die Luft

Von
Jürgen Thulke

Die Kommunen befinden sich seit geraumer Zeit in finanziell schwieriger Situation.

Die Finanzpolitik der Kommunen ist dabei — neben einer verantwortlichen Ausgabenpolitik vor Ort — auch davon abhängig, daß sich die von den Kommunen nicht unmittelbar zu beeinflussenden Koordinaten in einem gewissen Rahmen bewegen.

Während das Land weiterhin eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gewährleistet, können wir beobachten, wie der Bund sich weiter unbekümmert auf Kosten der Länder und Kommunen saniert. So führt etwa das Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz des Bundes mittelbar zu einer Mehrbelastung der Gemeinden in Höhe von ca. 210 Millionen Mark jährlich. Auch die weiteren, zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwürfe zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung werden ebenfalls Auswirkungen auf die Aufwendungen der Kommunen für soziale Leistungen haben. Dies räumt die Bundesregierung durchaus ein. Die Ausgaben der Gemeinden für soziale Leistungen haben sich in den Jahren 1982 bis 1993 von 28 752 000 Mark

SPD: Der Bund saniert sich auf Kosten der Kommunen und Länder

auf 84 876 000 Mark erhöht. Die Ausgaben der Gemeinden für die gesamten sozialen Leistungen sind im früheren Bundesgebiet zwischen 1982 und 1993 um jahresdurchschnittlich 8,3 Prozent, die Ausgaben für Sozialhilfe um jahresdurchschnittlich 9 Prozent und die Ausgaben für alle übrigen Aufgabenbereiche um 4,9 Prozent im Jahresdurchschnitt gestiegen. Diese Zahlen sprechen für sich, wenn man bedenkt, daß die Einnahmequellen der Kommunen diesem rasanten Anstieg nicht entsprechend gewachsen sind. Die klassischen Einnahmequellen der Kommunen, wie beispielsweise die Gewerbesteuer, werden durch die derzeitigen Planungen der Bundesregierung in Frage gestellt. Zwar soll die vorgesehene Abschaffung der Gewerbesteuer und die damit einhergehenden Einnahmeverluste der Gemeinden durch steuerliche Maßnahmen im Bereich der Gewerbesteuer selbst und im Bereich der Einkommenssteuer sowie durch eine Beteiligung an der Umsatzsteuer kompensiert werden. Diese Ausgleichsleistungen beinhalten jedoch ein hohes Risiko. Denn für die einzelnen Gemeinden besteht dann kein Zusammenhang mehr zwischen Einnahmeausfällen und Mehreinnahmen, wie dies mit dem Instrument des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer unmittelbar der Fall ist. Sollte die Belastung der Kommunen durch Sozialhilfeausgaben weiter zunehmen, dann wird dies bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen der Kommunen zum Kollaps führen. Die Verantwortung hierfür ist beim Bund zu suchen, denn dieser ist allein zuständig für die sozialhilferelevanten Gesetze. Es bedarf daher einer Änderung der Bundespolitik, um die Kommunen aus der Sozialhilfekostenspirale zu befreien. Die Grenze der Zumutbarkeit ist längst erreicht.

Von
Albert Leifert

Die von den Kommunen geleistete Sozialhilfe ist dem verfassungsrechtlichen Grundverständnis und ihrer geschichtlichen Herkunft nach eine spezielle Form der Daseinsvorsorge, die die örtliche Gemeinschaft einzelnen gewährt. Die Bewältigung gesellschaftlicher Massenphänomene, wie etwa der Arbeitslosigkeit, muß demgegenüber Aufgabe der sozialen Sicherungssysteme, etwa der Arbeitslosenversicherung sein und bleiben.

Die Realität in NRW sieht heute anders aus. Die aufgrund einer verfehlten Wirtschaftspolitik der Landesregierung trotz massiver Strukturförderungshilfen des Bundes überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, die wegen der rot-grünen Verweigerungshaltung lange Zeit ungehindert

CDU: Spezielle Form der Daseinsfürsorge

Zuwanderung und die seit den sozialliberalen Familienreformen der siebziger Jahre sprunghaft angestiegenen zerrütteten Familienverhältnisse haben zu einer massiven Erhöhung der Sozialhilfeausgaben der Kommunen geführt.

Während die Bundesregierung durch die Einführung der Pflegeversicherung und durch den Versuch, den Mißbrauch der Sozialhilfe wenigstens einzudämmen, den Kommunen helfen will, verharret die rot-grüne Landesregierung in ihrer kommunalfeindlichen Politik des Nichtstuns. Wer das bürgerschaftliche Engagement in der kommunalen Selbstverwaltung stärken will, muß insbesondere durch eine auf Wachstum und Beschäftigung angelegte Wirtschaftspolitik die Steuereinnahmen der Kommunen verbessern und durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze die Anzahl der Sozialhilfefälle drastisch reduzieren. Dazu brauchen wir eine Landesregierung, die ihre Blockadehaltung in Bonn aufgibt und Landespolitik endlich als gestaltische Aufgabe und nicht als Experimentierfeld für rot-grüne Experimente mißbraucht.

Von
Ewald Groth

In den 60er Jahren mußten aufgrund der Vollbeschäftigung nur relativ wenige Menschen zeitweise von der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz leben. Heute ist die Sozialhilfe für weite Teile der Bevölkerung zur Dauerhilfe geworden. Schon allein deshalb ist die alleinige Finanzverantwortung für die Ausführung eines Bundesgesetzes den Kommunen nicht mehr zumutbar.

Bereits ein Viertel aller nordrhein-westfälischen Kommunen mußte bislang schon ein Haushaltskonsolidierungskonzept erstellen, damit zumindest mittelfristig wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. Sinkende Einnahmen aus den Realsteuern und explodierende Sozialausgaben nehmen den Kommunen die Luft für Ausgaben, die nicht zwingend auf gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen beruhen und beschränken die Handlungsspielräume auf ein Krisenmanagement.

Wo bleibt das vielzitierte und im Grundgesetz abgesicherte Recht auf kommunale Selbstverwaltung?

In NRW haben sich die Sozialausgaben der Städte und Gemeinden von 7,0 Milliarden in 1982 auf 18,4 Milliarden in 1995 mehr als verdoppelt. Die Netto-Gerwerbsteuereinnahmen der NRW-Kommunen in Höhe von 9,5 Milliarden Mark decken allerdings nur noch die Hälfte der Sozialausgaben. Eine wesentliche Ursache der dramatischen Steigerungen bei den Sozialhilfeausgaben ist die Massen- und Dauererwerbslosigkeit,

GRÜNE: Lastenumverteilung zuungunsten der Gemeinden

die sich weiter auf hohem Niveau stabilisiert. Durch die verfehlte Arbeitsmarktpolitik des Bundes gerät das föderale System in eine Schieflage. Die „politische Arbeitsteilung“ zwischen dem Bund auf der einen Seite und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite, entwickelt sich immer stärker zu einer finanziellen Lastenumverteilung zu Ungunsten der Kommunen. Beispiele der Umverteilung: Lineare Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe; die Herabsetzung der Höchstanspruchsdauer von Arbeitslosengeld für Arbeitslose ab 42 Jahre; das geplante Arbeitsförderungsreformgesetz, das eine Einsparung bei der Bundesanstalt für Arbeit von 17 Milliarden Mark bis zum Jahr 2000 vorsieht und damit die Streichung von Bundeszuschüssen an die BA kompensieren soll; die Änderung des § 93 AFG, wonach Jugendliche nicht mehr die Zuweisungskriterien für eine ABM erfüllen, gefährdet akut fast alle Maßnahmen und Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Während einerseits der Spielraum für eine aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit durch die Kürzung von Bundesmitteln eingeschränkt wird, brauchen immer mehr Menschen die dauernde Unterstützung der Sozialhilfe. Bei rasant steigenden Sozialhilfeausgaben bleibt den Kommunen aber kaum noch Luft für eine kommunale Beschäftigungsförderung vor Ort. Das führt dann wiederum zu einer größeren Anzahl von Hilfeempfängern und steigenden Ausgaben. Dieser Teufelskreis muß durchbrochen werden.

Auf der Seite der Kommunen verfestigt sich mit steigenden Sozialausgaben und gleichzeitig sinkenden Einnahmen die finanzielle Krise. Die Verelendungstendenzen werden immer deutlicher und sind durch begrenzte kommunale Möglichkeiten nicht mehr zu kompensieren! Gleichzeitig betreibt die Bundesregierung weiter den Abbau der sozialen Sicherungssysteme, verabschiedet sich aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik und saniert damit den Bundeshaushalt. Sie handelt nicht nur unsozial, sondern auch im höchsten Maße kommunalunfreundlich. Nach dem Verursacherprinzip muß der Bund seiner Verantwortung für steigende Sozialhilfeausgaben endlich gerecht werden und sich an den Kosten zumindest beteiligen.

Gedanken über die Zukunft

„Die Zukunft denken“ - diese Aufforderung erging an elf Philosophen, Schriftstellerinnen und Schriftsteller sowie Politiker. Der Präsident des Landtags, Ulrich Schmidt, und das Haus der Sprache und Literatur in Bonn hatten am 19. September in den Landtag zu einem Diskussionsforum gebeten, das Aufschluß bringen sollte über die Wechselwirkungen von Arbeit und Demokratie. Die Moderation des Gesprächs lag bei Karin Hempel-Soos.

In seiner Begrüßung wies Landtagspräsident Schmidt darauf hin, daß der seit 200 Jahren bestehende Gesellschaftsvertrag zu zerbrechen drohe, der bisher für stabile soziale Verhältnisse gesorgt habe. Es gebe einen einheitlichen, globalen Trend zu einer Gesellschaft, in der 30 Prozent den Randgruppen zugerechnet würden, ebenfalls 30 in schlechtbezahlten Jobs ihr Auskommen suchen müßten und die restlichen 40 Prozent in gesicherten Verhältnissen lebten. Um die Probleme zu lösen, müßten alle an einem Strang ziehen.

Der Philosoph André Glucksmann (Paris) meinte, man müsse sich von Schlagworten wie „Vollbeschäftigung“ verabschieden. Vollbeschäftigung sei nicht der Normalzustand, sie habe allenfalls 40 Jahre in der Nachkriegszeit geherrscht. Die jetzt in Westeuropa bestehende Arbeitslosigkeit sei „Ergebnis unseres Egoismus nach dem Fall der Mauer“. Osteuropa sei wie ein Bittsteller an uns herangetreten, doch die Westeuropäer seien nicht darauf eingegangen und hätten damit die Chancen, die in der Demokratisierung dort und im Umbau des Wirtschaftssystems lägen, leichtfertig verspielt.

Ministerpräsident Johannes Rau warnte davor, den wirtschaftlichen Prozeß ausschließlich auf die Interessen des Produktionsfaktors Kapital auszurichten: „Wer in der Arbeit nur einen Kostenfaktor sieht, der nach Belieben und jederzeit gedrückt werden kann, der rüttelt an den Grundfesten der westlichen Zivilisation“. Arbeit begründe für die Menschen schließlich ein Stück Heimat. Das historische Bündnis zwischen Marktwirtschaft, Sozialstaat und Demokratie ist bedroht, zeigte sich Rau überzeugt.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bekannte sich zu einer pragmatischen Politik, die sich an den Realitäten mißt und zum Kompromiß fähig ist. Im Unterschied zu früheren Entwicklungen liege die Chance beim derzeitigen Umbruch darin, daß er vom Sozialstaat begleitet werde: „Wir können den Wandel ohne Katastrophe schaffen.“ Die Krise biete auch die Gelegenheit, Arbeit und Gesellschaft besser zu verschöner.

„Maßlos enttäuscht“ zeigte sich Schriftsteller Günter Wallraff von diesem Statement des „Menschenrechtlers Blüm“ — ob seine Partei keine Visionen und Rezepte mehr habe in einer Zeit, in der die demokratischen Errungenschaften wegbrächen? Politiker, die die Zukunft schönredeten, verrieten die Chancen zur Veränderung des Bestehenden, erklärte Wallraff und fragte: „Gibt es denn zum real existierenden Kapitalismus keine Alternative“? Die auf das Kapital fixierte Arbeit müsse durch andere Tätigkeiten ergänzt werden, die sozial bestimmt seien. „Seien wir Realisten, fordern wir das Unmögliche“.

Landtag setzt Höhepunkte des Festjahres



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) erläutert vor der Landespressekonferenz das Programm der Jubiläumsveranstaltungen. Links von ihm die WDR-Redakteurin Christa Cloppenburg und von der Düsseldorfer Polizei Rainer Höbertz.

Die abschließenden Höhepunkte des nordrhein-westfälischen Festjahres setzt der Landtag. Am 1. Oktober geschieht das mit einer großen Abendveranstaltung vor 2500 geladenen Gästen in der Düsseldorfer Rheinterrasse, um Mitternacht erstrahlt das Rheinufer gegenüber in einem außergewöhnlichen, 20 Minuten dauernden Höhenfeuerwerk, das in einem 500 Meter langen pyrotechnischen „Wasserfall“ kumuliert und rechtzeitig zur Geburtsstunde des Landtags in vier Meter hohen Buchstaben mit den Worten „Herzlichen Glückwunsch NRW“ gratuliert. Um die Nachtruhe nicht allzusehr zu beeinträchtigen, wurde dabei auf besonders geräuschintensive Raketen verzichtet.

Am 2. Oktober erleben in der Tonhalle dann 1600 Gäste in einem Festakt die 50jährige Wiederkehr der Konstituierung des nordrhein-westfälischen Landtags. Nach der Eröffnung durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt und einem Grußwort von Ministerpräsident Johannes Rau hält Bundespräsident Professor Dr. Roman Herzog den Festvortrag. Die musikalische Gestaltung der Veranstaltung obliegt dem nordrhein-westfälischen Landesjugendorchester und dem Städtischen Musikverein Düsseldorf.

Diese und weitere Einzelheiten über die Jubiläumsfeiern nannte Landtagspräsident Ulrich Schmidt in der vergangenen Woche in einer Pressekonferenz. Nach den Veranstaltungen, die der Landtag bereits durchgeführt habe — so ein Tag der offenen Tür Ende August/Anfang September, den 40 000 Bürgerinnen und Bürger zu einem Besuch im Landtag genutzt hätten, eine Ausstellung mit nordrhein-westfälischen Künstlern der ersten Stunde, die an die Aufbruchzeit nach 1945 erinnerte, ein kabarettistischer Abend im Plenarsaal und eine Diskussionsveranstaltung mit Philosophen, Schriftstellern und Politikern unter dem Motto „Die Zukunft denken“ —, sei am 1. Oktober ein Abend der Gespräche und Begegnungen von Prominenten und Bürgern geplant, der auch unterhaltende Elemente nicht zu

kurz kommen lasse. Dabei habe er, Schmidt, ausdrücklich Wert darauf gelegt, daß nicht eine der vielen „Promi-Veranstaltungen“ dabei herauskomme. Unter den eingeladenen Bürgern fänden sich viele verdiente, vor allem ehrenamtlich tätige Menschen, die von Verbänden im Lande benannt worden seien, neben der direkten Bewerbung beim Landtag seien auch Menschen zum Zuge gekommen, die ihre Eintrittskarten über die regionale Presse erhalten hätten; Schmidt: „Menschen aus allen Teilen des Landes und aus allen Schichten.“

Der Präsident appelliert an die Besucherinnen und Besucher der Abendveranstaltung „Heut regiert die Musik“ (sie wird von Karsten Speck moderiert, vom ZDF aufgezeichnet und am 3. Oktober in einer 70minütigen Zusammenfassung ab 12.45 Uhr ausgestrahlt), mit dem öffentlichen Personennahverkehr an- und abzureisen (Pendelbusse am Ende werden bereitgestellt). Die polizeilichen Absperrungsmaßnahmen am 2. Oktober würden auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt; da es sich um einen normalen Werktag handle, seien aber zeitweilige Behinderungen leider nicht auszuschließen.

Zum Schluß dankte der Präsident für die engagierte und überaus kooperative Unterstützung aller am Planungs- und Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden und Einrichtungen. Sein Dank galt auch den Sponsoren, ohne deren Hilfe beide Veranstaltungen in der vorgesehenen Form überhaupt nicht hätten stattfinden können.

Landtagspräsident Schmidt nannte weitere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, mit denen der Landtag sein Jubiläum abenden wird: Es gebe einen neuen Film mit dem Titel „50 Jahre Landtag“, die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ erscheine mit einer Sonderausgabe, in diesen Tagen sei ein Kompendium über das Land und alle seine Abgeordneten herausgekommen und es gebe eine Wanderausstellung, die ihrem Namen Ehre mache und durch das ganze Land ziehen werde.



Michail S. Gorbatschow, Staatspräsident a. D., ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Landtag begrüßt worden. Der hohe Gast aus Rußland besuchte das Landesparlament in Begleitung seiner Frau Raissa Gorbatschowa. Beide trugen sich in das Gästebuch des Landtags ein. Im Anschluß an den offiziellen Empfang nahmen sie an der sechsten Veranstaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen zum Weltkindertag teil. Gorbatschow hatte bei seiner Deutschland-Tournee an den Tagen zuvor bereits Station in der Frankfurter Paulskirche, im Düsseldorfer Industrie-Klub und in der Duisburger Mercatorhalle gemacht. Im Landtag schloß ein festliches Essen den Besuch ab. Das Bild zeigt Gorbatschow im Gespräch mit dem Landtagspräsidenten (Mitte, siehe auch Seite 10). Foto: Schälte

Erste Bilanz der Gefahrhundeverordnung

In der Stadt Düsseldorf ereignen sich jeden Monat zehn Zwischenfälle mit „Gefahrhunden“ (dieser Begriff hat inzwischen das unzutreffende Wort „Kampfhund“ abgelöst). Dieser in einer Pressemitteilung der Stadt erwähnte Umstand war für die CDU-Fraktion im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitzender Heinrich Kruse, CDU) Anlaß, die zuständige Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) zu einem Bericht aufzufordern. Die Abgeordneten wollten von ihr wissen, was sich in den letzten eineinhalb Jahren nach Inkrafttreten der neuen Gefahrhundeverordnung des Landes geändert hat.

Zu Beginn machte die Ministerin deutlich, die erwähnte Meldung beziehe sich ausdrücklich nicht auf Gefahrhunde nach der Verordnung, sondern umfasse alle Zwischenfälle in Zusammenhang mit Hunden. Ferner erwähnte sie, daß der Verband für das Deutsche Hundewesen und der Landestierschutzverband auf Veranlassung der Kommunen in bisher 30 Fällen die mit der Verordnung neu eingeführte verbindliche, hundebezogene, praktische und theoretische Sachkundeprüfung durchgeführt hätten. Dies sei in Form eines Übungskurses des Hundehalters mit Hund geschehen. In einigen Fällen habe man noch vor Abschluß des Erlaubnisverfahrens den Hund einschläfern müssen; in anderen Fällen sei das Tier inzwischen an andere fachkompetente Halter abgegeben worden. Hier hätten sich die Verfahren erledigt.

Die Ministerin erinnerte daran, daß es immer schon eine gleichbleibend geringe Zahl von Fällen gegeben habe, in denen Hunde Menschen zum Teil schwer verletzten oder aber gegenüber anderen Hunden und Tieren erhebliche Tierschutzprobleme verursachten. Es werde des öfteren darüber geklagt, daß bestimmte Züchter die Aggressivität der Hunde in art- und tierschutzwidriger Weise steigerten und daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Hundehaltern mit ihren Tieren artwidrig umgingen. Oft fehlten diesen Leuten elementare Kenntnisse über Verhaltensgrundlagen und Verhaltensweisen des ihnen anvertrauten Hundes.

All das führe oft zu Eingaben und Anfragen bei den örtlichen Ordnungsbehörden. Die seien darum oft zu einem ordnungsrechtlichen Einschreiten genötigt. Dabei stelle sich immer wieder heraus, daß es nahezu immer der Mensch und nicht die Gefährlichkeit des

Hundes sei, die zu den beklagten Gefahrfällen führten. Gerade hier biete die Verordnung die Basis zum Handeln, etwa um durch das präventiv wirkende Erlaubnisverfahren weitere Gefahrhundefälle durch unkundige oder böswillige Hundehalter zu vermeiden.

Von der neuen hundebezogenen Sachkundeprüfung des Gepannts Hundehalter und gefährlicher Hund werde es abhängig gemacht, ob der nach fachlicher Einschätzung des Ordnungsamtes gefährliche Hund bei seinem Halter verbleiben könne. Dies Prüfungsverfahren werde von kompetenten, landesweit arbeitenden Verbänden aus dem Bereich des Hundewesens und des Tierschutzes vorgenommen.

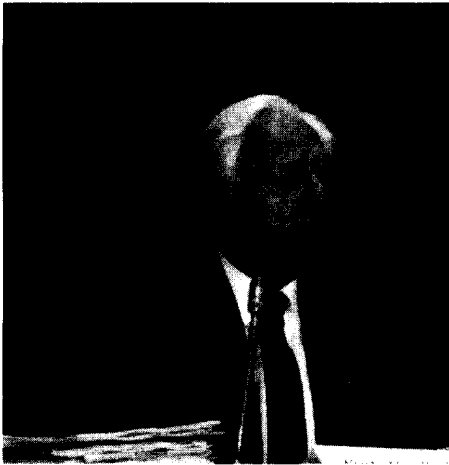
Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn wies zusammenfassend darauf hin, daß durch die beiden Kooperationspartner das Ziel eines landesweiten, kompetenten, allgemein zugänglichen Informations- und Übungsverbandes erreicht werden konnte. So werde durch die Verordnung eine wirksame Prävention vor vielen kleinen, aber ordnungsrechtlich relevanten Störfällen durch Hunde, aber auch vor den gravierenden Gefahrhundefällen, erlangt. Weil die Kooperationspartner die Ordnungsbehörden kostenfrei berieten, werde die ordnungsbehördliche Fachkompetenz verbessert und die Fähigkeit zum schnellen und angemessenen Handeln wachse. In den wenigen Gefahrhundefällen werde mit dem Kernelement der hundebezogenen Sachkundeprüfung im Erlaubnisverfahren darüber entschieden, ob der Halter den gefährlichen Hund weiter mit Leine und Maulkorb halten dürfe; ansonsten werde das Tier aus Sicherheits- und Tierschutzgründen unverzüglich weggenommen. Höhn kündigte an, daß ihr Ministerium in Zusammenarbeit

mit anderen Stellen den kommunalen Vollzug der Verordnung durch praxisorientierte Schulungsangebote weiter unterstützen werde. Die bisher gewonnenen Erfahrungen würden in der Arbeitsgruppe „Vollzugsbegleitung“ auf Umsetzbarkeit überprüft; alle mit dem Vollzug der Verordnung betroffenen Bereiche seien in der Arbeitsgruppe vertreten.

Namhafte Wissenschaftler, so die Ministerin weiter, hielten den Weg der Gefahrhundeverordnung, den NRW eingeschlagen habe, auch im Ländervergleich für besonders geeignet, den Ursachen für Gefahrhundefälle und sonstige durch Hunde verursachten Störfälle wirksam vorzubeugen. So hätten schon die Länder Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Interesse am Konzept des Landes NRW bekundet. In Niedersachsen gebe es eine Landtagsinitiative, eine der nordrhein-westfälischen Lösung vergleichbare Gefahrhundeverordnung in Kraft zu setzen.

Probleme mit GEMA-Gebühren

Viele gemeinnützige, musiktreibende Vereine bekommen Probleme mit finanziellen Forderungen, die die GEMA an sie stellt. Der Abgeordnete Leonhard Kuckart (CDU) sieht diese Entwicklung für das kulturelle Leben – besonders im ländlichen Raum – „äußerst negativ“. So hätten manche Vereine aufgrund der nicht tragbaren GEMA-Gebühren bereits auf öffentliche Veranstaltungen verzichtet. Dies veranlaßte ihn zu der kleinen Anfrage nach der Rechtsgrundlage der GEMA-Gebühren, ihrer Organisation, ihrer wirtschaftlichen Kontrolle und der Verpflichtung der Veröffentlichung von Geschäftsberichten. Weiterhin wollte er erfahren, wie die Landesregierung zu der Forderung stehe, die Gebühren für gemeinnützige musiktreibende Vereine in Form einer Pauschalvereinbarung zu übernehmen. In seiner Antwort erläutert Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), daß das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz die Rechtsgrundlage für die Existenz von Verwertungsgesellschaften wie die GEMA sei. Die Urheberrechte würden durch die GEMA in Form einer „Treuhandsstellung“ für die Urheberrechtinhaber „kollektiv wahrgenommen“. Der Urheberrechtinhaber habe das ausschließliche Recht, sein Werk zu verwerten und öffentlich wiederzugeben. Dieses Urheberrecht sei als „geistiges Eigentum“ von der Eigentumsgarantie des Artikels 14 Grundgesetz geschützt. Es diene zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Existenz der Werkschaffenden. Die GEMA sei ein wirtschaftlicher Verein, dessen Rechtsfähigkeit auf staatlicher Verleihung beruhe. Seine Organe seien die Mitgliederversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand. Das Patentamt habe die Aufsicht über die GEMA. Des weiteren habe die GEMA den Jahresabschluß und den Jahresbericht im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Über ihre Struktur und Organisation und weitere relevante Themen berichte die GEMA in einem Jahrbuch. Es sei davon auszugehen, daß von den gemeinnützigen „musiktreibenden Vereinen“ jährlich über 600 000 DM Gebühren zu errichten seien. Deshalb lasse die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen die Übernahme einer Summe in solcher Höhe nicht zu (Drs. 12/1144).



Professor Dr. Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank



Die Vorsitzenden des Haushalts-, des Wirtschafts- und des Europa-Ausschusses (v. l.) Leo Dautzenberg, Hannele Brünig und Professor Dr. Horst Posdorf (alle CDU) kamen zur Experten-Anhörung über den Weg in die Europäische Währungsunion.

Öffentliche Anhörung zur Währungsunion (I)

Euro soll werden „wie Gold im 19. Jahrhundert“

Drei Ausschüsse des Landtags hatten zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Der Weg zur einheitlichen Währung und Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“ am 23. September Sachverständige der Finanz- und Europapolitik, Wissenschaftler, Sprecher der Wirtschaft und der Banken, vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Verbraucher-Zentrale und der Versicherungswirtschaft eingeladen. Die Abgeordneten des Europa-, des Wirtschafts- und des Haushaltsausschusses erwarteten Antworten der Experten auf 25 Fragen, bei denen es um die Sicherheit des „Euro“ und die Auswirkungen seiner Einführung auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten, auf Nordrhein-Westfalen und den Finanzplatz Düsseldorf und auf die Landwirtschaft ging. Im ersten Teil der vom Vorsitzenden des Europa-Ausschusses Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) geleiteten Anhörung nahmen der Präsident der Landeszentralbank Professor Dr. Reimut Jochimsen, die Europa-Abgeordnete Christa Randzio-Plath und die Wirtschaftswissenschaftler Dr. Renate Ohr und Dr. Manfred Feldsieper vor allem zu der Qualität der sechs „Konvergenzkriterien“ Stellung, auf die sich die Finanzminister der Europäischen Union (EU) geeinigt haben (weiterer Bericht folgt).

Professor Posdorf erinnerte einleitend daran, daß die SPD-Fraktion im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik im März 1996 die Anhörung beantragt hatte, und verdeutlichte die Fragestellung aus der Sicht der Bürger mit den Presse-Zitaten: „Am Euro scheiden sich die Geister“ und „Wenn es um Geld geht, hört die (Europa-)Begeisterung auf“. Besondere Aktualität erhielt die Landtagsanhörung durch den von den EU-Finanzministern am Wochenende in Dublin beschlossenen „Stabilitätspakt“, womit die Teilnehmerstaaten an der Währungsunion (EWU) zu dauerhafter Haushaltsdisziplin und Sanktionen verpflichtet werden.

Als erster Redner warnte der Präsident der NRW-Landeszentralbank Professor Dr. Reimut Jochimsen vor zu hohen Erwartungen und vor einem überhasteten Start mit noch nicht hinreichend integrierbaren Volkswirtschaften. Er begrüßte das „ehrgeizige Jahrhundertprojekt“ der gemeinsamen Währung, das jedoch auf sicherem ökonomischen und politischen Fundament gebaut werden müsse. Als größte Sorge nannte er die Tatsache, daß derzeit 12 von 15 Mitgliedstaaten in Haushaltsüberwachungsverfahren eingetreten seien. Jochimsen sah ein dreifaches Dilemma: durch den Termindruck (Beginn 1999), die Kriterientreue und eine hinreichende Teilnehmerzahl. Die Konvergenzprüfung solle jetzt erfolgen. Wenn sich die Politik darum drücke, sei das kein gutes Omen. Eigentlich sei die alles umfassende Politische Union notwendig. Historisch ge-

sehen, bleibe gemeinsames Geld nur unter einem staatlichen Dach dauerhaft. Nordrhein-Westfalen sei eine Keimzelle des Zusammenwachstums und solle einen besonderen Beitrag zum Bündeln von wirtschaftlicher und politischer Kraft leisten. Das Land müsse sich auf schärferen Wettbewerb der Regionen einstellen. Das bewährte föderale System solle auf EWU-Regionalebene umgesetzt werden. Über eine Verschiebung des Beginns solle nicht jetzt entschieden werden. Eine Verschiebung bedeute keine wirtschaftliche Katastrophe.

Eine gemeinsame Umweltpolitik, nach der sich Alexandra Landsberg (GRÜNE) erkundigt hatte, beurteilte Jochimsen zum jetzigen Zeitpunkt, ebenso wie die „Sozialunion“, eher zurückhaltend und hielt auch die Vereinheitlichung der Steuerpolitik nicht für notwendig. Reinhold Trinius (SPD) und Leo Dautzenberg (CDU) wollten erfahren, mit welchen Reaktionen auf den Finanzmärkten er bei Verschiebung des Beginns rechne und ob die Schwankungsbreite von 15 Prozent nicht zu eng sei. Ute Koczy (GRÜNE) sprach Sorgen im Falle des Scheiterns und einer politischen „Sackgasse“ aus.

Entscheidend für das Gelingen der Währungsunion, sagte Professor Jochimsen, werde sein, daß bei der Konvergenz nicht selektiv vorgegangen werde, sondern daß alle sechs Kriterien erfüllt würden. Um die Preisstabilität mache er sich keine Sorgen. Bei den Zinsen gebe es noch eine

(weiter nächste Seite)

Konvergenzkriterien

Die Währungsunion soll am 1.1.1999 beginnen. Dann gelten feste Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen. Die Geld-Verantwortung soll ungeteilt auf die Europäische Zentralbank (Sitz Frankfurt) übergehen. Es soll keinen Zwang zur Euroverwendung geben. Für den dreijährigen Übergang wird im täglichen Massengeschäft mit einem Nebeneinander von nationaler und europäischer Währung gerechnet. Zum Jahresbeginn 2002 sollen Euro-Banknoten und Euro-Münzen ausgegeben werden und den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels in den Teilnehmerstaaten erhalten.

Für die Teilnahme an der Währungsunion haben sich die Partner des Maastricht-Vertrags auf sechs Voraussetzungen („Konvergenzkriterien“) geeinigt.

1. Eine jährliche Inflationsrate von höchstens 1,5 Prozentpunkten über dem Durchschnitt der drei Länder mit den stabilsten Preisen;
2. maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährliches Defizit aller öffentlichen Haushalte eines Mitgliedstaates;
3. eine Staatsverschuldung von höchstens 60 Prozent des Bruttosozialprodukts;
4. bei Wechselkurs-Schwankungen um mehr als +/- 15 Prozent müssen die nationalen Zentralbanken intervenieren;
5. langfristiger Zinssatz von nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem entsprechenden Zinssatz der drei Mitgliedstaaten mit der niedrigsten Inflationsrate.
6. Bis zur Endstufe der Währungsunion müssen die Mitgliedstaaten ihre Notenbanken in die volle Unabhängigkeit entlassen.

Gentechnologie im Wirtschaftsausschuß

NRW plant 60 Projekte für Bio-Regio Rheinland

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie befaßte sich am 18. September unter dem Vorsitz von Hannelore Brüning (CDU) in öffentlicher Sitzung mit den Anträgen der CDU-Fraktion „Biotechnologie voranbringen“ (Drs.12/856) und „Landesregierung muß negative Auswirkungen der Neuen Mitte Oberhausen auf die Nachbarstädte begrenzen“ (Drs. 12/1069).

Für die antragstellende Fraktion plädierte Laurenz Meyer (CDU) für eine klare Position des Landes zu den Entwicklungen in der Biotechnologie. Gegenwärtig sei eine gemeinsame Position der Landesministerien nicht erkennbar. Mit dem Antrag „Biotechnologie voranbringen“ werde bewußt ein breiter Konsens gesucht. Das Parlament müsse den Forschern in der Biotechnologie, den Betreibern biotechnischer Anlagen, die neue Arbeitsplätze schafften, und insbesondere der Medizin, die neue Perspektiven eröffne, Rückendeckung geben und Zerstörungen von Versuchsfeldern durch militante Gegner der Technologie scharf verurteilen. Die Positionen der GRÜNEN und der SPD seien noch unklar. Außerdem solle die Landesregierung bei ihrer Bewerbung für den Bio-Regio-Wettbewerb in Bonn unterstützt werden.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) hielt die Chancen der Bio- und Gentechnologie schon heute sowohl bei der Landesregierung als auch im Antrag der CDU für überbewertet, während die Risiken vernachlässigt würden. Die GRÜNEN sähen die Biotechnologie im Grundsatz nicht als problematisch an, im Gegensatz zu den erbgutverändernden und artenüberschreitenden Eingriffen der Gentechnik. Die im Antrag eingebrachten Forderungen seien bereits erledigt; zudem komme die Landesregierung ihrer Informationspflicht schon jetzt nach.

Bodo Hombach (SPD) sah die Landesregierung ebenfalls längst in den vier Forderungsbereichen des Antrages tätig. Notwendig sei eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dieser Technologie, bei der auch die von den GRÜNEN vorgetragenen Bedenken einbezogen werden müßten. Die beabsichtigten Aktivitäten der Landesregierung machten deutlich, daß die SPD dem unberechtigten Vorwurf nicht länger ausgesetzt sei, Gentechnik zu behindern. Wichtig sei vielmehr eine inhaltliche Auseinandersetzung auf der Basis eines wirklich gut begründeten eigenen Antrages.

Minister Wolfgang Clement informierte über den Bio-Regio-Wettbewerb des Bundesforschungsministers, in dessen Rahmen NRW für die Bio-Region Rheinland 60 Projektvorschläge vorlegen werde, die bis zu sechs Verbundprojekte und neue Modelle zum Wissenstransfer, zur Finanzierung und zur Stärkung der spezifischen Infrastruktur integriere. Die Zerstörungen von Versuchsfeldern durch militante Gentechnikgegner, die er verurteile, lösten erheblichen wissenschaftlichen und materiellen Schaden aus und erschwerten darüber hinaus die sachliche Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der Technologie. Clement warnte, die Ernährungswirtschaft sei auf Dauer ohne gentechnische Verfahren nicht überlebensfähig.

Zum CDU-Antrag „Die Landesregierung muß negative Auswirkungen der Neuen Mitte Oberhausen auf die Nachbarstädte begrenzen“ sagte Laurenz Meyer (CDU), alle Befürchtungen, die im Zusammenhang mit der Neuen Mitte geäußert wurden, seien bestätigt. Die Arbeitsplatzbilanz sei wesentlich ungünstiger als erwartet, die in Aussicht gestellten 10 000 Arbeitsplätze unrealistisch. Realistischer seien 3 000 bis 3 500 Arbeitsplätze, wobei unklar sei, wie viele davon neue seien. Die Bilanz werde durch Rationalisierung und Umschichtungen aus benachbarten Städten zusätzlich geschmälert. Die Auswirkungen aufs Umland müßten stärker gewichtet werden. Entscheidend sei, ob Wirtschaftsförderungsmittel für Ansiedlungen auf der grünen Wiese oder zur Stärkung der Attraktivität der Innenstädte für den Handel eingesetzt würden. Objekte wie die Neue Mitte entsprächen nicht der Vorstellung der CDU und dürften nicht die Zukunftsperspektive der Städte in Deutschland sein. Mit dem Antrag wolle man eine Diskussion über die Handelspolitik in den Städten anstoßen. Die Parkraumbewirtschaftung sei eindeutig nicht erfüllt worden. Das CentrO müsse sich mit Innenstädten vergleichen und nicht mit Ansiedlung auf grüner Wiese, wie z.B. das Einkaufszentrum in Mülheim.

Neue Mitte Oberhausen

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) teilte die Analyse und Problemsicht des Antrages, folgte den Konsequenzen daraus jedoch nicht. Die CDU habe die entscheidenden Stimmen im Bezirksplanungsrat nicht genutzt. Bei der Parkraumbewirtschaftung bestehe Übereinstimmung. Für ihn sei nicht hinnehmbar, daß absehbar im westlichen Ruhrgebiet keinerlei Parkgebühren mehr erhoben würden. Auch die Verkaufsfläche müsse überprüft werden, wenn sie tatsächlich über der in der Genehmigungsaufgabe festgelegten Größe von 70 000 Quadratmetern liege, und ggfs. müsse rechtlich gegen Verstöße vorgegangen werden. Eine Entwicklung wie im Osten, wo bereits 60 Prozent des Handels auf der grünen Wiese angesiedelt seien, sei gemeinsam zu verhindern.

Bodo Hombach (SPD) sah eine Reihe von Widersprüchen in dem Antrag. Das CentrO sei nicht auf der grünen Wiese entstanden. Vielmehr sei das Gegenteil der Fall. Die Neue Mitte wirke belebend auf die Stadt. Die Reaktion der anliegenden Städte zeige sich weniger dramatisch. Sie verlaufe in zwei Phasen. Nach anfänglichem Entsetzen sei die zweite Phase geprägt vom Zusammenschluß der Stadtdirektoren mit dem Ziel, für ihre Städte ein eigenes Profil zu entwickeln. Die Innenstädte müßten attraktiver werden. Laurenz Meyer habe

wichtige Fragen der Zersiedelung und der Attraktivität der Städte angesprochen. Bei der Pflege der Innenstädte, der Verhinderung von Ansiedlungen auf der grünen Wiese, der Attraktivität für Handel und wirtschaftliche Aktivitäten und der Förderung des Mittelstandes in den Städten unterstütze seine Fraktion die CDU. Die Abwehr, die in dem Antrag zum Ausdruck komme, entspreche jedoch nicht dem realen Umgang der Städte mit CentrO.

Minister Wolfgang Clement unterstrich, die Neue Mitte sei ein gelungenes Beispiel für die Nutzung von Industriebrachen und habe bei den Nachbarstädten aktivere Innenstadtgestaltungen initiiert. Für Oberhausen bedeute die Neue Mitte die Rettung der Stadt. Das Ruhrgebiet komme aus seiner Situation nur mit großen Wurfen, nicht mit kleinen Karos heraus. Dazu gehörten auch solche Leuchttürme wie Oberhausen, die Kaufkraft ins Ruhrgebiet brächten. Hinsichtlich der Arbeitsplatzbilanz beständen offensichtlich unterschiedliche Auffassungen. Der Wechsel von einer Ruhrgebietsstadt in eine andere wie bei Coca Cola führe für die Arbeitnehmer nicht zu Problemen, wohl aber für die Städte. Die Parkraumbewirtschaftung sei rechtlich derzeit nicht zu lösen. Die Betreiber des CentrO hätten eine Einführung zugesagt, wenn die umliegenden Einkaufseinrichtungen, z.B. das Rhein-Ruhr-Zentrum, sich dem anschließen. Abschließend lehnte der Ausschuß den Antrag der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ab.

...Währungsunion

(Fortsetzung von Seite 5)
Glaubwürdigkeitslücke. Auf Interventionen bei Wechselkursschwankungen hätten sich fünf Mitgliedstaaten noch nicht festgelegt. Die Erfüllung der beiden „Finanzkriterien“ (siehe Kasten) sei besonders aktuell. Der Verzicht auf den Prüfungstermin Ende 1996 durch den EU-Gipfel im Juni bringe Unsicherheiten für Märkte, Unternehmen und Bürger. Interventionen der Europäischen Zentralbank, wonach Gabriele Sikora (SPD) gefragt hatte, sollten nicht unbegrenzt verpflichtend sein. Entscheidend werde sein, wie sich der Euro als Ankerwährung durchsetze. Ein starker Euro werde den Dollar eher schwächen. Christa Randzio-Plath (SPD), Vorsitzende des Währungsausschusses des Europäischen Parlaments, betonte, bei Einführung der Währungsunion würden unterschiedliche Produktivität, Einkommen und Lohnstückkosten bestehen bleiben. Auch ohne eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sei die europäische Integration ein Stück Friedenspolitik. Inflationsangst sei vor allem ein deutsches Problem. Was jetzt an „Stabilitätskultur“ (nach deutschem Vorbild) erreicht worden sei, sei vor zehn Jahren noch unvorstellbar gewesen. Bei den „Finanzkriterien“ gebe es mehr Spielräume, als in der Öffentlichkeit angenommen. Diese müßten jetzt interpretiert werden, was leider am Wochenende nicht geschehen sei. Bei Überschreitung der „Fiskalkriterien“ (drei bzw. 60 Prozent), antwortete sie auf eine Frage von Leo Dautzenberg (CDU), müßten die Formeln „ausnahmsweise“ und „vorübergehend“ ausgefüllt werden.
(Fortsetzung folgt)

Zwei Aktuelle Viertelstunden waren für die Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik am 25. September beantragt worden. Auf Antrag der GRÜNEN berichtete das Innenministerium zum Thema „Kommunale Auswirkungen der geplanten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes und der Beschlüsse des EU-Energiesondergremies vom 20. Juli 1996“ (Bericht folgt; Plenarbericht in der vorigen Ausgabe). Die CDU-Fraktion hatte eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Veräußerung eines 49-Prozent-Anteils der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) an das Konsortium der Deutschen Babcock AG/Trienekens“ beantragt. Auf der Tagesordnung der von Friedrich Hofmann (SPD) geleiteten Sitzung standen ferner ein Sachstandsbericht von Europa-Minister Professor Dammeyer zum Thema „Maastricht II und die kommunale Selbstverwaltung“, ein Bericht zum „Museumsbau in NRW“, CDU-Anträge zur Verwaltungsvereinfachung und zur Verwendung der Einnahmen aus der Abwasserabgabe, ein CDU-Gesetzesentwurf zur Änderung des Landschaftsgesetzes, Stellungnahmen der Landesregierung zu Bürgerbefragungen und Erfahrungen mit der Experimentierklausel in der geänderten Gemeindeordnung. — Als neues Mitglied im Ausschuß begrüßte Vorsitzender Hofmann die SPD-Abgeordnete Ina Meise-Laukamp, die für Jürgen Schaufuß nachgerückt ist. Der 60. Geburtstag des kommunalpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Albert Leifert aus Drensteinfurt wurde nachträglich gewürdigt.

Die Experimentierklausel zu Paragraph 126 der Gemeindeordnung habe in NRW als erstem Land, so erläuterte Innenminister Franz-Josef Kniola in seinem schriftlichen Bericht (Vorlage 12/831), die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, „neue Steuerungsmodelle“ zu erproben. Seit Inkrafttreten bestimme „produktive Unruhe“ die kommunale Verwaltung. Über 80 Anträge auf Ausnahmegenehmigungen seien gestellt und meistens positiv beschieden worden. Abzulehnen seien jedoch Anträge auf Ausnahmen nicht nur vom Haushaltsrecht, sondern auch von anderen gesetzlichen Bestimmungen, wie etwa das Vorhaben, das Vollstreckungsgeschäft einem privaten Inkassobüro zu übertragen. Auch Ausnahmen vom Dienstrecht stünden nicht zur Disposition.

In der von der CDU beantragten Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Veräußerung eines 49 Prozent Anteils der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) an das Konsortium der Deutschen Babcock AG/Trienekens“ ging es um die ebenfalls in der Gemeindeordnung neugeregelte wirtschaftliche Betätigung kommunaler Betriebe (Paragraphen 107ff. Gemeindeordnung). Die antragstellende Fraktion wies auf noch offene Antworten auf eine Kleine Anfrage (Drs. 12/1184) hin. Dort war nach der Rechtmäßigkeit der Veräußerung von 49 Prozent (10,78 Millionen Mark) zum Preis von zwei Millionen Mark gefragt worden (bei jährlichen Haushaltseinnahmen von 17,5 Millionen Mark).

Staatssekretär Wolfgang Riotte erklärte, vorübergehend könne die typische Daseinsvorsorge kommunaler Betriebe wie Straßenreinigung, Bäderbetrieb, Abwasser- und Abfallbeseitigung auf andere Marktbezüge ausgedehnt werden. Das Innenministerium habe der Veräußerung nach dem „Opportunitätsprinzip“ zugestimmt, und

„Produktive Unruhe“ in Kommunen Wirtschaften „nach Opportunitätsprinzip“

zwar um der Stadt die Chance zu geben, privates Kapital und privates Know-how einzusetzen, um Personal abzubauen und einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die vom CDU-Antragsteller erwähnte Ausweitung der Tätigkeit der WBO, zum Beispiel auf Hochbau, solle nur übergangsweise zugelassen werden. Das Modell WBO werde vom Innenministerium genau beobachtet. Private Investoren hofften vor allem, solche Aufgaben günstiger erfüllen zu können.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) kündigte eine sehr kritische Begleitung des Experiments an und wies darauf hin, ein Stück kommunaler Selbstverwaltung werde aufgegeben. Ihr Fraktionskollege Ewald Groth interessierte sich für Chancen kleinerer Unternehmen, bei einem echten Wettbewerb mitzubieten. Riotte antwortete, bei WBO sei europaweit ausgeschrieben worden und nur ein Angebot eingegangen. Im übrigen führe Zerlegung großer Unternehmen leicht zur „Rosenpickerei“.

Edgar Moron (SPD) fand das Experiment sehr spannend und sah weitere Fälle vorher. Auf die Frage von Franz-Josef Britz (CDU) nach Kollisionen mit dem Wettbewerbsrecht antwortete Riotte, die Wirtschaftspolitik müsse Vorgaben für den Wettbewerb öffentlicher Hände im Markt liefern. Die Kommunalaufsicht wache über die Erhaltung der Fähigkeit zur Selbstverwaltung. Grundsätzliche Regelungen müsse es möglichst bald geben.

Innenminister Franz-Josef Kniola erklärte zum Ergebnis von Bürgerbefragungen in Kettwig und Wattenscheid, Gebietsneugliederungen seien grundsätzlich Akte der Staatsorganisation und unterlägen nicht nur örtlicher Entscheidung. Er warnte vor einem „Flächenbrand“, wenn dem Anliegen der Bürgerbefragungen nachgegeben werde, die 1975 eingemeindeten Stadtteile wieder zu verselbständigen. Am 6. November will der Ausschuß für Kommunalpolitik in öffentlicher Sitzung die Vertreter der Ortsteile Wattenscheid und Kettwig anhören.



Außer der Spitze des für die Kommunalaufsicht zuständigen Innenministeriums nahm an der Sitzung des Kommunalausschusses am 25. September auch Europa-Minister Professor Manfred Dammeyer (2. v. r., neben Vorsitzendem Friedrich Hofmann) teil. Er berichtete über die Arbeit am „Maastricht II“-Vertrag. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung, sagte der Minister, sei nicht ausdrücklich verankert, sondern nur durch das Subsidiaritätsprinzip geschützt. Bundeskanzler Kohl habe es aber zur Chefsache erklärt. Die Verankerung im Unionsvertrag müsse einstimmig erfolgen. Der Ausschuß der Regionen wache darüber. Zur Zeit sei ein Landtagsvotum nicht erforderlich. (Foto: Schälte)

Ausschuß stimmte über Luftverkehr ab

Nach längeren Erörterungen der Fraktionen und von Staatssekretär Joachim Westermann (Verkehrsministerium) in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten öffentlichen Sitzung am 19. September lehnte die Mehrheit von SPD und GRÜNEN im Verkehrsausschuß den CDU-Antrag „Leistungsfähiges und umweltgerechtes Luftverkehrskonzept für NRW“ (Drs. 12/1059) ab, ebenso die beiden auf Antrag von Heinz Hardt (CDU) zuvor getrennt abgestimmten Antragsteile, wonach sich der Landtag zum Luftverkehrskonzept von 1992 bekennen sollte, ferner dazu, daß „der Flughafen Düsseldorf nach der Brandkatastrophe kapazitätserweiternd wiederhergestellt werden“ müsse.

Zunächst suchte CDU-Sprecher Günter Langen um Aufschub der Abstimmung nach, da noch erheblicher Informationsbedarf, insbesondere bei 14 Handlungsoptionen bestehe. Heinz Hunger (SPD) widersprach unter Hinweis auf vernünftige Sachentscheidungen wie bei der Verlängerung der Startbahn Dortmund und dem Kompromiß Flughafen Köln/Bonn. NRW halte am Ausbau eines leistungsfähigen Luftverkehrs fest. Auch Peter Eichenseher (GRÜNE) sprach sich für Ablehnung des Antrags aus, da es zur Zeit keinen drängenden Bedarf gebe. Wie Essen-Mülheim zeige, hätten sich Rahmenbedingungen geändert. Das Stadium der Luftverkehrs-

politik von 1992 könnten die GRÜNEN nicht akzeptieren.

Heinz Hardt (CDU) appellierte an die Verantwortung für 18 Millionen Menschen und für die Wirtschaft. Hannelore Brüning (CDU) bezweifelte den Umsetzungs-Optimismus der SPD und wies auf Äußerungen des neuen von Rotgrün gewählten Landrats des Kreises Steinfurt hin, der den Ausbau des Flughafens Münster-Osnabrück nicht mehr unterstütze.

Staatssekretär Joachim Westermann bestätigte, das Konzept von 1992 sei immer noch Arbeitsauftrag für die Landesregierung, ebenso wie die Koalitionsvereinbarung.

Sport im Verein ist für ausländische Mädchen immer noch kein Thema

Die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene Untersuchung „Kindheit, Jugend und Sport in NRW – Der Sportverein und seine Leistungen“ stand im Mittelpunkt der ersten Sitzung des Sportausschusses nach der parlamentarischen Sommerpause. Auf Einladung des Vorsitzenden, Uwe Herder (SPD), gab Professor Dr. Dietrich Kurz von der Fakultät für Psychologie und Sportwissenschaft der Universität Bielefeld einen Überblick über die wissenschaftliche Untersuchung.

Professor Kurz, als einer der beiden Leiter des Gemeinschaftswerkes neben Professor Sack aus Berlin, stellte drei Fragen in den Vordergrund:

- Wer nutzt in welchem Maß und in welcher Form die Chancen für die Entwicklung von Jugendlichen, die sich im Sport engagieren?
- Wenn festgestellt wird, daß es systematische Ungleichheiten im Sport gibt, wer steht hinter diesen Ungleichheiten und was bedingt sie?
- In welcher Weise kann man annehmen, daß es die Entwicklung von Jugendlichen fördert, wenn sie sich im Sport engagieren?

Bei der Fragestellung „Wer treibt wieviel Sport?“ gab es ein überraschendes Ergebnis: Wer regelmäßig Sport treibt, tut es in aller Regel im Verein. Es bestätigte sich die Vermutung, daß gewinnorientierte Anbieter für Vereine keine Konkurrenz darstellen. Vereinsmitglieder besuchen diese Institutionen zusätzlich. Heute beginne das durch-

Der Zugang zum Verein sei bei ausländischen Jugendlichen etwa halb so groß wie bei Deutschen. Nach dem Geschlecht ergebe sich, daß ausländische männliche Jugendliche fast den gleichen Organisationsgrad aufweisen wie jugendliche Deutsche. Bei den ausländischen weiblichen Jugendlichen tendiert der Organisationsgrad gegen Null. „Gegen Null“ aber nur deshalb, weil bei ausländischen weiblichen Jugendlichen nichttürkischer Nationalität noch ein erheblicher Organisationsgrad gemessen wurde. Türkische Mädchen bleibe der Sport vermutlich aus religiösen und familiären Vorbehalten fast völlig verschlossen.

Die Einschätzung des eigenen Talents sei wichtigstes Motiv bei der Entscheidung für einen bestimmten Sportverein. Hervorzuhebender Zusammenhang hierbei sei das Gefälle in Verbindung mit der schulischen Karriere. Die Einschätzung eigener sportlicher Leistungsfähigkeit ist beim Gymnasiasten höher als beim Realschüler und dort wieder höher als beim Hauptschüler. Es wurde festgestellt, daß Eltern von Gymnasiasten größere sportliche Begeisterung mitbringen und eher selbst Vereinsmitglieder seien als Eltern von Hauptschülern. Sie geben dieses Verhalten an ihre männlichen Kinder stärker weiter als an ihre weiblichen. Wenn Hauptschüler einem Verein beitreten, bleiben sie im Schnitt länger Mitglieder als ein Gymnasiast und wechseln den Verein auch nicht so schnell. Sie seien eher bereit, Ämter und Funktionen zu übernehmen. Bei den ausländischen männlichen Hauptschülern gelte das gleiche Verhalten. Bei der Bestandssi-

gleichfalls, wenn auch nicht so deutlich. Sportvereinsjugendliche haben weniger Probleme mit sich selbst. Diejenigen, die intensiv Sport betreiben, verarbeiten vielfältige Belastungspotentiale (etwa Schulstreß) besser. Aber Sportvereinsjugendliche leben nicht gesünder. In bestimmten Sportarten, die in eine ausgeprägte Vereins- und Gesellschaftskultur eingebunden sind, lassen sich zumindest im Hinblick auf Alkoholkonsum höhere Werte feststellen. Das soziale Netzwerk Sportverein leiste also nicht nur positive Unterstützungsarbeit, sondern bewirke durchaus negative Nachahmungseffekte. „Das Bier danach“ und der vergleichsweise hohe Nikotinkonsum sollten zumindest nicht im Jugendvereinsport zur Regel werden. Hermann Ridder (Sportjugend im Landes-sportbund NW) bezeichnete Studie und Ergebnisse als Anlaß, um Defizite aufzuarbeiten. Er hielt es für wichtig, daß die Aussagen der Studie Einfluß auf die Arbeit in seiner Organisation finden. Beim Jugendausschuß des Westdeutschen Fußballverbandes sei angeregt worden, die Aussagen zum Rauchen und Trinken in der Studie als Anlaß für Änderungen zu nehmen.

Bernhard Recker (CDU) forderte, die Ergebnisse der Studie in die Öffentlichkeit zu bringen und die Fachverbände in eine Informationskampagne mit einzubeziehen. Man sollte gemeinsame Überlegungen anstellen, wie die Ergebnisse in den Vereinen vor Ort zu gezielten Schlußfolgerungen führen können. Dr. Hans Kraft (SPD) unterstrich die Wichtigkeit der Zugehörigkeit zu einem Sportverein. Es sei von politischer Bedeutung zu sehen, daß diejenigen, die über längere Zeit bei einem Sportverein bleiben und eine bestimmte Sportart treiben, auch soziale Elemente aufnehmen, die wichtig werden bei der Vergabe sozialer Chancen im gesellschaftlichen System. Er stellte die Frage, wie die Politik positiv darauf einwirken könne, wenn Verbote, Sport zu treiben, soziale Chancen nehmen.

Heidi Berger (SPD) merkte an, für sie überwiege im Sport eine klare Selektion. Sie gehe nicht davon aus, daß Leute aus bestimmten sozialen Schichten sich gesünder fühlen würden, wenn sie denn Sport trieben. Für sie sei die Frage, wie sich Sport weiteren sozialen Gruppen öffnen könne.

Dr. Annemarie Schräps (CDU) erklärte, es sei keine soziale Selektion vorgestellt worden, sondern es handle sich um Schulformdarstellungen. Diese könne man auch an anderen Schulformen festmachen. Sie sprach sich dafür aus, daß die Gesamtschule ausgegliedert und als eigene Schulform dargestellt werde. Außerdem könne die Hinführung zum Sport schon im Vorschulalter geschehen. Es sei zwar eine Finanzfrage, aber eine Anschlußstudie in diesem Sinne wäre wünschenswert.

Gerd Mai (GRÜNE) bezweifelte, ob es zutreffend sei, daß Kinder heute weniger Sport trieben als früher. Neue Trendsportarten boomten. Seiner Meinung nach seien Spiel, Sport und Bewegung doch eher im Zunehmen begriffen. Uwe Herder (SPD) hob die politische und pädagogische Bedeutung der Studie und ihrer Ergebnisse hervor und erklärte, die Anschlußdiskussion müsse sich jetzt fortsetzen. An die korrespondierenden Ausschüsse gewandt, regte er an, die Studie und ihre Erkenntnisse weiter zu thematisieren.



Die integrierende Kraft des Sports wird immer – durchaus zurecht – gelobt: Nur damit sie sich entfalten kann, muß man ihm dazu auch die Gelegenheit geben und in einem Verein mitmachen. — Unser Archivbild zeigt eine Szene aus einer Judoprüfung für Jungen und Mädchen.

schnittliche Sportengagement zwei Jahre früher als in der Studie von Professor Sack 1987, wird aber auch früher beendet. Vier von fünf Heranwachsenden in NRW sind Mitglieder in einem Sportverein gewesen, und zwar durchschnittlich für acht Jahre. Dreiviertel übernehmen im Verein Funktionen, die später unter Umständen in die Tätigkeit als ehrenamtliche Helfer münden. Systematische Ungleichheit hängt zuerst mit dem Geschlecht zusammen. Seit 1978 habe es keine Angleichung gegeben. Auch die Koedukation habe keine Änderung gebracht. Hier sei ein Ausgleich durch die Schule nicht zu erwarten. Eine weitere systematische Ungleichheit sei die Nationalität.

cherung der Vereine selbst muß die Frage beantwortet werden, was Vereine gegen das frühe Abwandern ihrer Jugend mit 14/15 Jahren unternehmen können.

Als systematisches Phänomen erwies sich, daß sich Jungen in ihrer sportlichen Leistungsfähigkeit eher überschätzen, Mädchen dagegen sich eher unterschätzen. In NRW werden Mädchen durchschnittlich um eine halbe Note im Sport schlechter beurteilt als Jungen. Bei einem Vergleich der „Hitliste“ der Sportarten der Jungen im Vereinssport sei erkennbar, Spilsportarten gewinnen immer mehr Bedeutung. Individualsport werde immer weniger nachgefragt. Bei den Mädchen zeige sich diese Entwicklung

Annegret Krauskopf folgt Erich Heckelmann im Jugendausschußvorsitz nach

Minister: Land kann Defizite zu Lasten der Familie nicht kompensieren

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie trat am 19. September unter dem Vorsitz von Josef Wilp (CDU) zusammen, um unter seiner Leitung eine neue Vorsitzende zu wählen. Als neue Vorsitzende wurde Annegret Krauskopf (SPD) mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion gewählt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der CDU-Fraktion „Tagespflege für Kinder in NRW fördern“ (Drs. 12/973) von der Tagesordnung abzusetzen, da sie noch Beratungsbedarf habe und daher noch keine Abstimmung erfolgen könne. Nach einer von der CDU-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung wurde dieser Tagesordnungspunkt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU von der Tagesordnung abgesetzt.

Im weiteren Verlauf der Ausschußsitzung nahmen die Ausschußmitglieder Berichte des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), Dr. Axel Horstmann (SPD), zu den Auswirkungen der Haushaltsperre sowie zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum Einzelplan 07 Kapitel 050 entgegen.

Danach diskutierte der Ausschuß einen weiteren MAGS-Bericht zu dem CDU-Antrag „Vorfahrt für Familien in NRW“ (Drs. 12/124, Vorlage 12/652). Der vorliegende Antrag und die zitierte Vorlage des MAGS führten zu einer kontroversen Aussprache. Der Minister erklärte, die Verfassung der Familien in der Bundesrepublik Deutschland sei ein Seismograph für die gesellschaftliche Lage in NRW. Wichtig sei für junge Menschen eine verlässliche soziale und ökonomische Perspektive für ihre Lebensplanung. Die Lage für Familien sei erschreckend. Die Statistik zähle zur Zeit 84 819 Lebensgemeinschaften von Eltern und Kindern, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen (Stand: Mitte August 1996). Jede zweite kinderreiche Familie gebe als Grund für den Bezug von Sozialhilfe Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstandes an. Die Landesregierung könne aber die gesellschaftlichen Defizite zu Lasten der Familie nicht kompensieren, so Horstmann. Das sei schon deshalb nicht möglich, weil ihr die genuinen familienpolitischen Kompetenzen von der Arbeitszeit bis zur Steuerpolitik fehlten. Der Wille der Landesregierung sei es, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien verbessern zu helfen, die Eigenkompetenz der Familien zur Selbsthilfe zu stärken, die Fähigkeit der Familien zum Umgang mit neuen gesellschaftlichen Problemlagen zu fördern sowie dort, wo Familien Beratung und Hilfe



benötigten, ein vielfältiges und plurales Angebot bereitzuhalten.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so Horstmann weiter, geschehe vor allem durch die Unterstützung des Kindergartenangebots sowie der Ganztagsangebote für schulpflichtige Kinder. In der Stadtentwicklungspolitik gehe es der Landesregierung ferner darum, Wohnumfeldverbesserungen herbeizuführen. Darüber hinaus fördere die Landesregierung die Beratungszentren sowie andere Beratungs- und Hilfsangebote. Im Bereich der Jugendpolitik beabsichtige die Landesregierung durch ein Jugendförderungsgesetz die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Infrastruktur an Freizeit-, Beratungs- und Hilfsangeboten weiterentwickelt werde. Bei allen Vorhaben und Maßnahmen sei die Landesregierung auf die Unterstützung der Träger- und Jugendhilfe und der Familienverbände, der Kirchen und der Wohlfahrtspflege angewiesen.

Horst Vöge von der SPD-Fraktion betonte, daß Familienpolitik grundsätzlich von bestimmten Rahmenbedingungen abhängig sei. Entscheidend sei hierfür nicht etwa die Diskussion um einen Kürzungsansatz in der Familienbildung, sondern schädlich seien vielmehr Maßnahmen, die seitens der Bundesregierung durch das Sparpaket in Kraft gesetzt würden. Auch die Gesundheits- und Kindergeldreform würden sich familien-schädlich auswirken. Vöge beklagt weiter, daß immer mehr junge Menschen und Familien in die Sozialhilfe abgedrängt würden. Die Lebenswirklichkeit, um die es letztlich gehe, sei durch Arbeitslosigkeit geprägt, und für die Arbeitslosigkeit sei immerhin der Bund zuständig.

Jutta Appelt (CDU) griff den vom Minister zitierten 5. Familienbericht auf und kritisierte darin zum Ausdruck gebrachte strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber den Familien. Sie plädiert nach wie vor für die Einführung einer Landesfamilienkonferenz. Friedrich Schepsmeier (SPD) betonte, daß es auf allen Ebenen hinreichende Anstren-

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat eine neue Vorsitzende. Mit den Stimmen von SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde Annegret Krauskopf (SPD) in dieses Amt gewählt. Auf dem Bild gratuliert ihr Josef Wilp von der CDU-Fraktion. Foto: Schälte

gungen zur Verbesserung der Familienpolitik gebe. Er bezweifle jedoch, daß heute Familien besser dastünden als vor zehn Jahren. Die Folge sei vielmehr, daß Kindererziehung in der Familie inzwischen sozialisiert und die Kosten privatisiert worden seien. Daher steige auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger mit der Folge, daß das Armutsrisiko von Familien mit Kindern in Deutschland ständig steige. Es sei daher eine Klärung auf gesamtstaatlicher Ebene erforderlich, so Schepsmeier.

Grenzüberschreitungen

Der Landtag hat entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses das Abkommen zwischen dem Land NRW, dem Land Rheinland-Pfalz, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen einstimmig beschlossen (Drs. 12/879 und 10/83).

Weiterbildung

Im Rahmen einer öffentlichen Sitzung hat der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter dem Vorsitz von Heinrich Meyers (CDU) am 25. September die zweite Weiterbildungskonferenz Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Sie stand unter dem Motto „Zukunft der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen — Bestandsaufnahme, Bewertung, Perspektiven“. Ein Bericht über die Konferenz erscheint in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“.

„Kinder im Parlament“ - 40 Schulen dabei - Viele Erwartungen

Kinder sollten grundsätzlich das ganze Jahr über im Vordergrund stehen und mitentscheiden dürfen



Von der Gesamtschule des Ennepe-Ruhr-Kreises bis zur Rheinischen Schule für Körperbehinderte reichte die Bandbreite der Schulen, die sich am Kinderparlament beteiligten
Foto: Schälte

Im Rahmen des Weltkindertages fand am Freitag, 20. September, im Landtag die Veranstaltung „Kinder im Parlament“ statt. Eingeladen waren 40 Schulen mit fast 250 Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 16 Jahren, die durch das Los bestimmt worden waren. Erstmals beteiligten sich auch die in verschiedenen Städten und Gemeinden bestehenden Kinder- und Jugendparlamente mit rund 60 Kindern. Landtagspräsident Ulrich Schmidt kündigte bei der Begrüßung eine Überraschung an: Den Besuch des ehemaligen Staatspräsidenten der Sowjetunion, Michail S. Gorbatschow, im Kinderparlament.

Bei strahlendem Sonnenschein begrüßte Landtagspräsident Ulrich Schmidt die jungen Gäste vor dem Eingangsportal des Landtags. Das freundliche Bild wurde noch verstärkt durch Hunderte von Ballons in Grün, Weiß und Rot, den Farben des Landes Nordrhein-Westfalen, die Mädchen und Jungen mit ihren Adreßkarten versehen, in den Händen hielten. Dazu spielte die Gruppe „Grenzwacht Stabil“ auf Waschbrett, Saxophon, Schlagzeug und einer Art Zupfstange so spannende Sachen wie „La Bamba“ zum Vergnügen auch der Lehrer, die mitgekommen waren.

In seiner Begrüßung machte der Präsident darauf aufmerksam, daß jedes Jahr aus Anlaß des Weltkindertages ein Treffen im Landtag stattfindet, in diesem Jahr zum sechsten Mal. Es habe sehr, sehr viele Bewerber gegeben, deshalb hätten die Plätze leider ausgelost werden müssen. Der Präsident entbot den Kindern, die teilweise schon einen weiten Weg hinter sich gehabt hätten, ein herzliches Willkommen in Düsseldorf. Er erläuterte dann u. a., daß Kinderpolitik Querschnittspolitik sei. Kinder und

Jugendliche seien eigentlich überall betroffen. Schmidt erinnerte daran, daß es in einigen Städten bereits Kinderparlamente, Kinderbüros und Kindersprechstunden gebe. Mit dem Zuruf „Ich komme mit“ bat der Landtagspräsident dann die Schülerinnen und Schüler, auf den Vorplatz hinauszutreten. Dort erfolgte der Start der Luftballons mit den anhängenden Antwortkarten des Luftballonwettbewerbs. Die Ballons stiegen in der klaren Luft schnell auf und versahen bald die Aussichtskanzel des nahen Fernsehturms mit einem grün-weiß-roten Pünktchen-Muster.

Ausschüsse und Plenum

Für die Kinder und Jugendlichen begann dann der Ernst des parlamentarischen Alltags. Sie fanden sich in Gruppen, wobei die Zugehörigkeit durch Buttons ausgewiesen wurde, in den Ausschüssen für Jugend und Familie, Umweltschutz und Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen sowie im Verkehrsausschuß zusammen, um sie selbst bedrängende Probleme zu diskutieren. Da kamen dann allerlei jugendliche Sorgen zur Sprache. Im Verkehrsausschuß wurde verdeutlicht, Fußgänger sollten nicht über Radwege laufen, damit es nicht zu Zusammenstößen komme. Die Sprecherin des Arbeitskreises, Hannelore Brüning (CDU), meinte daraufhin, wo Fußgänger und Radfahren nebeneinander seien, sollte jedenfalls der Radfahrer Rücksicht auf den Fußgänger nehmen. Wie die Interessenlage tatsächlich ist, untermauerte ein flinker Junge, der dagegen hielt, man sollte sehen, daß der Fußgänger Rücksicht auf den Radfahrer nehme.

Im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung ging es u. a. um Verpackung. Da kamen von den jungen Leuten nützliche Anregungen. Sabine aus Steinfurt empfahl, statt Styropor als Verfüllung in Paketen sollte lieber Mais verwandt werden. Ein anderes Mädchen riet zum Verzicht auf das Silberpapier bei Schokoladentafeln. Manche hatten nach ihren Wortmeldungen Schwierigkeiten mit den Tischmikrofonen. Dazu Vorsitzender Klaus Strehl: „Nicht nervös werden. Mancher Abgeordneter kann das heute noch nicht.“

Nach den „Fachberatungen“ in den Ausschüssen trafen sich alle im Plenarsaal, wo sie von Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßt wurden. Er berichtete, im vergangenen Jahr hätten die Kinder im Parlament eine Resolution zum Thema „Wir lassen uns nicht verwalten – Wir wollen die Zukunft gestalten“ verabschiedet. „Wir sind gegen Umweltzerstörung, wir wollen mehr Platz zum Spielen, wir brauchen mehr Radwege“ – das seien nur einige der Punkte, um die es gegangen sei. Sie hätten gefordert, überall mehr mitreden und mitentscheiden zu können. Der Präsident fuhr fort, die Kinder und Jugendlichen hätten ihn gebeten, diese Resolution an alle Verantwortlichen im Landtag und in der Regierung, allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern weiterzugeben. „Das habe ich natürlich getan.“ Alle Landtagsabgeordneten, alle Ministerinnen und Minister und natürlich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in allen Städten und Gemeinden hätten die Resolution bekommen. „Wenn ich auch keine unmittelbare Rückantwort bekommen habe, so bin ich fest davon überzeugt, daß Eure Botschaft angekommen ist. Und mit der heutigen Veranstaltung kommen wir sicher noch ein Stückchen weiter.“

Der Landtagspräsident ging dann noch auf einen wichtigen Punkt ein: „Wir haben heute ein Geburtstagskind bei uns: Seyyal Küçük. Seyyal wird heute 16 Jahre alt. Sie kommt von der Schloßparkschule in Schieder-Schwalenberg.“ Ulrich Schmidt winkte das Mädchen zu sich, gratulierte, überreichte ein Geschenk und sagte: „Ich weiß nicht, ob Du schon mal einen so großen Geburtstag gefeiert hast.“

Der Präsident kündigte dann eine Überraschung an: Der ehemalige Staatspräsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, komme mit seiner Frau Raissa in den Landtag. Er habe gehört, daß hier Kindertag sei, meinte der Präsident vergnügt. Ernst fuhr er fort, Gorbatschow habe großen historischen Anteil daran, daß beide Teile Deutschlands wiedervereint seien.

Ulrich Schmidt fuhr fort, noch einer habe heute ein Jubiläum. Der Ministerpräsident Johannes Rau sei am heutigen Tage genau 18 Jahre als Ministerpräsident im Amt. Als Geschenk überreichte Schmidt eine Torte. Der Regierungschef gab lachend und unter Beifall die Torte an das Geburtstagskind Seyyal weiter und setzte dazu: „Ich möchte aber auch ein Stück. Wir essen so leise, daß Gorbatschow nichts merkt.“

Einige Minuten später traf Michail Gorbatschow tatsächlich ein. Er erhielt tosenden

Beifall. Unter den Kindern und Jugendlichen herrschte ein Stimmung wie bei einem Rockkonzert. Der ehemalige Staatspräsident war sichtlich angetan von dem begeisterten Empfang der jungen Leute (Seine Ansprache und die Begrüßungsworte des Landtagspräsidenten sind unten auf der Seite wiedergegeben).

Freiwillige Lösungen

Im Plenum war weiter Kindertag. Die Moderatorin der Veranstaltung, die Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (SPD), rief die Arbeitsergebnisse aus den Ausschüssen auf. Michael (13) trug die Beschlüsse aus der Umwelt-Arbeitsgruppe vor: Jeder soll bemüht sein, wenig Auto zu fahren und Busse sowie Bahnen zu benutzen; Preiswertere und flächendeckende Verbindungen im Öffentlichen Personenverkehr. Die Autoindustrie soll weniger umweltschädliche Motoren und Fahrzeuge entwickeln. Michael räumte indessen ein, Umweltschutz im Verkehr sollte mehr durch freiwillige Lösungen als durch Gesetz erreicht werden. Auch zur Verpackung erfolgten klare Aussagen. Sie sollte weitgehend wiederverwendbar und kompostierbar sein. Der Grüne Punkt gehörte abgeschafft und Mehrwegsysteme sollten verstärkt werden. Der Button für den Kindertag 1997 sollte aus einem einzigen Werkstoff bestehen. Er könnte auch essbar sein, hieß es. Frau Krauskopf wertete die Aussagen als „Beweis, daß die Kinder die gleichen Wünsche haben wie Erwachsene“.

Evelyn und Nora, beide 13 und aus Bottrop, äußerten sich zu den Resolutionen aus dem Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen: Größere und nicht zu teure Wohnungen, in denen sich die Familien zusammenfinden können, kreative Häuser mit witzigen Farben. Nora setzte sich für „alkoholfreie Plätze“ ein. Zu Fitneßstudios sollten Jugendliche ab 14 Jahren Zugang haben. Sie fand es auch nicht richtig, daß Jugendliche Bahnhöfe anliefen, weil es keine Jugendheime gebe.

Für den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie nannte Patrick es wichtig, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekomme. Grundsätzlich müßten Kinder das ganze Jahr über im Vordergrund stehen. Er schlug deshalb vor, statt des einen Kinder-



Hunderte von Luftballons stiegen in den wolkenlosen Himmel auf, ein jeder mit einer Postkarte und der Hoffnung auf Rückantwort verbunden.
Foto: Schälte

tages sollten derartige Treffen fünf- bis sechsmal im Jahr stattfinden.

Als Arbeitsergebnis des Verkehrsausschusses gab Daniela die Forderungen nach verstärktem Radwegbau wieder. Radwege sollten von Skatern frei gehalten werden. Bei Bussen und Bahnen sollte das Angebot attraktiv sein und vor allem nicht gekürzt werden.

Schiffsfahrt auf dem Rhein

Nach der Vorstellung der Diskussionsergebnisse stellte Annegret Krauskopf fest: „Wer miteinander arbeitet, sollte auch miteinander fröhlich sein.“ Dieser Satz war auf das anschließende unterhaltsame Programm des Kindertages gemünzt, das mit Don Martin und Slava Veljic an Bord der „Stadt Düsseldorf“ fortgesetzt wurde.

Bleibt als Nachtrag noch zu erwähnen, daß die Briefmarken AG des Städtischen Johannes-Kepler-Gymnasiums Ibbenbüren im Foyer des Landtags philatelistische Einblicke in die Geschichte Nordrhein-Westfalens und Deutschlands auf Stellwänden in einer kleinen Ausstellung ermöglicht hatte.



Wünschte den Schülerinnen und Schülern Glück: Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Links die CDU-Abgeordnete Otti Hüls.

Auf einer Welle der Sympathie

Michail S. Gorbatschow habe großen historischen Anteil daran, daß die beiden Teile Deutschlands wiedervereint worden seien. Derart verwies Landtagspräsident Ulrich Schmidt beim Besuch des ehemaligen Staatspräsidenten der früheren Sowjetunion am Freitag, 20. September. Bei der Begrüßung des russischen Gastes und seiner Frau Raisa im „Kinderparlament“ des Landtags, verband Schmidt seine herzlichen Willkommensgrüße mit dem Hinweis, daß Gorbatschow in Nordrhein-Westfalen wie im ganzen Deutschland von einer Welle der Sympathie getra-

gen würde. Der Präsident äußerte den Wunsch, daß die freundschaftlichen Kontakte „zwischen Nordrhein-Westfalen und ihrem Land wachsen mögen“.

Der Politiker Gorbatschow bezeichnete es als „schöne Tradition“, am internationalen Kindertag ein Kinderparlament einzuberufen. Er nannte das Parlament „ein sehr nützliches Haus“ und wünschte den jungen Leute Vergnügen bei ihrer Arbeit. Der russische Staatsmann berichtete, als 1985 unter seiner Führung die Perestroika eingeführt worden sei, seien jene zehn bis 15 Jahre alt gewesen, die heute die Anhänger der Demokratie in Rußland seien. Sie hätten ihn auch im Wahlkampf um die russische Präsidentschaft unterstützt. Bei der Organisation des Wahlkampfes habe ihm keiner offiziell geholfen.

Michail S. Gorbatschow erzählte weiter, Journalisten hätten ihn gefragt, woran er gedacht habe, als er zwölf Jahre alt gewesen sei. Er habe geantwortet, 1943 sei Krieg gewesen, und man habe nur den Wunsch gehabt, er möge schnell vorbei sein und der Vater möge nach Hause kommen, um ein friedliches Leben anfangen zu können. Er schloß dann, man könne viel verzeihen und auch vergessen, aber man sollte sich nie etwas gefallen lassen. Es gebe Versuche, den Frieden zu sprengen. Er empfahl dagegen Liebe und Freundschaft, und daß man das Glück habe, reisen zu können, um anderen Menschen zu begegnen. „All das wünsche ich Euch“, sagte Gorbatschow zu den Kindern und Jugendlichen.

Verwaltungsstrukturreform: Modell von Regierungspräsidien als Zwischeninstanz

Zusammensetzung der Regionalversammlung soll durch Wahlen bei Städten und Kreisen erfolgen

Unter Vorsitz von Stefan Frechen (SPD) befaßte sich der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform mit dem Vorschlag der CDU-Fraktion, in einer neu zuzuschneidenden mittleren Verwaltungsebene die Aufgaben der Landschaftsverbände, der Bezirksregierungen, des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, der Landesoberbehörden und einiger Sonderverwaltungen zusammenzuführen.

Franz-Josef Britz, Sprecher der CDU-Fraktion erläuterte das Modell anhand eines Organigramms und bezeichnete es als ergebnisoffenes Modell. Seine Fraktion gehe zwar auf der Grundlage eines Parteitagebschlusses von drei Regionalpräsidien in NRW aus, doch sei es dem Ausschuß unbenommen, auch über eine Fünfer- oder Siebenerlösung nachzudenken.

Bei dem Modell des Regionalpräsidenten handele es sich um eine einheitliche Zwischeninstanz für den staatlichen Bereich und den staatlich/kommunalen Kooperationsbereich. An der Spitze der Regionalverwaltung stünde — wie bei den bisherigen Oberkreisdirektoren — als Doppelkopf der Regionalpräsident / die Regionalpräsidentin. Ihm unterstehen vier Abteilungen zur Erfüllung staatlicher Aufgaben und vier Abteilungen des staatlich/kooperativen Bereichs. Der Regionalpräsident/die Regionalpräsidentin

- wird für acht Jahre von der Regionalversammlung gewählt, von der Landesregierung ernannt,
- ernennt Beamte, stellt Angestellte und Arbeiter ein,
- ist Dienstvorgesetzte/r der Beamten, Angestellten und Arbeiter.
- führt die Regionalverwaltung, wahrt insbesondere Einheitlichkeit der Verwaltung bzw. — entsprechend dem neuen Steuerungsmodell — schließt Kontrakte, überwacht deren Einhaltung, berät und berichtet Regionalausschuß und -versammlung und repräsentiert die Region nach außen.

In der Regionalversammlung gibt es neben dem Vorstand und einem ständigen Ausschuß die Fachausschüsse und das Büro. Die Zusammensetzung der Regionalversammlung soll nach Vorstellungen der CDU durch Wahlen bei den kreisfreien Städten und Kreisen sowie durch Entsenderecht des Landtags bestimmt werden. Eine Variante könne auch eine nur aus Kommunalvertretern bestehenden Regionalversammlung sein. Zu diskutieren wäre, auch innerhalb der CDU-Fraktion, noch der gewünschte Wahlmodus (direkt oder indirekt) sowie die Aufgaben der allgemeinen und der Fachkontrolle durch die Regionalversammlung. Den Abteilungen wären in diesem Modell zunächst die Aufgaben zugewiesen, die auch zur Zeit zu erledigen seien. Es bleibe dem Ergebnis der Aufgabenkritik überlassen, was sich hieran ändert. Ziel müsse dabei eine 30prozentige Stellenreduzierung sein. Dieses offene Modell solle Grundlage einer eingehenden Diskussion und einer Erörterung mit Vertretern der betroffenen



Hilfe aus der Wissenschaft

„Ich glaube, daß wir alle keinen Zweifel mehr daran haben, daß unsere Welt schwieriger geworden ist“, stellte Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei der Eröffnung der Präsentation des Wissenschaftszentrums Nordrhein Westfalen im Landtag fest (Bild). Jürgen Habermas habe dafür den Begriff der „Neuen Unübersichtlichkeit“ geprägt. „In dieser Unübersichtlichkeit der Dinge müssen wir tagtäglich politische Entscheidungen fällen, obwohl wir nicht immer alle Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung kennen“, meinte der Präsident. Aber die Entscheidungen müßten getroffen werden. Diese Last nehme den Politikern niemand ab. In diesem Sinne sei die Politik auf Hilfe angewiesen, nicht zuletzt auf die Hilfe aus der Wissenschaft. Dazu brauche man eine praxisnahe, handlungsorientierte, eine diskussionsfähige Wissenschaft. Er sei sich sicher, das Wissenschaftszentrum sei der richtige Partner. Die drei Institute — das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen und das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie — aber auch das Wissenschaftszentrum selbst unter der Leitung von Professor Dr. Gert Kaiser als das Zentrum des Austauschs zwischen Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft hätten sich seit 1988 zu einem auch international anerkannten Forum für Zukunftsfragen entwickelt. Der Leiter des Wissenschaftszentrums, Professor Dr. Gert Kaiser berichtete, diese Einrichtung sei ein sehr ehrgeiziges Projekt Nordrhein-Westfalens. Es sei das einzige Wissenschaftszentrum mit dieser thematischen Breite.

Foto: Schälte

Behörden, Wissenschaftlern und Beratern sein.

Der Ausschußvorsitzende begrüßte den Vorschlag der Beteiligung der Betroffenen und bezeichnete den Ansatz für das Modell, welches zunächst von den Institutionen ausgehe, als einen methodisch gangbaren Weg. Bisher allerdings sei der Ausschuß der Meinung gewesen, sich erst den Aufgaben zu widmen, sie nach Art, Umfang und Umsetzung aufgabenkritisch zu hinterfragen, und erst dann Schlüsse für Veränderungen in den Institutionen zu ziehen. Auch werde im CDU-Vorschlag die Trennung kommunaler und staatlicher Aufgaben aufgegeben.

Johannes Pflug (SPD) versprach eine ernsthafte Auseinandersetzung seiner Fraktion mit diesem Modell. Als problematisch bezeichnete er die Frage nach der Zusammensetzung der Regionalversammlung sowie den großen Anteil an staatlichen Aufgaben, die regionale Abgrenzung und die Einbeziehung des KVR: Noch nicht absehbar waren auch die personellen Konsequenzen.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) stellte ebenfalls fest, das Modell gehe von den Behördenstrukturen, nicht von den Aufgaben aus. Würden Aufgaben in den angedachten Umfang verlagert, um den angepeilten Stellenabbau zu realisieren, sei von großer Unruhe auf kommunaler Ebene auszugehen. Unter dem Gesichtspunkt der gleichen Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger des Landes sei die Umlagefinanzierung neu zu überdenken und ein Zeitplan — z. B. zur Finanzierung und Umsetzung evtl. notwendiger Baumaßnahmen — zu erarbeiten.

Im übrigen machte sich der Ausschuß ein Bild vom Fortgang der inneren Verwaltungsmodernisierung im Landesbereich. Aus den zuständigen Ressorts und der Staatskanzlei

wurde über die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen unter Beachtung des vom Ausschuß vorgegebenen Kriterienkatalogs für die Bereiche der Hochschulverwaltung, des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, die Sozial- und Versorgungsverwaltung, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie zum Fahrdienst der Landesregierung berichtet. Dabei begrüßte Stefan Frechen insbesondere, daß der Ausschuß — wie sonst bisher in keinem anderen Bereich — schon vor Abschluß der laufenden Organisationsuntersuchung in die Organisationsentwicklung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales — unter Einführung des neuen Steuerungsmodells — einbezogen werde. Zufrieden zeigte sich der Ausschuß auch mit der Ankündigung des Ministers, bis Ende Oktober einen schriftlichen Zwischenbericht vorzulegen. Franz-Josef Britz begrüßte daneben auch die andersartige Vorgehensweise des Ministeriums hinsichtlich der umfassenden Beteiligung der Beschäftigten. An einer Mitarbeiterbefragung hatte sich ein Drittel der Beschäftigten beteiligt, 163 hatten sich in drei Arbeitsgruppen an der Entwicklung eines Leitbildes, eines Führungs- und Fortbildungskonzepts und der Einführung neuer Steuerungsmodelle zusammengefunden. Gelobt wurden ferner, insbesondere seitens der GRÜNE-Fraktion die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierungen, die in Workshop-Verfahren annähernd 1600 Vorschläge u. a. zur Verfahrensbeschleunigung, Mitteleinsparung, Auf- und Ablauforganisation, Aufgabenwegfall und -verlagerung gemacht hätten. Das Innenministerium will dem Ausschuß noch eine Ergebnisliste über die Umsetzung oder Verwerfung der Vorschläge vorlegen.

Opposition und Koalitionsfraktionen streiten über Steuerfahndung bei der Landesbank

„Eigentlichen Skandal der milliardenhohen Steuerhinterziehung nicht ausblenden“

Die näheren Umstände der Steuerfahndung bei der Westdeutschen Landesbank (WestLB) waren Gegenstand einer Aktuellen Stunde, die der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion am 13. September durchgeführt hat. Die Opposition hatte diese Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung des Plenums setzen lassen, nachdem der Fragenkomplex bereits in der Landtagsfragestunde am Tag zuvor in der Antwort auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Stefan Bajohr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) behandelt worden war.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, sah sich zu seinem Redebeitrag veranlaßt, um die Angelegenheit zu versachlichen und um schädliche Spekulationen abzuwenden, die dem Land und der Bank schaden könnten. Er betonte, bei der WestLB handele es sich um ein öffentlich-rechtliches Institut, dem eine besondere Vorbildfunktion zukomme; Grund für den Antrag zur Aktuellen Stunde sei aber auch, daß seine Fraktion die angebliche Ahnungslosigkeit von Mitgliedern der Landesregierung „stört. Da kommt leicht der Verdacht auf, daß hinter dem Ganzen mehr stecken könnte. Dem kann nur mit rückhaltloser schneller Aufklärung begegnet werden.“ So widerspreche es jeder Lebenserfahrung, daß der Landesfinanzminister erst nach dem Anlaufen von der Durchsuchungsaktion erfahren haben will, schließlich sei Schleußer „Chef der Steuerfahnder“. Die bisherigen Einlassungen des Justizministers ließen auch Fragen offen; denen müsse sich auch der Wirtschaftsminister des Landes stellen, der für die Bankenaufsicht zuständig sei, betonte Linssen. Und „schlußendlich sollte auch der Ministerpräsident Auskunft darüber geben, welchen Kenntnisstand er persönlich und seine Staatskanzlei im Vorfeld der Durchsuchungsaktion hatten“. So lange dies offen bleibe, sei der Verdacht naheliegend, „daß es irgendeinen Umstand gibt, den es zu verheimlichen gilt“.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) antwortete: „Der Verwaltungsrat der WestLB hat seine Aufgaben ordnungsgemäß erfüllt.“ Die Steuerverwaltung im Lande handele nach Recht und Gesetz, „ohne Ansehen der Person und ohne politische Einflußnahme“. Weder das Land noch die Bank hätten öffentliche Spekulationen und Verdächtigungen „um vordergründiger Ziele willen“ verdient. Fragen nach dem Ermittlungsstand, nach dem Kreis der Beschuldigten, nach den untersuchten Sachverhalten und nach der Ermittlungsmethode könnten aus rechtsstaatlichen Gründen nicht beantwortet werden.

Reinhold Trinius (SPD) sah es nach der Darstellung des Finanzministers als erwiesen an, „daß alle Vermutungen und Verdächtigungen, die hier in verschiedener Weise

geäußert worden sind, haltlos sind. Sie sind gegenstandslos“. Er habe die Bitte, die Ermittlungen ihren Gang gehen zu lassen, denn man habe ein großes Interesse daran, daß alles aufgeklärt werde. Eine politische Einflußnahme habe es jedenfalls nicht gegeben.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) sah das Problem so: Es gehe bei den Ermittlungen von Staatsanwaltschaften und Steuerbehörden um zahlreiche, aber einzelne Steuerkriminelle; bei den Ermittlungen gegen Beschäftigte und Vorstandsmitglieder von Banken stehe das Delikt der Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Vordergrund — „und zwar nicht in Einzelfällen, sondern vorsätzlich, organisiert und in Milliardenhöhe“. Das sei eine ganz andere Qualität der Verdachtsmomente. Vielleicht sei die WestLB auf ihrer Gratwanderung als Bank im Marktwettbewerb mit Privatbanken und mit einem öffentlichen Auftrag „abgerutscht“. Bajohr: „Wir gehen davon aus, daß Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung den Fall WestLB aufklären und gegebenenfalls vor die Gerichte bringen. Wir haben volles Vertrauen in die Ermittlungsbehörden.“

Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) nannte als Zeitpunkt seiner Information den 1. August; nach „intensiver Überlegung“ habe er sich entschlossen, darüber niemanden zu informieren. Er jedenfalls habe keinen Anlaß, mit irgendetwas hinter dem Berg zu halten, betonte der Minister, der es als seine Aufgabe ansah, „die Durchführung der Ermittlung auf keinen Fall zu gefährden und ein rechtsstaatliches Verfahren ohne Ansehen von Personen und Namen zu gewährleisten“. Die Nichtbeeinflussung der staatsanwaltlichen Ermittlungstätigkeit sei ein hohes Gut; er habe dafür zu sorgen, daß das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht gefährdet werde.

Herbert Reul (CDU) sah aufseiten der Landesregierung in dieser Sache „Überschneidungen von Aufgabenstellungen“ mit dem Blick auf die Mandate, die Regierungsglieder in den WestLB-Gremien wahrnahmen. „Es geht um die verschiedenen Hüte“, erläuterte der Sprecher und ergänzte, „Hütchenspiele sind sehr problematisch.“ Wenn jetzt alles „tröpfchenweise eines nach dem anderen ans Tageslicht“ komme, dann mache das sehr nachdenklich: „Es bleiben offene Fragen.“

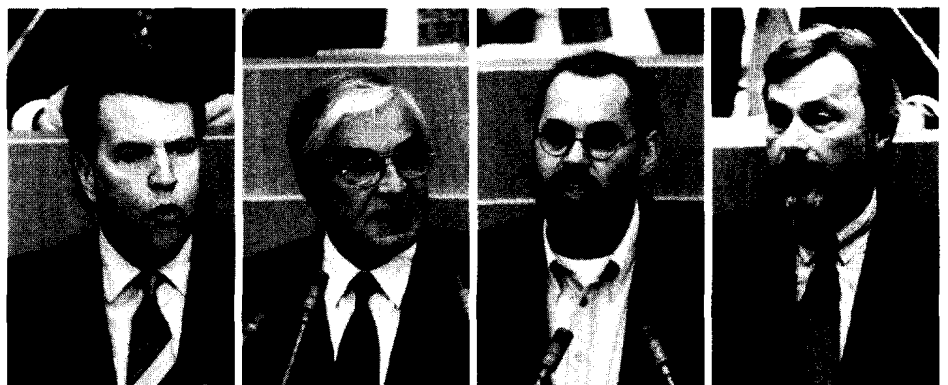
Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, erklärte, die Debatte habe gezeigt, daß die beiden Minister ihr Wissen verantwortungsbewußt gehandhabt hätten. Der Opposition gehe es darum, „daß zwei Minister, die kraft Amtes und Gesetz im Aufsichtsgremium sitzen, von Ihnen ohne Anlaß aus politisch vordergründigen Gründen in den Dunst der Verdächtigung gebracht werden sollen“. So bleibe „der eigentliche Skandal, die Verschiebung von Kapitalvermögen ungeahnten Ausmaßes in das Ausland, um der deutschen Besteuerung zu entgehen“, außen vor.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bezeichnete als Datum seiner Information den 3. September und erklärte ausdrücklich: „Das ist so in Ordnung.“ Er lege Wert darauf, daß er über Ermittlungsverfahren, über Verdacht und Verlauf nicht informiert werde. Rau: „Ich habe volles Vertrauen zu allen Mitgliedern der Landesregierung und zu dem, was sie getan haben und tun.“

Roland Appel (GRÜNE) nannte das Manöver der Opposition durchsichtig und sagte voraus, daß es der CDU nicht gelingen werde, auf diese Weise Mitglieder der Landesregierung, die gleichzeitig ein Amt in der Bank hätten, zu diskreditieren. Er hoffe auf einen Erfolg der Ermittlungen, damit „die, die unseren Staat durch die Hinterziehung von Steuern schaden, entsprechend zur Verantwortung gezogen werden“.

Dr. Helmut Linssen (CDU) meinte ironisch, nach dieser Rede des Abgeordneten Appel sei er der Überzeugung, daß die GRÜNEN auch Garzweiler mitmachen werden. Die von seiner Fraktion beantragte Aktuelle Stunde sei im Interesse des Landes und der WestLB gewesen, denn ein Teil der Ungeheimheiten habe beseitigt werden können, „dafür sind wir sehr dankbar“. Nach wie vor gehe er davon aus, „daß präzise vorbereitet und gehandelt worden ist. Deshalb war es völlig unnötig, daß wir dieses Versteckspiel eine Woche lang über uns haben ergehen lassen müssen“.

Minister Heinz Schleußer (SPD) schloß: „Die Steuerfahndung in Nordrhein-Westfalen ist bundesweit für ihre Erfolge bekannt. Sie wird auch hier erfolgreich sein. Gibt es Gründe für den Anfangsverdacht, können Sie sicher sein, daß denen bis zum I-Punkt gefolgt wird.“



Fragen und Antworten zum Thema Steuerfahndung bei der Westdeutschen Landesbank (v.l.): CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen, Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD).
Fotos: Schälte

Ortsnahe Regelung der Sozialhilfe

Um im Sozialhilfe- und Pflegerecht das Auseinanderfallen von Aufgaben- und Finanzverantwortung durch Bundes-, Landes- und Satzungsrecht der Landschaftsverbände aufzuheben und dadurch einen Beitrag zur Entbürokratisierung zu leisten, soll die Landesregierung geeignete Maßnahmen einleiten. Sie hätten unter anderem das Ziel, bei der allgemeinen Hilfe zum Lebensunterhalt die Kostenträgerschaft auf die kreisangehörigen Städte und Kreise zu verlagern und ebenso bei der Heimunterbringung die Kostenträgerschaft auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe zwingend vorzusehen. Dies verlangt ein CDU-Antrag (Drs. 12/1274), den das Plenum am 11. September an den Ausschuß für Kommunalpolitik – federführend – überwiesen hat.

Franz-Josef Britz (CDU) qualifizierte den Antrag als wichtigen Baustein im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform. Als weitere Ziele des Antrags fügte er an, daß im Bereich des Pflegewohngelds die Finanzverantwortung mit der Anordnungsbefugnis auf der Ebene der örtlichen Träger der Sozialhilfe zusammenzuführen sei. Als viertes nannte Britz den Umbau des Arbeitslosenansatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz zu einem echten Soziallastenansatz. Es komme so zu einer Senkung von Landschaftsverbands- und Kreisumlage. Ferner seien stärker kostenbewußtes Verhalten der Aufgabenträger und eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands zu erwarten.

Ursula Bolte (SPD) kritisierte am Antrag, er nehme neuere Entwicklungen wie Pflegeversicherung und Landespflegegesetz nicht zur Kenntnis. Sie wandte sich gegen „Schnellschüsse“ und vorschnelle Systemänderungen. Die von der CDU geforderten Veränderungen hätten erhebliche Auswirkungen auf das Beziehungsgeflecht zwischen den Städten, Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden.

Jens Petring (GRÜNE) hielt der CDU vor, es gehe ihr nicht um mehr Qualität für alte, behinderte und pflegebedürftige Menschen, „es geht Ihnen um den Finanzausgleich über die Landschaftsumlage der Landschaftsverbände – ein Volumen, das der nordrhein-westfälische Städte- und Gemeindebund mit über 200 Millionen Mark beziffert. Daran wollen Sie rütteln.“ Beim ganzen Übertragungskatalog könnte man den Eindruck gewinnen, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden seien aufgabenmäßig nicht ausgelastet.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) war dankbar für den Hinweis, daß es auch um Fragen der Qualität geht. Die Fronten bei der Verlagerung der Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege verliefen quer zwischen den einzelnen kommunalen Spitzenverbänden und den Landschaftsverbänden. Darum habe die Landesregierung die Diskussion zur Aufgaben- und Finanzverantwortung in der Sozialhilfe neu angeregt. Die Meinungen der Betroffenen flössen in die Entscheidung der Landesregierung mit ein, die übrigens noch in dieser Legislaturperiode einen Entwurf zur Novellierung des Landesausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz vorlegen werde.

Drogen: CDU fordert Vereinbarung zur Prävention

Nach Ansicht der CDU-Fraktion muß die Vorbeugung gegen Drogensucht im Lande verbessert werden. Dazu solle die Landesregierung noch in diesem Jahr mit den für die Drogenprävention Verantwortlichen eine Präventionsvereinbarung schließen, an deren Erarbeitung auch die Selbsthilfegruppen zu beteiligen sind. Dies fordert ein CDU-Antrag (Drs. 12/1233), der nach Debatte im Plenum am 12. September einstimmig an den Gesundheitsausschuß federführend überwiesen worden ist.

Ursula Monheim (CDU) wies auf den Trend hin, daß die Probierebereitschaft unter den 14- bis 15jährigen dramatisch gestiegen sei. Diese alarmierende Ausgangslage sei mit ein Grund für den Antrag ihrer Fraktion. Zudem herrsche bei aller Unterschiedlichkeit sonst zwischen Koalition und Opposition in der Drogenpolitik Übereinstimmung, „daß Prävention das erfolgversprechende Instrument im Kampf gegen Suchtabhängigkeit ist“. Und die sei im Lande immer noch unzureichend. Seit 16 Jahren fördere die Landesregierung die Fachstellen für Suchtvorbeugung mit dem unverändert gleich hohen Betrag pro Stelle, darum müßten die Träger immer mehr Eigenmittel zuschießen. Außerdem würden im Etat des kommenden Jahres die Mittel für die Bekämpfung der Suchtgefahren um knapp sechs Millionen gekürzt. Suchtvorbeugung müsse ursachenorientiert arbeiten, sie sei eine Querschnittsaufgabe, punktuelle und spektakuläre Einzelaktionen könnten dauerhaft keine Änderung oder Stabilisierung von Verhaltensweisen und Gefährdungen erreichen, „nötig sind unterschiedliche Ansätze und integrierte Programme“. Dazu benötige man den Sachverstand aller, die in der Suchtprävention Verantwortung haben.

Michael Otto Scheffler (SPD) machte darauf aufmerksam, daß neben der Persönlichkeitsentwicklung auch Umwelteinflüsse ursächliche Zusammenhänge mit der Suchtentwicklung aufweisen, so bürden die Benachteiligung von Gruppen und die Ausgrenzung von Randgruppen einen großen Teil des Suchtpotentials in sich. Prävention heute müsse die Persönlichkeit stärken und das Selbstwertgefühl erhöhen. Die Verletzung von existentiellen Grundbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen, etwa durch Bonner Sparpakete, begünstigten Suchtverhalten. Dauerhafte Präventionserfolge ließen sich nur durch eine Veränderung der Gesundheits-, Jugend-, Sozial- und Familienpolitik erzielen, betonte Scheffler. Das von der CDU angeregte Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure mit dem Ziel einer Präventionsvereinbarung gebe es bereits in der Landesarbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung. Die Einbeziehung von Selbsthilfegruppen sei begrüßenswert, da nehme man die CDU gerne beim Wort.

Daniel Kreutz (GRÜNE) hielt der CDU vor, ihr Präventionsbegriff höre da auf, wo die eigentliche Aufgabenstellung erst anfange, „nämlich beim Konsum“. Bei den legalen Drogen akzeptiere sie den Konsum (Fortsetzung Seite 15)

Land soll Eigentumsförderung verstärken

Der Wunsch der Bürger nach selbstbestimmtem Wohnen mit dem Ziel einer 50prozentigen Eigentumsquote im Lande war Thema eines Antrags, den die CDU-Fraktion unter das Motto „Wohnungsbauinitiative gegen rot-grünen Stillstand“ (Drs. 12/1178) gestellt hatte. Das Plenum überwies am 12. September den Antrag zur abschließenden Beratung und Abstimmung an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen.

Bernd Schulte (CDU) stellte fest: „Eigentum schafft Unabhängigkeit und Individualität, ist Voraussetzung für familiengerechte Wohnformen, aktiviert ein hohes Maß an Eigenleistung und Initiative und ist Bestandteil einer privaten Vorsorge für das Leben im Alter.“ Dazu im Gegensatz die Politik der Landesregierung: Seit 1992 sei die Eigentumsförderung kontinuierlich gesunken, sie räume dem mehrgeschossigen Mietwohnungsbau eindeutigen Vorrang vor Einfamilienhäusern ein. Nach wie vor betrachte die Regierung den ersten Förderungsweg als den Königsweg, obwohl dieser aus der Sicht der Förderung am teuersten sei, das sei Zeichen von „Dirigismus, Ignoranz und Zentralismus“ in der Wohnungsbauförderung.

Gerd-Peter Wolf (SPD) hatte den Antrag durchgerechnet und war dabei zu dem Schluß gekommen: „Wenn man wirklich die Quote erhöhen will, muß man nur noch Eigentum fördern.“ Selbst bei einer Umsetzung der CDU-Vorschläge bliebe die Eigentumsquote unverändert bei 34 Prozent. An die

CDU: „Sie müßten 86 Jahre Mietwohnungsbau verbieten und Eigentumsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln fördern, um diese Quote zu erreichen.“ Wolf widersprach der Darstellung, die Eigentumsquote sei der Maßstab für sozialen Frieden und Wohnzufriedenheit.

Hedwig Tärner (GRÜNE) stellte klar: „In unserer Politik stehen das Wohnen zur Miete oder im Eigentum wertneutral als Alternativen nebeneinander.“ Das Wohnungsbauvermögen sei endlich, wer in der vorgeschlagenen Mengenstrategie zweieinhalb mal so viele Wohnungen fördern wolle, der bewirke, daß jeder Haushalt statt bisher 100 000 nur 45 000 als Darlehen bekommen würde. Das sei keine wirkungsvolle Förderung mehr, sondern grenze an „Mitnahmeeffekte“ und stelle damit eine Verschwendung des Wohnungsbauvermögens dar.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) wies als falsch zurück, die Landesregierung betreibe eine eigentumsfeindliche Politik. Sie sehe es wegen des Mangels an bezahlbarem Wohnraum als ihre Aufgabe an, verstärkt die Bezieher von niederen und mittleren Einkommen zu fördern – da sei es für ihn relativ gleichgültig, ob zur Miete oder als Eigentum. Zur CDU meinte er: „Die ideologische Brille, die Sie mir aufsetzen wollen, paßt mir nicht.“ Aber er trage die Eigentumsförderung nicht ständig als Monstranz vor sich her: Für jede Zielgruppe das richtige Instrument, um das Ziel zu erreichen.

einschließlich des gelegentlichen Rausches, aber es gebe auch nicht stoffgebundene Sucht; so seien Suchtmittelgebrauch und die Herausbildung von Sucht zwei Paar Schuhe. Wenn es um Konsum gehe, dann nicht um das Ob, sondern um das Wie, das Kreutz mit den Worten „risikobewußte Kultivierung des Gebrauchs“ umschrieb. Die Realität des Gebrauchs müsse, um sinnvolle Prävention zu betreiben, erst einmal akzeptiert werden. Der CDU-Antrag abstrahiere von strukturellen, gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhängen, „an deren Verstärkung ja Ihre Bundesregierung mit Hochdruck arbeite“; statt dessen werde wieder einmal die Verantwortung auf die Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, auf die Ausbilder und die Jugendlichen selber abgeschoben.

Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) wies die Forderung nach einer Präventionsvereinbarung zurück: Die vorgesehene Vierteljahresfrist sei zu kurz für eine seriöse Lösung, zum anderen sei die 1994 gegründete Landesarbeitsgemeinschaft dabei, die Präventionsarbeit weiterzuentwickeln. Schon 1980 habe NRW als erstes Land damit begonnen, Personal für eine qualifizierte Suchtvorbeugung zu finanzieren. Heute gebe es im Lande eine Vielzahl von Ansätzen in der Präventionsarbeit. Zu den Haushaltsmitteln sagte er: „Da wird nichts gekürzt, ganz im Gegenteil: Für die Suchtvorbeugung hat der Haushaltsentwurf 1997 nicht weniger, sondern mehr Mittel eingestellt.“ Es gebe im Lande viele, die Präventionsarbeit leisteten, sie müßten ermuntert und unterstützt werden, ihre Arbeit fortzusetzen, „die Opposition lade ich ein, sich an diesem so wichtigen Feld zu beteiligen“.

Erledigte Anträge

Der Landtag hat die Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse zu vier Anträgen der CDU sowie einem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN, die nach der Geschäftsordnung vom Plenum an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen worden waren, bestätigt. Die Abstimmung verlief einstimmig.

Dissens um Arbeitsförderungsreform

Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit haben SPD und GRÜNE ihren Antrag „Zerschlagung der Arbeitsförderung verhindern – Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erfordert eine grundlegende Reform des Arbeitsförderungsgesetzes“ (Drs. 12/1284) im Plenum angenommen; die CDU stimmte dagegen.

Horst Vöge (SPD) konstatierte hohen Reformbedarf beim seit 25 Jahren bestehenden Arbeitsförderungsgesetz des Bundes. Was die Bundesregierung allerdings tue, sei die „Kehrtwende in der Beschäftigungspolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen“. Wenn auch unverkennbar einige positive Ansätze in die Gesetzesnovelle eingeflossen seien, so würden dennoch im zentralen Bereich arbeitsmarktpolitische Leistungen zurückgeschraubt. Der Blümsche Entwurf führe nicht zu weniger, sondern zu mehr Arbeitslosigkeit, betonte Vöge: „Anstatt arbeitsmarktpolitische Brücken zu festigen und eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und der Strukturpolitik anzustreben, sieht der Entwurf weitere tiefe Einschnitte bei der Arbeitsmarktpolitik vor.“

Daniel Kreutz (GRÜNE) sah die Bundesregierung auf einem Weg in den „Kapitalismus pur“, der vom Ziel eines hohen Beschäftigungsstands abrückt und die dauerhafte Gesellschaftsspaltung durch Massenarbeitslosigkeit hinzunehmen bereit ist. Bei diesem Umbau der Erwerbsgesellschaft sei die Errichtung eines zweitklassigen untertariflichen deregulierten Arbeitsmarktes von strategischer Bedeutung. Das lehne Rot-Grün in Düsseldorf ab, man sei für die Wiederherstellung der Ordnung am Arbeitsmarkt. Wenn das Gesetz in der von Bonn erstrebten Form komme, „werden sich die Lebensbedingungen sehr vieler Menschen in Nordrhein-Westfalen deutlich und teilweise dramatisch verschlechtern“.

Hermann-Josef Arentz (CDU) erinnerte anlässlich der Diskussion über ein Bonner Gesetz die Düsseldorfer Koalition an ihre Verantwortung dafür, „daß die hausgemachten Ursachen der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-

Westfalen bekämpft werden“. Man höre aber nichts darüber, daß in NRW die Arbeitslosigkeit mit Abstand größer sei als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Hier gehe es langsamer aufwärts, das Tempo erhöhe sich aber, wenn es wirtschaftlich bergab gehe. Ganze 0,6 Prozent des Landeshaushalts flössen in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – so ernst nehme Rot-Grün diese Aufgabe. Die Landesregierung sei bisher auch nicht in der Lage gewesen, ein Bündnis für Arbeit zwischen ihr, den Arbeitgebern und den Gewerkschaften auf die Beine zu stellen, betonte Arentz und verwies auf Bayern, wo dies gelungen sei und der Freistaat eine Milliarde Mark an Landesbeteiligungen verkauft habe, um das Geld in die Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze zu investieren: „Aber das können Sie in ihrer ideologischen Verblendung gar nicht mehr schaffen“, wandte er sich an den grünen Abgeordneten Kreutz. Wenn die positiven Seiten des AFRG gewürdigt würden, dann kämen die Koalitionäre nicht umhin, ihren Antrag fallenzulassen, zeigte sich der Sprecher überzeugt und würdigte die einzelnen Punkte des Entwurfs. Zum Schluß sprach er sich gegen die zu starke Zentralisierung der Bundesanstalt für Arbeit aus: Man benötige mehr Entscheidungskompetenz der Arbeitsämter vor Ort, die besser als Nürnberg wüßten, was vonnöten sei. Auch die Finanzierung sollte flexibler gestaltet werden, ein „Innovationstopf“ sei erforderlich, „damit das Notwendige vor Ort geschehen kann“. Das koste kein Mark mehr. Arentz: „Wir lehnen diesen polemischen und in der Sache völlig falschen Antrag von SPD und GRÜNEN mit Abscheu und Empörung ab.“

Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) fand, es liege auf der Hand, daß ein Gesetz, das in den Zeiten der Vollbeschäftigung verabschiedet worden sei, Reformbedarf habe. Aber: „Der Bundesregierung fehlen Kraft und Wille zu einer wirklichen Reform der Arbeitsförderung.“ Was der Bundesarbeitsminister vorgelegt habe, das sei kein arbeitsmarktpolitisches Reformkonzept, es falle wie viele Rechtsänderungen der letzten Jahre hinter das geltende Arbeitsförderungsgesetz zurück, „es wird nicht reformiert, es wird deformiert“. Ziel sei nicht die bessere Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, der Minister wolle sich vielmehr auf Kosten der Arbeitslosen und der Haushalte von Ländern und Gemeinden entlasten. Demnächst würden Mittel der aktiven Arbeitsförderung nur für Bezieher von Lohnersatzleistungen gewährt, Sozialhilfeempfänger blieben dann ohne Chance. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosen falle aus der Verantwortung der Bundesanstalt für Arbeit heraus und werde in die Obhut der ohnehin finanziell völlig überforderten Kommunen entlassen. Tiefe Einschnitte gebe es auch bei der öffentlich geförderten Beschäftigung. Frauenförderung, im programmatischen Teil enthalten, finde überhaupt keinen Niederschlag in den konkreten Passagen des Gesetzentwurfs. Horstmann: „Die Landesregierung sieht in dem Gesetzentwurf keine Grundlage für die sachlich gebotene Reform der Arbeitsförderung. Sie wird den Gesetzentwurf im Bundesrat ablehnen. Sie bekräftigt ihre Absicht, sich an einer echten Reform des Arbeitsförderungsgesetzes zu beteiligen.“ Darin werde sie durch den vorliegenden Antrag bestärkt.



Landtagsvizepräsident Dr. Hans Ulrich Klose (2.v.l.) hat eine Parlamentarierabordnung aus Polen im Landtag empfangen. Die Sejm-Delegation setzte sich aus Mitgliedern des Ausschusses für kommunale Selbstverwaltung zusammen. Bei dem Gespräch wurden unter anderem Fragen der kommunalen Selbstverwaltung erörtert.

Foto: Schälte

CDU für Förderung nach Abschreibungsbedarf

Krankenhausfinanzierung muß neu geregelt werden

Den CDU-Antrag „Pauschale Investitionsförderung der Krankenhäuser am Abschreibungsbedarf orientieren“ (Drs. 12/1056) überwies der Landtag nach der Aussprache am 12. September in die Ausschußberatung.

Rudolf Henke (CDU) lobte zunächst die Leistung von 230 000 hochmotivierten und -qualifizierten Pflegekräften, Ärztinnen und Ärzten in NRW. Derzeit gebe es noch rund 127 000 Betten in rund 368 Krankenhäusern in NRW, der Bestand sei in 20 Jahren um 13 Prozent gesunken. Der Minister wolle weitere 8 000 Betten abbauen. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ werde auf die Krankenhäuser ausgedehnt. Auch die neue Pflegeversicherung werde zur Reduzierung von Akutbetten und zur Umwidmung in Pflegeeinrichtungen führen. Alle Experten seien sich einig, daß die Verzahnung medizinische und ökonomische Vorteile habe. Auch für die Patienten sei die kürzere (Durchschnitts-) Verweildauer auf 12 Tage zu begrüßen. Das Förderprinzip Extrageld für Extrabetten stehe dem Bettenabbau entgegen. Das völlig falsche Anreizsystem müsse dringend geändert werden, und zwar weg von der Orientierung der pauschalen Investitionsförderung am Bett zu einer solchen am Abschreibungsbedarf.

Vera Dedanwala (SPD) bestätigte den Regelungsbedarf, der aber sehr sorgsam angegangen werden müsse. Den Zuschuß für leere Betten könnten wir uns nicht mehr leisten. Ambulante Behandlungen sollten gesteigert werden, das entspreche auch dem medizinischen Fortschritt. Ob die dritte Stufe der Bonner Gesundheitsreform wirklich zur Krankenhausfinanzierung aus einer Hand führe, müsse abgewartet werden. Die Orientierung am Abschreibungsbedarf berge das Problem unternehmerischer Entscheidungen. Ein Weg zwischen der Krankheit des Menschen und Wirtschaftlichkeit sei die richtige Lösung.

Daniel Kreutz (GRÜNE) sah ebenfalls die Gefahr wirtschaftlicher Interessen bei künftigen Weichenstellungen. Wenn das Krankenhaus zum Kostenexplosionsherd hochstilisiert werde, würden hoher Versorgungsstand und stabile Ausgaben übersehen. Im Rahmen der gesamten Kassenaufwendungen habe der Krankenhaussektor schon erheblich zur Kostenreduzierung beigetragen. 110 Krankenhäuser seien zwischen 1990 und 1994 geschlossen worden. Mit der Einführung von „Praxiskliniken“ sollten zusätzliche Kosten zu Lasten der sprechenden Medizin geschaffen werden. Die Großgerä-

tebeschaffung müsse abgeschafft werden. Kurzfristig sei die Absicht, den Krankenversicherungen die Investitionskosten aufzupacken. Die GRÜNEN hielten eine Reform der Institution Krankenhaus, Stichwort „gemeindenahes Gesundheitszentrum“ mit Öffnung für ambulante Versorgung, Kurzzeitpflege, psychosozialer Behandlung und Rehabilitation, für nötig. Nach dem Abschreibungsbedarf zu fördern, belohne viel Bauen.

Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) bekundete Reformbereitschaft, widersprach aber der Darstellung, die Bettenpauschale in NRW sei Ursache für Überkapazitäten. Aus Bonn drohe Einknicken vor mächtigen Interessen, das an mutwillige Zerstörung unseres solidarischen Gesundheitssystems grenze. Beim Sparpaket gehe es um höhere Belastungen für einige und Wahrung des Besitzstandes anderer. Das Gesundheitswesen gerate auf eine abschüssige Bahn, an deren Ende die unsoziale Rationierung von Leistungen stehen werde. Die Reform der Pauschalförderung am Abschreibungsbedarf zu orientieren, sei wenig hilfreich. Das Modell spekuliere auf Ausweitung des Fördervolumens und zusätzliche Bürokratie. NRW wolle mehr Mitgestaltung der Krankenkassen als Finanziers und mehr Eigenverantwortung der Krankenhäuser. Zu seinen Vorstellungen gebe es keine Alternative. Er werde auch Vorschläge vorlegen, die Fehlsteuerungen vermindern sollten.

Enquete-Kommission

Zukunft der Mobilität

Auf Antrag von SPD und GRÜNEN beschloß der Landtag am 12. September die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität“.

Uwe Herder (SPD) begründete das „sehr ehrgeizige Projekt“ mit dem außergewöhnlich hohen Stellenwert von Mobilität, die eine Schlüsselrolle für die Wirtschaft habe und einem starken individuellen Bedürfnis entspreche. Mobilität werde mit Freiheit, diese mit uneingeschränktem Autoverkehr gleichgesetzt. Solch gefährlicher Verkürzung dürfe die Lösung der Verkehrsprobleme ebenso wenig erliegen wie dem Ansatz „Stop dem Straßenbau“. Andere Konzepte wie Tempolimit, Sperrung der Innenstädte, ÖPNV, Verlagerung von Gütern auf die Schiene würden teilweise von Bürgern nicht akzeptiert. Auch der steigende LKW-Verkehr schaffe neue Probleme. NRW als Durchgangsland auch für Güterverkehr müsse in Brüssel Einfluß nehmen. Die Städte sollten nicht unwirksam werden.

Peter Eichenseher (GRÜNE) berichtete, die Zahl der Wege sei in den letzten 20 Jahren gleich geblieben, aber die zurückgelegten Entfernungen hätten sich vervierfacht. Mitursächlich sei eine Raumentwicklung ohne Verkehrsvermeidung. Jedes neue Mobilitätsproblem sei mit zusätzlicher Verkehrserschließung gelöst worden, meist einseitig pro Straße und PKW. Nur mit Verkehrsvermeidung sei dem beizukommen. Mehr Mobilität verursache nicht nur Um-

weltzerstörung, sondern auch erhebliche volkswirtschaftliche Folgekosten. Die Enquete-Kommission solle auch den Klimaschutz und den wachsenden Freizeitverkehr berücksichtigen. Im Güterverkehr komme der Bahn eine wesentliche Rolle zu. Frauen sollten an der Männerdomäne Verkehrsplanung mehr beteiligt werden.

Heinz Hardt (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, sagte, Stauzeit sei unproduktiv, koste Geld und Nerven. Unglaubliche 200 Milliarden Mark kosteten die Staus. NRW brauche flüssigen Verkehr. Das Ziel der Enquete-Kommission, Mobilität zu sichern, begrüße die CDU, ebenso den Umweltschutz. Bedauerlich seien Lösungsstrategien, die nur von SPD und GRÜNEN getragen würden. Technische und investive Maßnahmen müßten auch untersucht werden. Wer das Auto der Zukunft in NRW produzieren wolle, müsse ein produktionsfreundliches Klima schaffen. Die Enquete-Kommission werde 1,5 Millionen Mark kosten und dürfe nicht nur Koalitions-Dinge festzurren. Starke Zuwächse beim Auto kämen von Frauen. Der Antrag hätte fraktionsübergreifende Behandlung verdient.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) unterstützte die Einsetzung der Kommission, die einen Blick in weitere Zukunft riskiere. Allein mit den erwarteten Zuwächsen fertig zu werden, wäre schon gut. Die Straßenkosten würden nicht den Nutzern, sondern stark der Allgemeinheit angelastet, woraus sich mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Schiene ergebe. Beim schadstofffreien Auto und der unternehmerischen Rad-Schiene-Technik sei noch mehr zu erreichen.

Private Finanzierung öffentlicher Investitionen

Den CDU-Antrag „Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und schaffen – Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in NRW für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen“ (Drs. 12/1187) überwies der Landtag nach der Aussprache am 13. September in die Ausschußberatung.

Heinz Hardt (CDU) kritisierte, die Investitionsquote des Landes sei in 20 Jahren mehr als halbiert, von 22,8 auf 10,5 Prozent gesunken und werde bis 1997 noch weiter absinken. Die Bauindustrie rechne mit dem Verlust von 15 000 Arbeitsplätzen. Die GRÜNEN wollten dagegen die Straßenbau-Mittel auf 130 Millionen zurückschrauben. In allen öffentlichen Investitionssparten gebe es Einbrüche, beim Tiefbau 20,3 Prozent.

Walter Bieber (SPD) wies auf die katastrophale Finanzlage aller Ebenen hin. Bei Betreibermodellen müßten Nachteile sehr genau geprüft werden. Eigentlich solle der Antrag sofort abgelehnt werden.

Peter Eichenseher (GRÜNE) vermutete, nicht finanzierbare Autobahnprojekte sollten trotz leerer Kassen vorangetrieben und durchgepeitscht werden. Eigentlich sei Privatfinanzierung gescheitert. Das sei ein Schuldenprogramm für die nächsten Generationen. Bei einigen Projekten sei private Finanzierung durchaus vorstellbar.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) erklärte, bei der Kläranlage in Krefeld und einem Kanalnetz in Schwerte würden die Erwartungen an Betreibermodelle nicht erfüllt. Die Landesregierung verfüge über wirksamere, flexiblere und wirklichkeitsnähere Instrumente.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) nannte den Antrag eine frohe Botschaft für Umwelt, Arbeitsplätze, Gebührenzahler und die Kommunen. 250 Millionen Mark sollten in den nächsten zwei Jahren für Abwasser-Projekte ausgegeben werden, die Investitionen in Höhe von 800 Millionen anstoßen würden. In der Bauindustrie könnten mehrere tausend Arbeitsplätze gesichert werden. Gleichzeitig werde der Grund- und Fließwasserschutz verbessert. Damit sei NRW das erste Land, das bei der Hochwasserbekämpfung an die Wurzel des Übels gehe und hohe Finanzmittel für Entsiegelung und ortsnahe Versickerung von Regenwasser aufwende. Langfristig würden auch die Abwassergebühren gesenkt. Wo es technisch und ohne Gebührensteigerung möglich sei, solle freiwillig auch im Altbestand entsiegelt und versickert werden. Potentiale seien auf privaten Grundstücken. Wo es vernünftig sei, werde weiter herkömmliche Wasserbewirtschaftung mit Rückhaltebecken erfolgen. Hohen Sanierungsbedarf gebe es in Bergsenkungsgebieten. Für Problemgebiete seien 60 Millionen Mark vorgesehen, 100 Millionen für Versickern und Entsiegeln und 80 Millionen für Ballungsrandgebiete.

Johannes Rimmel (GRÜNE) sah die Initiative als einen großen Erfolg für investive Abwasser-Ökologie an. Die von den Bürgern seit 1994 aufgebrachten Millionen aus der Abwasser-Abgabe, antwortete er auf eine Zwischenfrage des CDU-Experten Lindlar, sei eine Ökoabgabe erster Güte. Mit dem Programm werde nicht nur repariert und nachgesorgt, sondern der Verunreinigung direkt vorgebeugt und die Abwassermenge verringert. Der ländliche Raum erhalte Zuschüsse zur biologischen Nachklärung. Während die Opposition durch die Lande reise und Verbesserungen fordere, hätten die Regierungsfractionen „auf harten Bänken“ ein Programm gezimmert.

Clemens Pick (CDU) hielt den von der Koalition vorgetragenen Investitionsschub für abenteuerlich und vermutete, die CDU-Anträge hätten die Koalitionsfraktionen erst auf diese Idee gebracht. Die Landesregierung habe absolut keine Konzeption zur Abwasserbeseitigung. Mit 30 Mark pro Quadratmeter werde es nur einen Mitnahmeeffekt geben, denn die Kommunen könnten keine Eigenmittel aufbringen. Einen Widerspruch

250 Millionen für nachhaltige Wasserwirtschaft

Regenwasser-Nutzung soll belohnt werden

Der gemeinsame Antrag von SPD- und GRÜNE-Fraktion „Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft NRW“ (Drs. 12/1267) wurde nach der Plenardebatte am 12. September in die Ausschußberatung überwiesen.

sehe er auch zwischen der Förderung ortsnaher Entsorgung, andererseits solcher im Außenbereich. Bestimmte Regionen würden zum dritten Mal gefördert, der ländliche Raum erhalte nichts, weil das Vorgesehene nicht wirken könne.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sah erhebliches Interesse an dem neuen Programm. Nach 50jähriger Geschichte fange im Abwasserbereich eine vorsorgende Umweltpolitik an. Das sei ein Riesenschritt und einmalig in Deutschland. Aus der erfolgreichen Ökoabgabe der CDU-Bundesregierung mache NRW Gewässerschutz und Arbeitsplätze. Alle Regionen würden davon profitieren. Die Flächenversiegelung habe Überschwemmungen verursacht. Grundwasser habe hohe Qualität. Durch Entsiegelung des Bodens solle es sich vermehrt bilden. Kanäle sollten repariert werden, stärkere Wassermengen abfließen können. Kleinere Querschnitte dort, wo erneuert werde, könnten Gebühren mindern. Auf mehrere Zwischenfragen des CDU-Abgeordneten Leifert antwortete sie, Fachleute warnten vor Schmutzwasseraustritt bei Großniederschlägen. Deshalb solle es kleinere Vorsammler geben. Durch besseren Umgang mit Regenwasser solle die Reinigungsleistung von Kleinkläranlagen erhöht, Energie eingespart und neue Technologie entwickelt werden. Wer in seine Kleinkläranlage eine zweite sinnvolle Stufe einbaue, etwa einen Abwasserteich, solle Zuschüsse bekommen. In der Landwirtschaft solle weniger Nitrat direkt in Wasser kommen. Sie sei mit dem Programm sehr zufrieden.

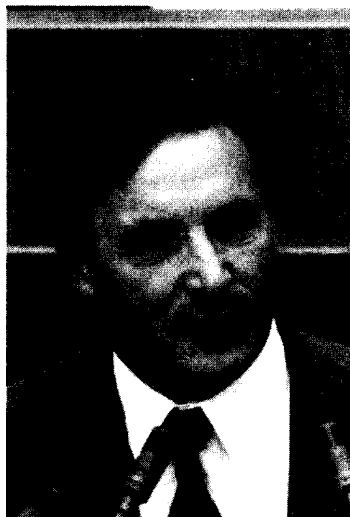
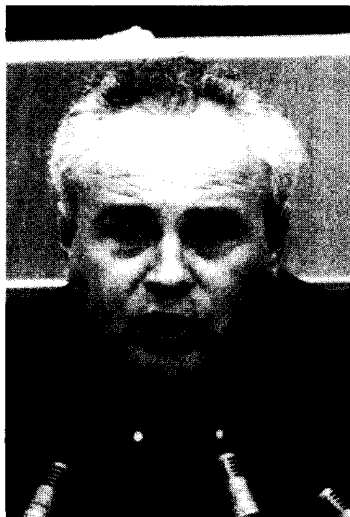
Hans Peter Lindlar (CDU) stellte fest, die 250 Millionen Mark seien Geld aus Bürgergebühren, das skandalöserweise seit drei Jahren im Landeshaushalt bewegt werde. Auch die weiteren 750 Millionen sollten die Bürger aufbringen. Der Vorsteuerabzug auf Entsorgungsleistungen sei im Bundesrat an SPD/GRÜNEN gescheitert. Nach neun Mo-

naten Wartens sei für die Gemeinden nichts herausgekommen. Ob Flächenentsiegelung durch Abwasserabgaben gedeckt sei, halte er für fraglich. Diese 60 Millionen gingen ohnehin an Ballungsgebiete. Bei den Millionen für Bergsenkungs- und Kriegsfolgeschaden-Gebiete packe ihn das Entsetzen. Geld erhielten Ruhrgebietsstädte mit zwei bis vier Mark Gebühren, während Bürger in ländlichen Kreisen bis zu 13 Mark zu zahlen hätten. Das sei keine Sozialverträglichkeit. Der grünen Ministerin sei ein Korb tieferer Tomaten untergejubelt worden. Das sei eine SPD-Klientel-Veranstaltung erster Ordnung. Früher seien die Grünen Hüter der kleinen Einheiten gewesen.

Silke Mackenthun (GRÜNE) sagte, es handle sich um Investitionen in Okotechnik, um Grundwasserbelastung zu vermeiden. Marode Kleinkläranlagen im ländlichen Raum würden saniert und ausgebaut, nicht kanalisierte Gebiete angeschlossen. Auf den Einwand von Leifert, nur intakte Kleinkläranlagen würden gefördert, bestätigte sie, marode Anlagen müßten die Bürger erst selbst reparieren, jetzt jedoch ohne späteren Anschlußzwang. Viel Flexibilität der Behörden sei nötig.

Johann Krings (SPD) vermutete, die CDU sei enttäuscht, daß ihr jetzt der Finanztopf für vielfältige Vorschläge weggenommen werde. Beim Altbestand solle jetzt die konsequente Abwasserpoltik durch Versickerung und Entsiegelung fortgesetzt werden. Ferner wende sich das Programm an die vier Prozent, die noch nicht angeschlossen seien. Gruppennützig und sinnvoll sei auch die Beseitigung der Berg- und Kriegsschäden. Die CDU habe nicht die Lufthoheit über dem ländlichen Raum.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) bekräftigte, Versiegelungsmaßnahmen entsprächen dem Gesetz. Bisherige Maßnahmen würden weitergeführt, vorgestellt sei ein Sonderprogramm.



„Eine frohe Botschaft für Umwelt und Arbeit“ verkündeten die Redner der SPD- und der GRÜNE-Fraktion Dr. Bernhard Kasperek (l.) und Johannes Rimmel bei der Vorstellung der Initiative der Koalitionsfraktionen zum Wasserschutz; Clemens Pick (CDU, 3. v. l.) bezweifelte dagegen die Wirksamkeit und Treffsicherheit des Millionen-Einsatzes; Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE, r.) äußerte sich sehr zufrieden mit dem Programm.

Fotos: Schälte

Debatte über Große Anfrage legt tiefe Gegensätze in der Agrarpolitik offen

Regionale Vermarktung und ökologische Produkte als Perspektiven für die Bauern

Im Rahmen der Debatte über die Antwort der Landesregierung auf die erste Große Anfrage dieser Wahlperiode hat der Landtag am 12. September einen Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 12/1311) angenommen, der die guten Standortqualitäten des Landes für die Land- und Ernährungswirtschaft heraushebt und andererseits eine grundlegende Überprüfung und Reform der EG-Agrarpolitik fordert. Abgelehnt wurde der Entschließungsantrag der CDU (Drs. 12/1320), der darauf hinweist, „daß nicht nur die europäische und die Bundesagrarpolitik, sondern auch die Landesagrarpolitik entscheidenden Einfluß auf den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen haben“. - Die Große Anfrage (Drs. 12/661) war von der SPD-Fraktion unter dem Thema „Zukunft des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen“ eingebracht worden, die Antwort der Landesregierung trägt die Drucksachennummer 12/1130.



Die bäuerliche Landwirtschaft ist wegen ihres Tierreichtums für junge Menschen aus der Stadt oft ein Magnet, dessen Anziehungskraft später deutlich nachläßt, wenn nicht nur das Gequieke junger Ferkel, sondern auch die Arbeit und das wirtschaftliche Risiko wahrgenommen werden, die mit der Führung eines Hofes verbunden sind.

Foto: Kamp

Horst Steinkühler (SPD) widmete sich drei besonderen Aspekten, den negativen Auswirkungen von Währungsschwankungen, die durch Effekte wie den Preisverfall beim Rindfleisch durch die BSE-Debatte verstärkt würden, den Folgen der deutschen Einigung für die Landwirtschaft in den alten Ländern und den Rahmenbedingungen im eigenen Land. Beim letzten Punkt strich Steinkühler heraus, es sei für die Landwirtschaft an Rhein und Ruhr ein wichtiger Standortfaktor, daß hierzulande vom reinen Ordnungsrecht zu Kooperation und Vereinbarung umgesteuert worden sei, damit sei nicht nur Pionierarbeit geleistet worden, sondern man habe zugleich in der Landwirtschaft die Akzeptanz für die wichtigen staatlichen Anliegen Natur- und Gewässerschutz deutlich erhöht. Mit der Antwort auf die Große Anfrage seien nicht nur die Grundlinien der Landwirtschaftspolitik der letzten Jahre voll bestätigt, sondern auch die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Agrarpolitik in NRW gelegt worden. Den CDU-Entschließungsantrag werde man ablehnen, weil sein Forderungskatalog bereits Punkt für Punkt abgearbeitet werde.

Eckhard Uhlenberg (CDU) stellte fest: „Zentrales Anliegen der Agrarpolitik der CDU-Landtagsfraktion ist eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft und

Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen, die sich im europäischen Binnenmarkt behaupten kann“. Was die Vermarktungsstrukturen angehe, so fördere die Landesregierung einseitig alternativ wirtschaftende Betriebe und glaube, die Probleme weitgehend über die Direktvermarktung lösen zu können. Die CDU warne davor, bei dieser Strategie die starke Stellung des Lebensmittelhandels zu ignorieren und sie fordere die Gleichbehandlung der alternativ und konventionell wirtschaftenden Betriebe. An die Landwirtschaftsministerin gewandt konstatierte er: „Ihre Förderrichtlinien erklären über 95 Prozent der Betriebe in Nordrhein-Westfalen zu unerwünschten Kindern der Landesagrarpolitik.“ Die Koalition halte sich auch nicht an das im vergangenen Jahr verabschiedete Programm „Agrar 2000“, es werde wohl keine Rolle mehr in der Arbeit des Ministeriums spielen. Der Entschließungsantrag der Koalition trage eindeutig die Handschrift der GRÜNEN, seine Fraktion werde ihm nicht zustimmen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) warf der CDU vor, sie verunglimpfe mit ihren Stellungnahmen die nordrhein-westfälische Landwirtschaft, sie sei für sie eine „Katastrophe“. Im Verhältnis zu anderen Ländern gehe es der Landwirtschaft hierzulande relativ gut, obwohl die Landespolitik nicht alles kompensieren könne, was in Bonn angerichtet

werde. Die CDU wolle den landwirtschaftlichen Betrieb, der sich in Richtung Agrarfabrik entwickle und fahre damit absichtlich den Kurs der Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) hielt der CDU entgegen, sie sei seit Monaten dabei, die Landwirtschaftspolitik der Regierung im Lande mieszumachen, dadurch trage die CDU zum Niedergang des Landwirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen bei. „Die Bauern folgen Ihnen nicht mehr. Jetzt geraten Sie in Panik“, urteilte sie. In 25 Jahren CDU-Agrarpolitik habe sich die Zahl der Betriebe halbiert: „Wenn wir so weitermachen, werde ich in fünf Jahren zu den Bauernveranstaltungen gehen und dann werden da nicht mehr 600 Leute, sondern nur drei Leute sitzen. Dann kann ich mit denen Skat spielen. Das ist der Erfolg Ihrer Politik. Wir werden das verhindern, das sage ich Ihnen.“ Ökologische Produkte und regionale Vermarktung seien Perspektiven für die Landwirtschaft und Teil eines Konzepts der Landesregierung, das auch von den Verbraucherinnen und Verbrauchern zunehmend gutgeheißen werde. Der starken Stellung des Zwischenhandels müsse die starke Macht der Bauern entgegengestellt werden, forderte sie.

Heinrich Kruse (CDU) wies die Unterstellungen und Anschuldigungen gegen die CDU-Agrarpolitik zurück und nannte die Antwort auf die Große Anfrage in weiten Teilen unbefriedigend und enttäuschend, teilweise widersprüchlich. In NRW laufe man Gefahr, „die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Vollerwerbsbetriebe für den europäischen Markt gänzlich zu vergessen“, meinte Kruse und monierte, daß bei den Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologie immer nur die Gefahren in den Vordergrund gerückt würden, während der Nutzen etwa im Pflanzenbau nicht erwähnt werde.

Heinrich Borchering (SPD) meinte, es helfe nicht weiter, zu polarisieren und die Gruppen gegeneinander auszuspielen: „Das lähmt die Kräfte, wir brauchen sie alle. Wir möchten die regionale Vielfalt in unserem Lande erhalten.“ Er sei für Direktvermarktung; wenn die meisten Menschen in Supermärkten einkauften, dann müsse auch dort Ökware angeboten werden. Es müsse Strukturen vom Erzeuger bis zur Großküche geben; in die Entwicklung neuer Konzepte sei die Ernährungswirtschaft einzubeziehen.

Silke Mackenthun (GRÜNE) wies darauf hin, daß 80 Prozent der in Europa hergestellten Antibiotika im Fertigfutter verschwänden. Dabei seien diese Mittel Medikamente für den medizinischen Notfall; ihr prophylaktischer Dauereinsatz sei Mißbrauch. Die Landespolitik müsse ihre Kräfte in der lokalen Kooperation zwischen Landwirt, Metzger und Verbraucher noch weiter verstärken.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) warf der Bundesregierung vor, sie mache die Landwirtschaft in NRW mit ihren Beschlüssen etwa zum Arbeitslosengeld für Nebenerwerbslandwirte kaputt, denn 50 Prozent der Betriebe dienten nun mal nicht dem Voll-erwerb. Außerdem plane sie die Abschaffung der Vorsteuerpauschale.

Vorsorgungskassen

Gemeinden in NRW ein Angebot machen

Die Landesregierung hat das erste Änderungsgesetz über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen (VKZVKG) in den Landtag eingebracht. (Drs. 12/1261)

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sagte: „Ich bringe den Ihnen mit der genannten Drucksachennummer vorliegenden Gesetzentwurf ein — Vielen Dank.“

Landtagspräsident Ulrich Schmidt stellte daraufhin fest: „Das war wahrscheinlich eine der kürzesten Formulierungen, die wir hier gehört haben. Aber immerhin: Zeit gespart.“

Walter Grevenor (SPD) erklärte zu dem Gesetzentwurf, er betreffe die Versorgungskasse bei den Landschaftsverbänden. Es gehe darum, den Gemeinden ein Angebot zu machen, die Berechnung der Gehälter, der Versorgungsbezüge und der Beihilfen unter Umständen — in jedem Fall aber nach eigener Entscheidung — über die Versorgungskassen der Landschaftsverbände durchzuführen. Diejenigen, die dies vorschlagen hätten, sähen darin die Möglichkeit, diese Arbeit der Kommunen möglicherweise über diese Institution wirtschaftlicher durchzuführen. Es bliebe dabei immer noch die Alternative, daß sich die Kommunen auch für eine private Rechnungsstelle entschieden, weil dieses Gesetz keine Verpflichtung, sondern nur ein Angebot sei. Die SPD-Fraktion unterstütze diese Initiative.

Wilhelm Droste (CDU) betonte, man dürfe keine Möglichkeit auslassen, die geeignet sei, die Lage der kommunalen Finanzen zu erleichtern. Der vorliegende Gesetzentwurf sei eine solche Möglichkeit denn er respektiere den Wunsch der Gemeinden und Gemeindeverbände, die erkannt hätten, daß es aufgrund der zunehmenden Kompliziertheit des



Eine Torte, vom Konditor mit der Aufschrift „Wir in NRW, 18 Jahre“ und mit Landesfarben versehen, überreichte Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) am Weltkindertag im Kinderparlament dem Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD). Das Geschenk hatte einen Grund: Rau war am 20. September auf den Tag 18 Jahre im Amt des Regierungschefs. Er gab die Torte an ein Geburtstagskind aus der Schar der jungen Parlamentarier weiter (siehe auch Seiten 10 und 11).

Beihilferechts mittlerweile für jede Kommune unumgänglich geworden sei, zur Berechnung der Beihilfen eine Fachfrau oder einen Fachmann bereitzustellen, was die finanziellen Möglichkeiten vor allen Dingen der kleineren Kommunen deutlich übersteige. In seiner Intention werde dieser Gesetzentwurf deshalb auch von der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich begrüßt. Der Abgeordnete empfahl, noch einen Schritt weiterzugehen, indem man außerdem prüfe, ob dieses Gesetz vielleicht nicht auch so ausgestaltet werden könne, daß zumindest kleine Städte und Gemeinden in NRW, die über einen vergleichsweise geringen Personalbestand und damit auch über eine vergleichsweise kleine Solidargemeinschaft verfügten, in die Lage versetzt würden, selbst zu entscheiden, ob sie nicht nur die Berechnung und Zahlbarma-

chung, sondern auch die direkte Leistung von privaten Versicherern erhalten könnten.

Roland Appel (GRÜNE) meinte, es verberge sich dahinter auch ein Anliegen, das ihm sehr am Herzen liege, nämlich der Datenschutz. Die Ausgliederung der Beihilfestellen aus den Personalämtern und die räumliche Trennung der beiden Aufgabenbereiche sei lange Jahre vom Landesdatenschutzbeauftragten angemahnt worden, und dies aus gutem Grund. Gesundheitsdaten, die notwendigerweise bei der Beihilfeabrechnung kommunaler Beschäftigter anfielen, dürften nämlich nicht Grundlage von Personalplanungen sein. Mit der vorliegenden gesetzlichen Regelung werde dem Rechnung getragen. Seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Scientology Church ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Entschließungsantrag der Union wurden abgelehnt.

Die Entschließung der Koalition war nach einer halbstündigen Beratungspause zustande gekommen. SPD-Sprecher Reinhard Grätz stellte dazu fest, die Entschließung stehe nicht im Widerspruch zum ursprünglichen Antrag, sondern werde der Gesamtproblematik gerecht.

Bei der vorausgegangenen Diskussion wies die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi noch einmal auf die Veränderung der Scientology Church hin, die in den letzten Jahren stattgefunden habe: von einer Organisation, die in der Sektenszene tätig sei, hin zu einer Organisation mit stark wirtschaftlichen Aktivitäten, die gesellschaftspolitische Ziele verfolge, die auf eine Veränderung der Grundwerte hinausliefen. Frau Hieronymi begrüßte die breite Übereinstimmung in den großen Fraktionen und bedauerte, daß die politische Dimension von Scientology Church in dieser Weise von den GRÜNEN nicht gesehen werde.

Reinhard Grätz (SPD) erinnerte daran, daß es eines vielfältigen Instrumentariums gegen Scientology Church bedürfe. Er begrüßte ausdrücklich die differenzierte Darstellung im Bericht der Innenministerkonferenz.

GRÜNEN-Sprecher Roland Appel räumte ein, in einigen Punkten gebe es Übereinstimmung. Er betrachtete Scientology Church als eine wirtschaftskriminelle Organisation und sah eine umfassende Palette von Maßnahmen „gegen diesen Laden“ als notwendig an. Der CDU hielt er vor, sie glaube bei GRÜNEN und SPD unterschiedliche Auffassung in der Frage entdeckt zu haben, ob eine Beobachtung durch das Verfassungsschutzgesetz gedeckt wäre oder nicht. Diese Frage sei unter Juristen, Ministern und Koalitionsfraktionen umstritten.



Der Hauptausschuß ließ sich bei seiner Sitzung am 26. September in einem ersten Durchgang über die in seine Zuständigkeit fallende Etatbereiche informieren. Der Chef der Staatskanzlei Rüdiger Frohn berichtete, der Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei schließe insgesamt mit 119,6 Millionen Mark ab. Zum Personaletat

sagte er, nicht nur die Stellen von Indianern, sondern auch von Häuptlingen würden in Abgang gebracht. So werde eine Abteilung um eine Gruppe verkleinert und ein Referat aufgelöst. Die Personaleinsparung betrage zehn Prozent.

Für die Landeszentrale für politische Bildung erklärte deren Leiter, Dr. Günter Wichert, die Ansätze trügen den allgemeinen Zielen der Konsolidierung Rechnung. Auf einen veränderten Ansatz bei der Filmstiftung im Bereich Medien des Wirtschaftsministeriums wies dessen Sprecher Dr. Lossau hin. Er ergebe sich aus der Gebührenerhöhung. Die Frage des Standortes der NRW-Vertretung in Berlin sei noch nicht entschieden, erläuterte der Sprecher des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, Lehmann.

Den Haushalt des Landtags bezifferte der Direktor beim Landtag Heinrich A. Große Sender mit drei Millionen Mark bei den Einnahmen und 145 Millionen Mark bei den Ausgaben. Damit verminderten sich die Ausgaben um 7,4 Millionen Mark. Der Stellenbestand sinke gegenüber 1993 von 335 auf 323. Der Abgang von zwölf Stellen bedeute eine Minderung um 3,6 Prozent.

Sozialversicherungsfreie Arbeit für Frauen oft kein Zubrot mehr, sondern bittere Notwendigkeit

Nach der ersten Lesung hat der Landtag den Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN „Geringfügige Beschäftigung sozialverträglich gestalten“ (Drucksache 12/1285) einstimmig an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge überwiesen. Der Ausschuß soll abschließend beraten und über den Antrag abstimmen.

Gabriele Gorcitza (SPD) sieht in der wiederholten Debatte über die sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse keine Pflichtübung ihrer Fraktion. Angesichts des geänderten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umfeldes sei die sozialversicherungsfreie Arbeit, insbesondere für Frauen, heute kein Zubrot mehr, sondern „eine bittere Notwendigkeit, um den Lebensstandard der Familie zu halten“. Nach einer Studie des Bundesministeriums für Arbeit waren bereits 1992 ca. 4,5 Millionen Menschen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen tätig. Angesichts der Zunahme von geringfügiger Beschäftigung würden diese immer mehr an die Stelle regulärer Arbeitsverhältnisse treten. Die Sozialversicherungsfreiheit wirke zunehmend wie eine Subvention ungeschützter Arbeitsverhältnisse, die die Beitragszahler zu tragen hätten. Um derartige Beschäftigung im eigenen Bereich zurückzudrängen, solle die Landesregierung einen Bericht erstellen, in welchen Bereichen und in welchem Umfang sozialversicherungsfreie Arbeit mit Landesmitteln gefördert werde.

Marianne Hürten (GRÜNE) betonte, daß bei geringfügiger Beschäftigung Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung bezahlen und auch keine Ansprüche auf die sozialen Sicherungssysteme hätten. Da Frauen zu 70 Prozent von der ungeschützten Beschäftigung betroffen seien, produziere sie zunehmend Altersarmut und erschwere die Reintegration in den Arbeitsmarkt. Zur Entlastung der Sozialkassen sollten jeweils mehrere 590-Mark-Jobs gebündelt und in eine Teilzeitstelle umgewandelt werden. Soweit als möglich sollten auch keine Landesmittel ungeschützte Beschäftigung in der Landesverwaltung und den Kommunen finanzieren. Für die privaten Haushalte könnten Dienstleistungspools sozialversicherte Arbeitnehmer vermitteln.

Dienstleistungspool

Angelika Gemkow (CDU) erinnerte daran, daß die Möglichkeit der geringfügigen Beschäftigung wirtschaftlich notwendig sei, um saisonale Auftragsspitzen bewältigen und Aushilfen unbürokratisch einstellen zu können. Die Forderung, alle versicherungsfreien Arbeitsverhältnisse umzuwandeln, sei deshalb praxisfern. Allerdings müsse ihre große Anzahl verringert werden. Die Hälfte derartiger Beschäftigungen fänden sich in Privathaushalten und bei Arbeitnehmern, die einen weiteren versicherungspflichtigen Arbeitsplatz hätten. Insbesondere durch die Errichtung von Dienstleistungszentren könnten für die privaten Haushalte sozial-

versicherte Arbeitsplätze geschaffen und Existenzgründungen gefördert werden.

Wolfram Kuschke (SPD) sagte, daß die Voraussetzung für die Schaffung von Dienstleistungszentren die Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sei. Um nicht nur mit dem Finger auf andere zu zeigen, müsse man es auch selber besser machen. Dazu sei ein Bericht über die Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Landesregierung und der Landesverwaltung ebenso notwendig wie über die Verwendung von Fördermitteln des Lands bei Dritten.

Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sah einen „dramatischen Zuwachs“ versicherungsfreier Beschäftigung auf Kosten der betroffenen Arbeitnehmer und damit insbesondere der Frauen. Zum anderen würden die „atypischen Beschäftigungsverhältnisse die Architektur unserer sozialen Sicherungssysteme“ unterspülen und müßten von den Beitragszahlern und Betrieben subventioniert werden. Die Lockerung des Ladenschlußgesetzes ohne flankierende Maßnahmen in der Sozialversicherung durch die Bundesregierung wirke hierbei wie ein „Sprengsatz“ und würde die Zahl der geringfügig Beschäftigten in die Höhe treiben. Die Landesregierung prüfe zur Zeit, ob eine begrenzte Auftragsvergabe ihrerseits an Unternehmen mit ausschließlich sozialversicherten Arbeitnehmern wettbewerbs- und vergaberechtlich möglich sei. Zudem erprobe das Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann derzeit in einem Modellprojekt die Marktfähigkeit eines Pools für Dienstleistungen in Privathaushalten.



Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags, Leo Dautzenberg (CDU, 3. v. l.), hat für den Landtagspräsidenten den stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses der Nationalversammlung der Sozialistischen Republik Vietnam, Tran Van Nhan (3.v.r.), im Landesparlament am Rhein empfangen. Der vietnamesische Politiker wurde von Direktoren seiner Regierung sowie dem stellvertretenden Direktor der Wirtschafts- und Haushaltsabteilung begleitet. Die Delegation hielt sich auf Einladung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in der Bundesrepublik auf. Bei der Aussprache im Landtag erläuterte Vorsitzender Dautzenberg u. a. die Beziehungen seines Ausschusses zu den Fachausschüssen, Budget-Aufstellung, Haushaltskontrolle und Haushaltsrechnung und den Finanzausgleich von Bund, Ländern und Gemeinden.

Foto: Schälte

Sozialversicherungsträger als landesunmittelbare Körperschaften über das Gebiet eines Landes hinaus

Der Landtag hat den Staatsvertrag über die Bestimmung aufsichtsführender Länder nach Artikel 87 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes an den Hauptausschuß überwiesen. Arbeits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) erklärte bei der Einbringung, mit der Neuregelung habe sichergestellt werden können, daß Sozialversicherungsträger nunmehr auch dann als landesunmittelbare Körperschaften geführt werden könnten, wenn sich deren Zuständigkeitsbereich über das Gebiet eines Landes hinaus, aber nicht über mehr als drei Länder erstreckte. Sie verblieben dementsprechend unter Länderaufsicht. Voraussetzung sei, daß die jeweiligen Länder das aufsichtsführende Land bestimmen müßten. Leider sei der einfache Vorschlag der Länder, das Sitzprinzip und damit die konkrete Aufsichtszuständigkeit unmittelbar in das Grundgesetz aufzunehmen, von der Bundesregierung nicht akzeptiert worden. Zur Bestimmung des aufsichtsführenden Landes bedürfe es deshalb jetzt der Form eines Staatsvertrages unter den jeweils beteiligten Ländern. Sinnvoll sei dabei allein der Abschluß eines 16-Länder-Staatsvertrages.

Auch wenn das Museum einen zweiten Standort im Ständehaus erhält

Weiter Option für Erweiterung der Kunstsammlung am Grabbeplatz

Die CDU-Fraktion befürchtet, daß mit der Entscheidung, der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen im alten Ständehaus ein zweites Standbein zu verschaffen, die Pläne einer Erweiterung der „geheimen“ Nationalgalerie für die klassische Moderne“ am Standort Grabbeplatz in Düsseldorf auf Eis gelegt werden könnten. SPD, GRÜNE und Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) beruhigten indessen die Opposition: Die Option auf Grundstücke werde offen gehalten. Ein Antrag der CDU wurde an den Kulturausschuß überwiesen (Drs. 12/1272).

Richard Blömer (CDU) unterstrich, die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen sei eines der kulturellen Aushängeschilder des Landes. Durch die Verbindung öffentlicher Finanzierung und privaten Mäzenatentums könne man eine Kunstsammlung präsentieren, die international Beachtung gefunden habe. Seit Jahren sei bekannt, daß die räumlichen Gegebenheiten der Kunstsammlung am Grabbeplatz in Düsseldorf unzulänglich seien. Zu Recht habe schon der damalige Direktor, Werner Schmalenbach, bemerkt, daß die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen schlimmstenfalls, das heiße ohne den notwendigen Erweiterungsbau, am Grabbeplatz ein hochkarätiges Fragment bleibe. Auch der jetzige Direktor der Sammlung, Professor Zweite, habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß er nicht nur eine Sicherung der Grundstücke am Grabbeplatz für die Kunstsammlung, sondern auch den Erweiterungsbau selbst für dringend erforderlich halte. Wohl eher der Not und den politischen Verhältnissen folgend, habe Zweite zwar der Nutzung des Ständehauses für die Zwecke der Kunstsammlung zugestimmt. Er habe aber auch keinen Zweifel daran gelassen, daß es nicht einfach sei, zwei sehr verschiedenartige Bauten in einen sinnvollen Bezug zu bringen. Die CDU wisse sich mit Kunstexperten einig, daß der Erweiterung am Grabbeplatz unbedingt Vorrang zu geben sei. Man befürchte, daß mit der Entscheidung „Ständehaus“ auf lange Zeit Pläne für eine Erweiterung am Grabbeplatz auf Eis gelegt würden.

Manfred Böcker (SPD) wies darauf hin, daß in den Haushaltsplanentwurf 1997 immerhin fünf Millionen Mark Planungskosten und drei Millionen Mark Verpflichtungsermächtigungen eingestellt seien. Böcker betonte, daß das Parlament natürlich ein ureigenes Interesse daran habe, zu einem vernünftigen Nutzungskonzept im Ständehaus zu kommen. Die SPD habe gegenüber der Landesregierung immer die Auffassung vertreten, daß im Zuge der Überlegung von Nutzungskonzepten für das Ständehaus auch der Gedanke einer Mitnutzung durch die Kunstsammlung NRW erwogen werden müsse. Um es deutlich zu sagen: Die Nutzung des Ständehauses auf der einen und die Erweiterung der Kunstsammlung auf der anderen



Die „geheime Nationalgalerie“ des Landes am Grabbeplatz in Düsseldorf.

Seite seien zwei völlig verschiedene Dinge, die ständig miteinander vermengt würden. Er stimme mit der Meinung einer renommierten Tageszeitung überein, die die Kunstsammlung NRW als eine „heimliche Nationalgalerie der klassischen Moderne“ bezeichnet habe. Von daher könne er die CDU beruhigen: Die Lösung der Nutzungsfrage des Ständehauses sowie der Finanzierung würden nicht zu Lasten der Kunstsammlung NRW gehen. Der Stadt Düsseldorf dankte der Abgeordnete, daß sie bereit sei, das in Rede stehende Grundstück am Grabbeplatz/Ratinger Straße auch weiterhin für den Zweck des Erweiterungsbaus vorzuhalten.

Brigitte Hermann (GRÜNE) meinte, die CDU wisse eigentlich sehr wohl, daß ihr Antrag vollkommen überflüssig sei, weil überall schon verkündet worden sei, daß die Grundstücke am Grabbeplatz gesichert werden sollen. Sie denke sich aber, daß die CDU auch ein wenig noch ein anderes Ziel verfolge. Beispielsweise werde in dem CDU-Antrag das Nutzungskonzept zum Ständehaus angesprochen. Sofern sie richtig interpretiere, sei bei der CDU eine gewisse Skepsis zu verspüren. Doch wenn die CDU mit dem vorliegenden Nutzungskonzept nicht einverstanden sei, müsse sie sich fragen lassen: „Warum sagen Sie das nicht laut und deutlich?“ Sie sei der Meinung, daß die Konzeption „Kunstsammlung Ständehaus“ eine große Chance biete, diesen Ort zu einem lebendigen kulturellen Mittelpunkt zu machen. Es sei vorgesehen, im Ständehaus innovative und zukunfts-trächtige Kunst zu zeigen und so ein Forum aktueller Kunst, ein Zentrum des Austausches und der Kommunikation zu schaffen. Um den kulturellen Stellenwert der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen zu erhalten, müsse der Erweiterungsbau am Grabbeplatz gesichert werden. Ob er jedoch angesichts der Tatsache, daß das Ständehaus vor weiterem Verfall bewahrt werden müsse, im Vordergrund stehen könne, sei allerdings auch eine Frage. „Ich denke, es werden große, große Anstrengungen notwendig sein, um beide Bauvor-

haben zu realisieren“, schloß Frau Hermann.

Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) wiederholte einen Satz aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Kuckart, der lautete: „Die Option eines Erweiterungsbaus für die Kunstsammlung besteht weiterhin. Die Realisierung ist aus Haushaltsgründen zur Zeit noch nicht möglich.“ Diese präzise und knappe Antwort habe die CDU offenbar immer noch nicht zufriedenstellen können. Eine vorliegende Machbarkeitsstudie habe die CDU-Fraktion nun zu zwei Forderungen veranlaßt. Die erste laute: Der Landtag solle feststellen, daß mit dem vorliegenden Nutzungskonzept die dringenden Raumprobleme der Kunstsammlung in keiner Weise gelöst würden. Die Lösung Ständehaus dürfe nicht zu Lasten der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen gehen. Diese Sorge der CDU-Fraktion sei aus verschiedenen Gründen unbegründet. Die Landesregierung habe immer wieder festgestellt, daß die Option für eine Erweiterung der Kunstsammlung am jetzigen Standort Grabbeplatz unbeschadet eines möglicherweise zweiten Standorts im Ständehaus aufrechterhalten bleibe. Es gebe aber noch einen weiteren Grund, warum das Ständehaus kein Ersatz für die Erweiterung der Kunsthalle am Grabbeplatz sein könne. Das ergebe sich aus dem aus künstlerischer Sicht eigenständigen Programm, das dort umgesetzt werden solle. Kunstsammlung und Ständehaus würden sich gegenseitig stützen. Beide Häuser entwickelten jedoch ein ganz eigenes Profil: historischer und internationaler ausgerichtet das eine Haus, zukunftsorientierter und regionaler das andere Institut. Die Ministerin folgerte: „Der Umbau des Ständehauses geht nicht zu Lasten der Kunstsammlung am Grabbeplatz.“ Dennoch wollte sie mit offenen Karten spielen: „Der Erweiterungsbau am Grabbeplatz wird sich in der jetzigen Legislaturperiode finanziell wohl nicht mehr verwirklichen lassen.“ Frau Brusis schloß indessen: „Wir machen alles, was erforderlich ist, damit die Realisierung der Option auf die notwendige Erweiterung in der Zukunft möglich ist.“



Eine Delegation aus Perm und der Republik Udmurtien hat in einem Gegenbesuch Nordrhein-Westfalen besucht, um sich über Strukturen der Jugendpolitik und Jugendhilfe zu informieren. In Fachgesprächen unter anderem im Landtag stellten sich dabei viele Gemeinsamkeiten heraus. Die Landesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz e.V. (AJS), die diese Informationsreise für den Bund vorbereitet und durchgeführt hat, konnte nach Aussagen ihres Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten Jürgen Jentsch (SPD, l.) viele neue interessante Kontakte knüpfen. Die russischen Gäste aus der Region Perm unter Leitung des Staatssekretärs Alexander Kozenkov (Mitte, 2. Reihe) und der udmurtischen Staatssekretärin Marina Dolmatova (r.) haben dabei deutlich gemacht, daß sie an einem intensiven Dialog mit den NRW-Jugendpolitikern interessiert seien und diese Verbindung ausbauen wollten.

Foto: Schälte

Probleme mit Anschluß von Opel Bochum an Autobahn

Die CDU-Opposition hat sich mit ihrem Antrag „Planung für die Südtangente Bochum zwischen dem Autobahnkreuz Bochum/Witten und dem Sheffieldring aufnehmen“ für den Autobahnanschluß zum Opelwerk eingesetzt. Nach Auffassung des Verkehrsministers greift diese Lösung zu kurz. Der alte Ruhrschnellweg müßte in ein Gesamtkonzept eingebunden werden. Mit den Stimmen der Koalition wurde der Antrag (Drs. 12/1270) in direkter Abstimmung abgelehnt.

Günter Langen (CDU) erinnerte daran, daß ein Antrag für die Realisierung der Südtangente in Bochum mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN abgelehnt worden sei. Ungläubig werde man, wenn man höre, daß gerade die SPD den wichtigen Anschluß des Opel-Werkes ablehne, da sich die Sozialdemokraten im Vorfeld und nach langen Diskussionen zu einem Anschluß des Opel-Werkes an das Autobahnnetz durchgerungen hätten. SPD und GRÜNE hätten einen Landtagsbeschluß herbeigeführt und darin gegen die Umsetzung einer getroffenen Vereinbarung zwischen Bundes- und Landesverkehrsminister votiert. Fatal wäre es für den Standort Bochum, für die betroffenen Arbeitsplätze, für die Glaubwürdigkeit einer Landesregierung, wenn diese Vereinbarung nicht zum Tragen käme.

Heinz Wirtz (SPD) betonte, allein mit diesem Straßenabschnitt zur A 43 seien die Verkehrsprobleme im und am Ort für Bochum nicht gelöst. „Nein, sie verlagern und verschlimmern die Situation nur.“ Denn die Opposition biete nur einen Lösungsansatz in eine Richtung zur A 43. Die andere Verkehrsrichtung beziehe sie gar nicht mit ein. Damit sei Opel nicht geholfen, denn deren Fahrzeuge stünden dann nur einige wenige Kilometer weiter im Stau, und dieses sei dann eine Einbahnstraße für Opel. Die SPD wolle eine Lösung in einem Gesamtkonzept. Es handle sich dabei aber nicht um eine Fortsetzung der Gesamt DuBoDo. Man wisse, daß es Ziel der CDU sei, die DuBoDo insgesamt bis Velbert zu bauen. „Wir wollen diese DuBoDo-Verbindung nicht.“

Gisela Nacken (GRÜNE) hielt dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Linssen vor, ihm gehe es nicht um die tatsächlichen Verkehrsprobleme der Stadt Bochum oder des Ruhrgebietes. Sonst hätte er hier nämlich deutlich machen müssen, daß für die jetzt angeblich ganz dringend und sofort von Opel benötigte Anbindung bis nach dem Jahr 2000 kein Geld zur Verfügung stehe. Alle Zeitungen hätten berichtet, daß für den Bundesverkehrsminister der vordringliche Handlungsbedarf bei der Rheinquerung der A 44 bestehe, daß für diese Maßnahme das Geld zur Verfügung stehe, nicht aber für das Teilstück, von dem gerade gesprochen worden sei. „Ob also Gelder fließen können, steht angesichts der Risiken, die der Bundeshaushalt darüber hinaus noch birgt, eher in den Sternen.“

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) berichtete, das Neue an seinem Ge-

Bewertung der Neuorganisation der Polizei durch Staatsanwaltschaft

Um die Bewertung der Neuorganisation der Polizei durch die nordrhein-westfälische Staatsanwaltschaft ging es bei der Beratung eines entsprechenden Antrages der CDU-Fraktion (Drs. 12/1177)

Heinz Paus (CDU) sagte: „Wir meinen, daß auch diejenigen befragt werden sollten und deren Erfahrungen mit der bisherigen Neuorganisation ausgewertet werden müssen, die aufs engste mit der Polizei zusammenarbeiten müssen, also die Justiz unseres Landes, vor allen Dingen die Staatsanwaltschaften.“ Das Anliegen des CDU-Antrages sei es, auch von ihnen umfangreiche Erfahrungsberichte anzufordern.

Hans-Peter Meinecke (SPD) erklärte, die wichtigsten Merkmale der Neuorganisation der Polizei seien und sollten weiterhin sein: Straffung des Innendienstes, Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von Verwaltungs- und Logistikkfunktionen, Stärkung des bürgernahen Wach- und Bezirksdienstes, enge Zusammenarbeit zwischen den Aufgaben von Schutz- und Kriminalpolizei, verstärkte örtliche Kriminalitätsbekämpfung sowie verstärkter und konzentrierter Einsatz gegen besonders sozialschädliche Kriminalitätsformen und organisatorische Stärkung der Kriminalitätsvorbeugung.

Roland Appel (GRÜNE) betonte: „Daß die Neuorganisation stattgefunden hat, das wissen wir.“ Dagegen, daß man, wenn man das Ganze auswerte, auch einmal die Staatsanwaltschaft mit einbeziehen könnte, sei im Prinzip auch nichts zu sagen. „Wir sehen nur nicht den Bedarf, daß man hierüber eine große Debatte haben muß.“

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) wies darauf hin, daß der Prozeß der Evaluierung schon längst in Gang sei. Die Fragebögen seien längst verschickt. Heute würden schon die Gespräche mit den Kreispolizeibehörden geführt. Es würden Inspektionen vor Ort vorgenommen. An die CDU gewandt, sagte der Minister: „Genau diese Überprüfung, die Sie glauben erst einfordern zu müssen, ist schon lange im Gang. Das ist etwas, das selbstverständlicher Bestandteil ist.“

sprach mit dem Bundesverkehrsminister sei, daß sich Kollege Wissmann auf die sogenannte Bochumer Lösung eingelassen habe, die aus dem Ausbau der A 40, also des alten Ruhrschnellweges, der Anbindung der Westtangente Bochum an die A 40 im Bereich Bochum-Stahlhausen bestehe, und daß er die Querspange Bochum als vorrangige Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und zum Abbau von Verkehrsbeeinträchtigungen in diesem Teil des Ruhrgebietes nachdrücklich unterstütze. „Das ist das Neue.“ Der CDU-Antrag, der nur über die Querspange Opel spreche, erfasse das Problem nicht annähernd, stellte der Minister fest.

Fußball-WM darf keine Exklusiv-Veranstaltung werden Jedermann soll Spiele live am Bildschirm sehen können

Die drei im Landtag vertretenen Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN haben einen gemeinsamen Antrag einstimmig angenommen, wonach die Fußball-Weltmeisterschaft im Fernsehen keine Exklusiv-Veranstaltung für diejenigen werden darf, die bereit sind, dafür zu zahlen (Drs. 12/1275).

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, machte deutlich, die CDU-Fraktion teile die Sorgen vieler Millionen Fußballbegeisterter, daß sich die hohen Rechtekosten der Weltfußball-Organisation FIFA in Zukunft nur der leisten könne, der als Veranstalter durch das sogenannte Pay-TV Fußballspiele gegen ein zusätzliches Entgelt ausstrahlen dürfe, also nicht wie bisher entweder das gebührenfinanzierte öffentlich rechtliche oder das werbefinanzierte private Fernsehen. Frau Hieronymi forderte, die Ministerpräsidenten sollten bei ihren weiteren Verhandlungen zu den Rundfunkstaatsverträgen sicherstellen, daß die Fernsehzuschauer die Fußball-Weltmeisterschaften und andere sportliche und gesellschaftliche Großereignisse auch in Zukunft ohne zusätzliche weitere Zahlung sehen könnten. Zu den Kommunikationsmärkten stellte sie fest, gerade weil man als CDU bereit sei, die Märkte, auch die Rundfunkmärkte konsequent zu öffnen, sage man mit aller Entschiedenheit, der Markt könne nicht alles regeln. Wie in der Wirtschaftspolitik sei man eben nicht für die freie Marktwirtschaft, sondern für die soziale Marktwirtschaft.

Sperre durch Pay-TV

Marc Jan Eumann (SPD) sagte: „Ziel des gemeinsamen Antrages ist es, daß es auch in Zukunft möglich sein muß, daß Fußballspiele, aber auch andere große gesellschaftliche Ereignisse live und von jedermann am Bildschirm gesehen werden können, ohne dickes Portemonnaie. Das ist die politische Forderung, auf die wir uns hier in Nordrhein-Westfalen verständigt haben.“ Der Abgeordnete fuhr fort, denn das Szenario, das drohe, verheiße wenig Gutes. Daß es hier auch nicht um Zukunftsmusik gehe, mache ein Blick über die Landesgrenzen deutlich. In Frankreich koste ein Fußballspiel mittlerweile im Pay-TV umgerechnet 15 Mark. Dazu müsse man noch die monatliche Grundgebühr von 30 Mark zahlen. In Großbritannien habe der Boxkampf Tyson gegen Bruno 10 Pfund gekostet, das seien 24 Mark, in den USA sogar 45 Dollar, das seien dann schon fast 70 Mark. Hier zeichne sich eine Zweiklassengesellschaft ab, und es könne etwas nicht stimmen, wenn der Geldbeutel und nicht der Fernsehknopf darüber entscheide, ob man ein wichtiges Ereignis im Fernsehen verfolgen könne oder nicht. Aber der Redlichkeit halber müsse man sagen: „Wir haben die Debatte nicht erfunden.“ Schon im Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen aus dem Jahre 1989 sei das Fenster aufgeschlagen worden, sich dieser Debatte anzunehmen.



Allseitiges Plädoyer für den Breiten- und Amateursport, auch auf den Fußballplätzen: Junge Kicker in Gelsenkirchen.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, warf die Frage auf, wie zum Beispiel der DFB, aber auch die FIFA und die Vereine, die heutzutage über Werbeeinnahmen und anderes jede Menge Kohle machten, groß geworden seien. Die seien ja bekannt geworden, teilweise weltweit bekannt oder auch in der Bundesrepublik bekannt, mit Hilfe des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, durch Übertragungen. Irgendwann einmal hätten die gesagt: „Ihr habt uns zwar groß gemacht und dafür gesorgt, daß wir heute diese Werbeeinnahmen haben, aber jetzt interessiert uns das nicht mehr, und wir privatisieren eben dieses öffentliche Gut Information über Fußballveranstaltungen und verkaufen es zum Beispiel Herrn Kirch, der dann sieht, was er dadurch für einen Zugewinn hat.“ Appel schloß, diese Vorgänge werde man in Zukunft unter öffentlich-rechtlichen, unter verfassungsrechtlichen Fragen näher zu prüfen haben. Denn man lebe in einer Gesellschaft, in der Information einen immer höheren Stellenwert bekomme und in der sich die Frage stelle, inwieweit und welche Informationen privatisiert werden könnten und wie sie auf Dauer öffentlich und privat verteilt seien.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) freute sich, daß der Landtag bei einem wichtigen Thema einig sei, auch wenn die Begründungen sehr unterschiedlich seien. Er sei fest davon überzeugt, daß man nicht einerseits von der Verfielfältigung technischer Möglichkeiten in den Medien reden und damit andererseits ein exklusives Recht für Besserverdienende, bestimmte Sendungen zu sehen, verbinden könne. Das lasse sich nicht vereinbaren. Es sei ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, daß Sportveranstaltungen und Großveranstaltungen aller Art für jeden zugänglich seien und nicht auf Pay-TV begrenzt sein dürften. Der Ministerpräsident schränkte indessen ein, nachdem es das duale System gebe, sei er

der Meinung, daß NRW eine Medienpolitik betreiben müsse, die soviel wie möglich an Wertschöpfung, an Arbeitsplätzen auch innerhalb des dualen Systems in NRW binde und nach NRW hole. „Ich möchte, daß alle Fernsehzuschauer und Radiohörer vollen Zugang zu den Informationen haben. Zu den Informationen gehört in einem Land wie Nordrhein-Westfalen der Sport in einem Maße, wie in kaum einem anderen Bundesland“, betonte Rau. Er wünschte sich aber auch, daß alle Rundfunksender den Breitensport und den Amateursport ernst nähmen und sich nicht auf die Sportarten wie Fußball und Tennis konzentrierten, die eine stark merkantile Seite hätten. Der Regierungschef schloß: „Ich verspreche dem Landtag: Wir werden alles tun, damit Pay-TV, wo es denn entsteht, nicht eine Sperre wird für Menschen, die an Sport- und an anderen gesellschaftlichen Ereignissen interessiert sind. Alle sollen Zugang haben.“

Dr. Hans Kraft (SPD) bekräftigte, Fußball sei ein Riesenereignis, eine Massenbewegung. Der Fußballverband in Nordrhein-Westfalen habe über eine Million Mitglieder. Was im Fernsehen gezeigt werde, seien die Gladiatoren, die Plutokraten des Sports. Aber die große Masse im Fußball sei der Breitensport, seien die Amateurevereine. Kraft regte an, eine sportfachliche Debatte zu führen über das, was über die Medien als Bild des Sports vermittelt werde. Was den Fußballsport und andere große Sportarten wirklich ausmache, da lägen zum Teil Welten dazwischen. Fußball als Breitensport werde bei uns ja von Hunderttausenden von Kindern und Jugendlichen betrieben. Er habe eine gesellschaftliche, eine sozialpolitische Bedeutung: Teamgeist, Fairplay usw. Der Abgeordnete berichtete, Egidius Braun, der Fußballpräsident, habe dem Kollegen Herder mit auf den Weg gegeben: Kommerz total werde er nicht mitmachen.



Bekannte Kabarettisten am Rednerpult des Landtags (v. l.): Konrad Beikircher, Lioba Albus, Rainer Kröhnert, Claudia Matschulla, Rainer Pause.

Fotos: Schälte

Premiere Kabarett im Parlament

„Die Falschen Fuffziger“

Im Rahmen der Veranstaltungen zum 50. Geburtstag des Landtags Nordrhein-Westfalen begrüßte Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 18. September rund 600 Gäste zur „ersten außerordentlichen Sitzung in der Geschichte des Landtags NRW“, einem kabarettistischen Abend, inszeniert im Plenarsaal nach einer Idee der Bonner Wortkünstlerin Karin Hempel-Soos. Unter den 17 „Falschen Fuffzigern“ befanden sich bekannte Namen wie Konrad Beikircher, Richard Rogler und Rainer Kröhnert. Auch vier Abgeordnete aus der Bundestagsgruppe „Die Wasserwerker“ waren dabei. Die „Sitzung“ wurde geleitet vom „Präsidenten“ Norbert Alich, assistiert von „Alterspräsident“ Rainer Pause.

Der „echte“ Präsident Schmidt forderte die Kabarettisten auf, den Landespolitikern zu zeigen, „wer was wie macht, gemacht hat oder machen sollte und gleichzeitig den Finger in offene Wunden zu legen“.

Und das „Präsidium“ folgte ihm sofort: „Ihr habt nicht dafür gesorgt, daß der Bundestag in Bonn bleibt!“

Als „Frauenbeauftragte“ rechnete Lioba Albus mit den Männern ab. In Anbetracht von „Frauenwechsel“ während der „midlife-Krise“ solle auch bei 50jährigen Männern von Wechseljahren gesprochen werden. Konrad Beikircher lobte Nordrhein-Westfalen als Modell für Europa, weil es die verschiedensten Stämme zu einer gigantischen Wohngemeinschaft zusammenschmiedet habe. Mit seiner fundierten Kenntnis des rheinischen Gemüts erhob er den Klüngel zur „Basis der Demokratie“ durch „Umsetzung von Freundschaft in Politik“. Klüngel schaffe durch sozialregionale Vernetzung in einer Gesellschaft ein „Internet der Zufriedenheit“, das nicht zu versöhnen brauche, was nicht zerstritten sei. Außerdem: „Wen könnte ich besser kontrollieren als den, der mir vertraut.“ Karin Hempel-Soos assoziierte „Ergrautes“

und „Gräuliches“ mit dem 50-Jahre-Jubiläum und nahm sich vor allem den früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Farthmann wegen seiner zeitweiligen Rolle als „Frauenbeauftragter“ vor. Sie ermahnte weitere prominente Landespolitiker, Potenz nicht mit Kompetenz zu verwechseln, und forderte eine Verteidigungsministerin für NRW aus den Reihen der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Furien“, damit sie den Führungsgenossen ihre Truppen besorge.

„Die ohne Rückgrat“ bezeichnete Claudia Matschulla als Härtefälle in ihrem Massage-Salon im Keller des „Ständerhauses“ und warb auch für ihre Heilkünste beim eingeschlafenen Gesäß der Politiker, an der Problemzone steifer Hals sowie für ihre „parteiübergreifende Kopfmassage“. Als Jugendsekretär in der Gewerkschaft ging Ingo Appelt noch ein wenig weiter unter die Gürtellinie. Die Abordnung der „Wasserwerker“ des Bundestags mit Eckhard Kuhlwein, Evelin Fischer, Jella Teuchner und Jürgen Koppelin sang den „Bundestags-Blues“ und „Lobet die Herren“, und die Sächsin Fischer ließ sich im Bus nach Spanien über die immer noch lebendige Stasi aus. Aus dem „Freizeitpark“ Sauerland berichteten Augustin Upmann und Roman Marczewski musikalisch von ihrem Hobby, „nichts zu tun und sich davon auszuruhen“. Erstmals wurde das Loch in der Mitte des Plenarsaals geöffnet und der Grundstein mit Beipack-Zettel herausgehoben: „Bei Hochwasser bitte nicht den Stöpsel ziehen, gezeichnet Schürmann“. Ein weiterer Höhepunkt war der Auftritt des im Programm noch nicht angekündigten Rainer Kröhnert, der sowohl politische Prominenz als auch Talkmaster Erich Böhme imitierte.

Zwei Mädchen aus NRW

Zwei Mädchen aus Nordrhein-Westfalen nahmen am diesjährigen Mädchen-Abenteuer-Camp der Firma Siemens statt. Eycke Enders, 18, aus Kamp-Lintfort und Kirstin Kellerhoff, 16, aus Warstein-Allagen, qualifizierten sich unter 200 Bewerberinnen für das fünftägige Programm mit riskanten Sportarten wie Freeclimbing und Segelfliegen und Technik-Übungen (Zusammenbau eines Walkman-Verstärkers), an dem 20 Mädchen aus dem ganzen Bundesgebiet teilnehmen konnten.



Für ihr außergewöhnliches Engagement auf dem Gebiet der Kultur erhielten die früheren Landtagsabgeordneten Hildegard Matthäus (CDU) und Dr. Eugen Gerritz (SPD, 2. v. r.) den Rheinlandtaler des Landschaftsverbands Rheinland. Im Kaisersaal der Abtei Brauweiler würdigte der Vorsitzende der Landschaftsversammlung Dr. Jürgen Wilhelm (r.) die zwei Persönlichkeiten, die in ihrer Biographie und bei ihren kulturpolitischen Aktivitäten viel Gemeinsames hätten. Ebenfalls dabei: Landesdirektor Ferdinand Esser (l.). Foto: Ludger Ströter

Literatur

Verfassung kommentiert

In Zusammenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung mit dem deutschen Gemeindeverlag und dem Kohlhammer Verlag entstand das Buch „Die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen-Kommentar“.

Der Autor Christian Dästner gibt eine Gesamtdarstellung der nordrhein-westfälischen Verfassung, die für einen breiten Leserkreis ohne juristische Vorbildung gedacht ist. Es ist, abgesehen von wissenschaftlichen Kommentaren für die juristische Fachwelt, der einzige aktuelle Kommentar für einen solchen Leserkreis. Der Kommentar enthält neben dem Text der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen einen Kommentarteil, in dem die Bedeutung jedes einzelnen Artikels erklärt und ihre Besonderheiten erläutert werden. Die Darstellung konzentriert sich der Zielsetzung entsprechend auf die Herausarbeitung der wesentlichen Grundzüge unserer Verfassung. Dabei wird jedoch auf die wichtigsten Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs NRW und des Bundesverfassungsgerichts in bezug auf die Konkretisierung des Landesverfassungsrechts nicht verzichtet. Auch auf aktuelle landespolitische Beispiele wird eingegangen.

In der Einleitung schildert der Autor zum bessern Verständnis der Verfassung kurz die Bildung des Landes NRW, kontroverse Positionen während der Entstehung der Landesverfassung sowie ihre Bedeutung im Bundesstaat.

Der an Einzelfragen interessierte Leser findet am Ende des Buches eine Zusammenstellung weiterführender wissenschaftlicher Literatur.

Fazit: Ein hervorragender Einstieg für politisch Interessierte, die Auskunft über den Inhalt der nordrhein-westfälischen Landesverfassung suchen.

Dästner, Christian, Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen - Kommentar, Köln, 1996 (Hg. Landeszentrale für politische Bildung NRW, für die Mittler der politischen Bildung.)

Pressestimmen zu Goldhagens Buch als Dokumentation

Die im März in Buchform erschienene Dissertation von Daniel Jonah Goldhagen „Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust“, die unter dem deutschen Titel „Hitlers willige Vollstrecker“ im Siedler Verlag erschienen und für 59,80 Mark im Buchhandel erhältlich ist, hat international für Aufsehen gesorgt. Die Bandbreite der deutschen Veröffentlichungen in den Tageszeitungen und Wochenzeitschriften hat das Referat Bibliothek und Information des Landtages in einer Dokumentation zusammengefaßt. Sie trägt die Überschrift „Ein neuer Historikerstreit? Die Goldhagen-Debatte“. Die gesammelten Presseberichte und Zeitschriftenbeiträge liegen als Bröschüre in der Bibliothek des Landtages aus. Sie können aber auch beim Referat III.1., Postfach 101143, 40002 Düsseldorf, bezogen werden.



Kondition bewiesen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (M.) und der SPD-Abgeordnete Dr. Hans Kraft (r.) beim diesjährigen Kö-Lauf. Bei einem Prominentenwettbewerb kamen die beiden Politiker in der Spitzengruppe ins Ziel. Mit dabei war auch der Düsseldorfer Richter Fritz von Beesten (l.), ein erfolgreicher Marathonläufer und Triathlet.

Foto: Elsner

Fußballdebakel in Köln: Mit Herz und Lust gegen Schmerz und Frust

Ein Herz und der Schriftzug „Herzenslust“ zieren die Trikotbrüste des Cream Team Cologne. Mit Herz und Lust berannte das Cream Team, das Schwulen Fußball-Weltmeister ist, den Kasten des FC-Landtag, in dem Jan Buitenweg sein Torwartdebüt gab.

Dem FCL fehlte es in der Partie auf der Bezirkssportanlage in Köln-Chorweiler nicht nur an einem Vollstrecker, sondern eigentlich an allem: er präsentierte sich als zusammenhangloser, undisziplinierter Haufen, der dem Cream Team wenig bis nichts entgegensetzte.

zen hatte. Psychisch wie physisch machte die Parlamentsmannschaft einen ausgebrannten Eindruck, so daß allen Fans des FCL angst und bange bei einem Blick in die Zukunft und auf die kommenden Spiele, von denen jedes das schwerste ist, werden muß: So schlecht zeigte sich der FCL noch nie in seiner nunmehr 15jährigen Vereinsgeschichte.

Anders dagegen das Cream Team: jünger, schneller, eingespielt, in Spiellaune, immer wieder von seiner agilen Trainerin nach vorne getrieben und zu variantenreichen Kombinationen angehalten — Vorbereitung auf die schwulen Fußball-WM in Dallas. Vor allem bei Flanken und Ecken taumelte der FCL, obwohl sich Heiner Steffen, seit langem mal wieder im Dreß des Landtages, bravours den Angriffsbrandungen des Cream Team entgegenstemmte. Begünstigt durch haarsträubende Fehler im FCL-Gefüge fielen die Tore wie reife Trauben: Vier vor der Pause, und wie abgezählt, auch vier danach. In der zweiten Spielhälfte flackerten wenigstens ab und zu mal die Widerstandskräfte des FCL auf, manchmal gar entfalteten sich zaghafte Ansätze von Spielkultur. Ein geringer Trost bei einer Niederlage von acht zu null: Herz und Lust gegen Schmerz und Frust.

Neuer Medienkatalog der Landeszentrale als Buch und Diskette

Der Medienkatalog 1996/1997 der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist erschienen. Er beschreibt über 400 Filme für die politische und kulturelle Bildungsarbeit, die in den Bildstellen, Medienzentren, beim Landesfilmdienst und in immer mehr Bibliotheken Nordrhein-Westfalens ausgeliehen werden können. Das Angebot ist noch differenzierter geworden: Neben bewährten Klassikern findet man aktuelle Qualitätsfernsehfeatures und Dokumentationen unter anderem aus den Bereichen Gentechnik, Zukunft der Arbeit und elektronische Kommunikation. Ganz neu: Der Katalog auf Diskette. Er bietet alle Daten der Printausgabe, dazu noch komfortable Recherche-, Weiterverarbeitungs- und Updatemöglichkeiten. Beide Kataloge sind kostenlos zu erhalten bei der Landeszentrale für politische Bildung, 40190 Düsseldorf.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Peter Krug, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 10. Oktober, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

SPD-Fraktion

Zukunftsforum „Multimedia“ Chancen und Risiken

„Wir brauchen eine breite Wissensgrundlage über die Entwicklung und Auswirkungen der Informationsgesellschaft.“ Mit diesen Worten begrüßte SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen die Teilnehmer des Zukunftsforums „Multimedia“, zu dem die SPD-Landtagsfraktion eingeladen hatte. Matthiesen:

„Es ist heute bereits deutlich, daß sich der Wert erworbener Qualifikationen verändern wird. Ebenso werden die Anforderungen an neue Qualifikationen steigen. Das soziale Zusammenleben wird sich neu gestalten, und die gesellschaftlichen Institutionen müssen darauf mit neuen Orientierungen reagieren. Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar, daß längst nicht mehr das „Ob“ der Informationsgesellschaft zur Diskussion steht, wohl aber das „Wie“.

Allererstes Ziel auch der Landespolitik muß es sein, das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Die Arbeitsplatzchancen, die hier die neuen Multimediatechnologien bieten, wollen wir für NRW nutzen. Wir wollen Rahmenbedingungen in unser Land schaffen und erhalten, die das Wachstum der Multimedia-Unternehmen fördern und Neuansiedlungen von Unternehmen begünstigen. Wir müssen uns aber auch mit der Befürchtung auseinandersetzen, daß es sich bei der Entwicklung der Arbeitsplätze um ein „Nullsummenspiel“ handeln könnte und bloße Verschiebungen zwischen einzelnen Berufszweigen und Branchen entstehen. Ich selbst glaube, daß es unter dem Strich neue arbeitsmarktpolitische Chancen gibt.

Nach meiner Überzeugung gibt es zur ökonomischen Nutzung der neuen Medien in unserer hochtechnologisierten Gesellschaft keine Alternative. Aber wir müssen uns sehr wohl der Frage nach den gesellschaftlichen Folgen stellen, die die Informationsgesellschaft für uns bringen kann. Hier geht es darum, wie wir die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien nutzen können, ohne daß soziale Einsamkeit entsteht oder noch weiter gefördert wird.

Wir brauchen auch eine Antwort auf die Frage, wie sich unsere Familien entwickeln werden, wenn die Mediennutzung immer mehr ansteigt. Wie wirkt sich eigentlich immer mehr Fernsehkonsum und zunehmendes Abtauchen von Kindern und Jugendlichen in die künstlichen, virtuellen Welten der neuen Medien auf das Zusammenleben in den Familien aus, auf Erziehung und Wertevermittlung.

Ganz entscheidend ist für uns auch die Frage des freien und öffentlichen Zugangs generell zu Informationen. Wir haben uns ganz aktuell im nordrhein-westfälischen Landtag mit diesem Problem befaßt. Alle Fraktionen waren sich einig darin, daß das Einkommen nicht entscheidend für den Zugang zu den bedeutenden gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Großereignissen sein darf.

Die Information ist bis heute ein öffentliches und freies Gut geblieben. Es darf nicht dazu kommen, daß sie demnächst weder frei noch öffentlich ist, sondern immer mehr verschlüsselt und immer mehr bezahlt werden muß.“

CDU-Fraktion

Rot-Grün lehnt Ausbau der Flughäfen ab

„Die rot-grüne Koalition hat sich spätestens jetzt vom Ausbau des Luftverkehrs verabschiedet.“ Dies bekräftigte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Günther Langen, nach der Sitzung des Verkehrsausschusses im Landtag. Dort hatten SPD und GRÜNE einen Antrag der CDU abgelehnt, in dem der Ausschuß den Beschluß von 1992 mit seinen konkreten Forderungen, ein leistungsfähiges und umweltgerechtes Luftverkehrskonzept für NRW umzusetzen, noch einmal bekräftigen sollte.

„Diese Bekräftigung wäre angesichts der von den GRÜNEN torpedierten Handlungsoptionen wichtiger denn je gewesen“, erklärte Langen. „Statt dessen hat die Koalition Forderungen wie die nach Ausbau des Flughafens Dortmund, einem Autobahnanschluß für den Flughafen Münster/Osnabrück oder den Ausbau des Köln-Bonner-Flughafens abgelehnt. Die Wirtschaft erwartet von der Politik hier eindeutige, positive Signale. Die hätte der Verkehrsausschuß heute setzen können und müssen. Doch jetzt wird hier erneut blockiert und damit die Wirtschaft weiter über die künftigen Pläne im unklaren gelassen.“ In einer von den anderen Punkten getrennten Einzelabstimmung hat Rot-Grün darüber hinaus dagegen gestimmt, den Flughafen Düsseldorf nach der Brandkatastrophe kapazitätserweitert wiederherzustellen.

Langen: „Die Luftverkehrspolitik in NRW entwickelt sich immer mehr zu einem Unsicherheitsfaktor. Das Land wird nicht fit gemacht für die nächsten Jahrzehnte, sondern ist auf dem besten Weg, in einen Dornröschenschlaf zu fallen, aus dem es eines Tages ein böses Erwachen geben wird.“

Kommunalwahlen in Niedersachsen: Wahlverlierer Forsa

„Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen war neben den Sozialdemokraten das sogenannte Meinungsforschungsinstitut Forsa der eigentliche Wahlverlierer.“ Mit diesen Worten kommentierte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linssen, die Bekanntgabe des vorläufigen amtlichen Endergebnisses in den niedersächsischen Kommunen. In einer Ende August veröffentlichten Prognose hatte das von Güllner geleitete Institut die Niedersachsen-SPD landesweit mit 44 Prozent klar vor der CDU (36 Prozent) platziert. Statt eines 8prozentigen Vorsprungs für die Sozialdemokraten kam ein SPD-Rückstand von 3,1 Prozent heraus. „Nachdem Güllner bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 1994 schon um 10 Prozentpunkte daneben lag, stellt der jüngste Forsa-Flop mit 11,1 Prozentpunkten im Olympia-Jahr einen neuen Rekord im Danebenspringen dar“, bemerkte Linssen. „Damit ist wieder einmal bewiesen, daß es egal ist, ob man einer Forsa-Umfrage glaubt oder im Kafeesatz liest.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Strafanzeige wegen Volksverhetzung

Die grünen Landtagsabgeordneten Roland Appel, Daniel Kreutz und Jamal Karsli haben Strafanzeige gegen die Verantwortlichen für das Flugblatt der Jungen Union Westerrholt gestellt. In dem Blatt, das im Rahmen der Auseinandersetzungen um den geplanten Hertener Standort für eine forensische Psychiatrie verteilt wurde, hat der konservative Nachwuchs unter der Überschrift „Stadt Herten — Müllablage des Landes NRW“ die Stichwörter „Müllverbrennungsanlage“, „Psychiatrie“ und „forensische Klinik“ in einem Atemzug aufgelistet.

Psychisch kranke Menschen werden damit als Müll hingestellt. So etwas darf in unserem Land — in welchem Zusammenhang auch immer — nicht wieder salonfähig werden. Unserer Einschätzung nach erfüllt das den Straftatbestand der Volksverhetzung. Wer glaubt, Ängste in der Bevölkerung gegenüber der geplanten forensischen Klinik bis zur Hysterie schüren zu müssen und sich dabei gegenüber kranken Menschen im Wörterbuch des Unmenschen bedient, rückt sich selbst in die Nähe faschistischer Ideologie, die psychisch Kranken und behinderten Menschen ihr Menschsein absprach.

Diskussionen über die konkreten Probleme des Maßregelvollzugs und des Standorts Herten sind nur sinnvoll, wenn der Konsens, daß es sich bei den Patientinnen und Patienten um Menschen handelt, nicht in Zweifel gezogen wird. Auch Menschen, die wegen ihrer psychischen Krankheit schwer straffällig wurden, bleiben Kranke, die einen unveräußerlichen Anspruch auf Behandlung und Resozialisierung haben. Wo immer erneut der Ausgrenzung und Aussonderung Kranker das Wort geredet wird, muß ein sozialer Rechtsstaat einschreiten.

Deswegen appellieren wir an alle Beteiligten, endlich mit einer sachlichen Auseinandersetzung über das Thema jenseits des St.-Florians-Prinzips zu beginnen. Denn es führt kein Weg daran vorbei, daß wir zur Dezentralisierung des Maßregelungsvollzugs und zur Verbesserung der Sicherheit einen zusätzlichen Standort für eine Forensische Klinik brauchen.



Christian Silvain heißt der Künstler (l.), der das Bild „Memoires“ schuf und dem Landtag zum Geschenk machte. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) nahm das Kunstwerk entgegen. Neben ihm Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender.

Foto: Schälte

Personalien

Professor Heinrich A. Große-Sender, Direktor beim Landtag, ist bei den Wahlen zum Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung wiedergewählt worden. Bei der sechsten Mitgliederversammlung der in Hamburg ansässigen Gesellschaft wurden ferner das Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, **Professor Dr. Ulrich Karpen** als Vorsitzender sowie die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, **Professorin Dr. Jutta Limbach**, Bundesverfassungsrichter **Professor Dr. Dieter Grimm**, der Minister a. D. **Herbert Helmrich**, **Dr. Jürgen Hensen** vom Bundesfinanzministerium, **Dr. Harald Kindermann** vom Auswärtigen Amt sowie der Justitiar des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, **Dr. Friedrich Kretschmer** im Vorstand bestätigt. ★

Dr. Wolfgang Lieb, nordrhein-westfälischer Regierungssprecher, wechselt als Staatssekretär ins Wissenschaftsministerium. Er tritt die Nachfolge von **Dietrich Küchenhoff** an, der auf eigenen Wunsch vorzeitig in Ruhestand geht. Lieb war von 1981 bis 1983 wissenschaftlicher Berater für die Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes, wechselte später ins NRW-Ministerium für Bundesan gelegenheiten und war ab 1984 in der Staatskanzlei tätig. 1991 ernannte ihn **Johannes Rau** (SPD) zum Regierungssprecher.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Eigentlich wollte er Lehrer werden, und weil er „nur“ die Mittlere Reife besaß, absolvierte Leonhard Kuckart erfolgreich eine Sonderbegabtenprüfung. „Doch dann kam der Hammer“, erinnert sich der CDU-Landtagsabgeordnete noch heute. Die damaligen Lehrer-Aspiranten mußten ein Instrument spielen, und das konnte er nicht. So erlernte der gebürtige Schwelmer, Jahrgang 1932, den kaufmännischen Beruf, wurde Verkaufsleiter und Prokurist in einem mittelständischen Unternehmen seiner Geburtsstadt.

Wie so viele der damals Gleichaltrigen fand auch der Siegerländer schon als 19-jähriger den Weg zur CDU. Später wurde er Vorsitzender des Kreisverbandes Ennepe-Ruhr und gehört heute dem Bezirksvorstand Westfälisches Industriegebiet an. Fast zwanzig Jahre war der Christdemokrat Mitglied des Rates der Stadt Schwelm und engagierte sich dabei insbesondere in den Bereichen Stadtentwicklung und Wirtschaft. Zehn Jahre lang stand er auch der CDU-Ratsfraktion vor. Seine kommunalpolitische Tätigkeit setzt der Landtagsabgeordnete heute im Kreistag Ennepe-Ruhr fort.

Als ihn die Partei vor den Landtagswahlen 1980 auf den 31. Platz der Landesreserveliste setzte, galt er schlechthin als „Zählkandidat“. Die Überraschung war für Leonhard Kuckart groß, als er wider Erwarten in den Landtag rückte. Mit einem guten politischen Gespür suchte sich der „Neuling“ eine „Marktlücke“ im parlamentarischen Geschäft aus - den Sportausschuß. Fünf Jahre später wurde er der Sprecher seiner Fraktion für den in der Vergangenheit oft vernachlässigten Bereich. Inzwischen ist der Sport in die Landesverfassung aufgenommen worden — und zu diesem nach seiner Einschätzung „herausragenden“ Ergebnis trug der Schwelmer nicht unwesentlich bei.

Seit 1980 gehört der Christdemokrat auch dem Kulturausschuß an, und er wurde im letzten Jahr zu seinem Vorsitzenden gewählt. In Anbetracht des bevorstehenden Umzugs der Bundesregierung nach Berlin und des europäischen Einigungsprozesses mit dem „Europa der Regionen“ sei NRW nach seiner Auffassung zu neuen Überlegungen in der Kulturpolitik gezwungen. „Wir brauchen Highlights in der Kulturlandschaft an Rhein und Ruhr.“ Der Ausschußvor-



Leonhard Kuckart (CDU)

sitzende macht sich in diesem Zusammenhang für Tanztheater stark. Und zwar deshalb, „weil wir beispielsweise mit Pina Bausch in Wuppertal und der Folkwangschule in Essen, mit bereits existierenden guten Balletts dafür beste Voraussetzungen haben“.

Und der Christdemokrat tritt dafür ein, daß die Kultur genauso finanziell gefördert werde wie der Sport. So kämen beispielsweise Gelder aus dem „Spiel 77“ und der Glücksspirale“ dem Sport zugute. „Warum nicht auch für die Kultur?“, fragt der Siegerländer. Und schließlich müßten die Sponsoren für die Kultur steuerlich gleich behandelt werden wie die für den Sport.

Für eine drängende politische Frage hält Leonhard Kuckart auch die Aktivierung der älteren Mitbürger für die Gesellschaft. Aufgrund ihrer Erfahrungen, die nicht zu erlernen seien, könnten sie wertvolle Hinweise für die Zukunft geben. Quantitativ hätten sie ohnehin schon einen großen Einfluß, der oft unterschätzt werde.

Sport und Kultur, die politischen Handlungsfelder, sind für Leonhard Kuckart auch die beiden Hobbies. Mit Gymnastik und Schwimmen hält er sich fit. Und er schreibt gern. So hat man ihm jüngst eine Kladde mit weißen Blättern geschenkt. Kurzgeschichten, die auf eigenen Erlebnissen und denen anderer beruhen, will er zu Papier bringen — ein ebenso außergewöhnliches wie interessantes Hobby eines Abgeordneten.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 2. bis 14. Oktober 1996

- 2.10. **Michael Breuer** (CDU), 31 J.
- 4.10. **Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE), 46 J.
- 4.10. **Birgit Fischer** (SPD), 43 J.
- 10.10. **Ewald Groth** (GRÜNE), 43 J.
- 10.10. **Daniel Kreutz** (GRÜNE), 42 J.
- 10.10. **Hedwig Tärner** (GRÜNE), 36 J.
- 11.10. **Renate Brunswicker** (CDU), 55 J.
- 11.10. **Horst Radtke** (SPD), 55 J.
- 11.10. **Helga Gießelmann** (SPD), 47 J.
- 12.10. **Günter Langen** (CDU), 61 J.
- 12.10. **Dr. Fritz Behrens** (SPD), 48 J.
- 13.10. **Manfred Degen** (SPD), 57 J.
- 13.10. **Hans Krings** (SPD), 54 J.
- 14.10. **Helmut Harbich** (CDU), 64 J.
- 14.10. **Loke Mernizka** (SPD), 57 J.

★

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), früherer Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, wird mit dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet. Wie die Pressestelle der SPD-Fraktion mitteilte, habe der Berliner Senat einen entsprechenden Beschluß am 10. September gefaßt. Die Auszeichnung soll Farthmann wegen seiner Verdienste um die Stadt Berlin am Dienstag, 1. Oktober, in der Bundeshauptstadt verliehen werden.

★



★

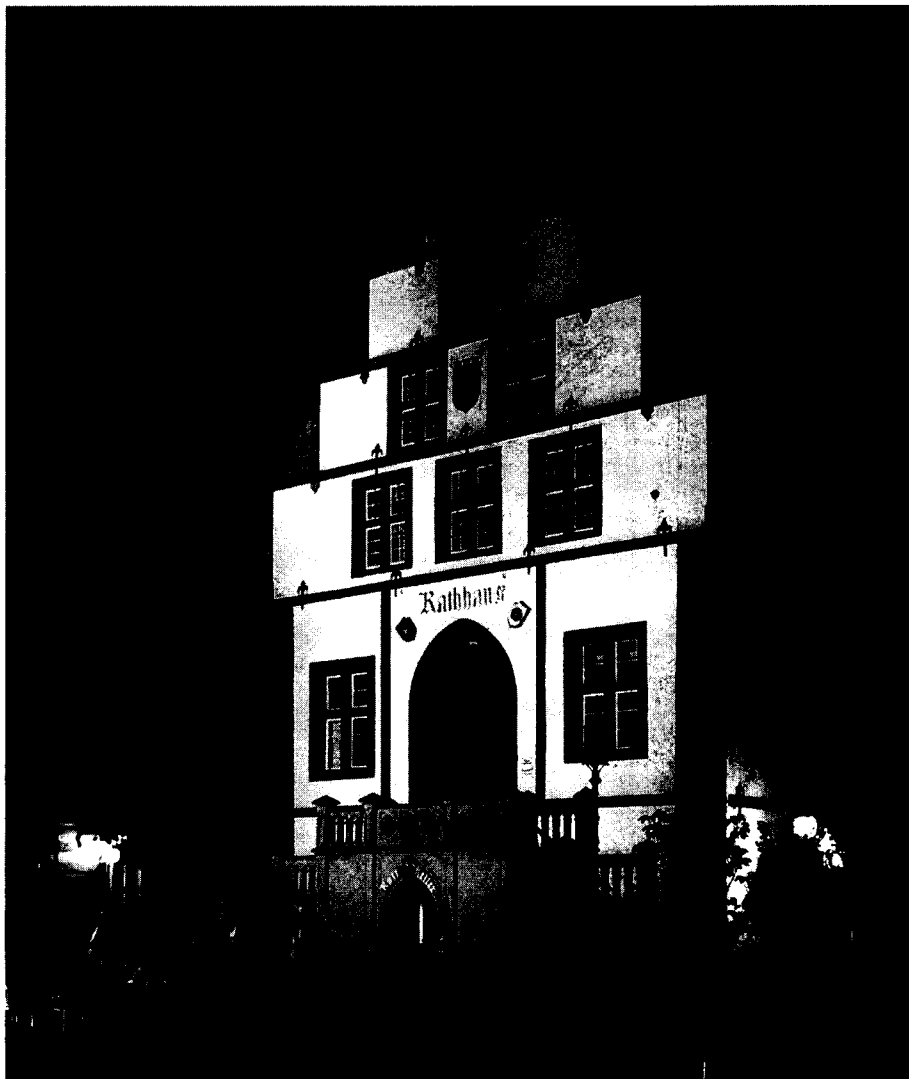
Dr. Karlheinz Bentele, ehemaliger Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, wird am 7. Oktober in sein neues Amt als Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes eingeführt. Er tritt die Nachfolge von **Johannes Fröhlings** an, der in den Ruhestand geht. An der Einführung auf der Düsseldorfer Rennbahn will auch Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) teilnehmen. Die Festrede hält WestLB-Vorstandsvorsitzender **Friedel Neuber**.

★

Das Zitat

„Das wirklich tiefe Wissen aus dem Herzen des Ruhrgebiets über den Fußball kulminiert in einem einzigen Satz: an Jesus kommt keiner vorbei außer Stan Libuda“. Der SPD-Abgeordnete **Dr. Hans Kraft** in der Debatte über Fußball, der nach Auffassung aller Fraktionen keine Exklusivveranstaltung im Fernsehen werden darf.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Salz prägte Geschichte der Stadt

Bad Salzungen mit seinen rund 50 000 Einwohnern ist eine geschichtsträchtige Stadt im Lipper Bergland, im Kernland der Weserrenaissance. Im „Bäderland Nordrhein-Westfalen“, das sich erst kürzlich bei den Tagen der offenen Tür im Landtag vorstellte, spielt das Staatsbad eine bedeutende Rolle. Die Indikationen umfassen Herz und Kreislauf, die Luftwege, den rheumatischen Formenkreis, Degenerative Knochenkrankungen, Osteoporose, Dermatosen, Frauenleiden, das Nervensystem und Allergien. Die Tradition als Kurort währt bereits 275 Jahre. In diesem Zeitraum entwickelte sich Bad Salzungen zu einem der beliebtesten Bäder in Deutschland. Dieser lange Zeitraum als Kurort hat das Gesicht der Stadt nachhaltig bestimmt. Der Charme der Gründerzeit ist allgegenwärtig: Schöne Badehäuser im Schatten mächtiger Bäume, ein großer Kurpark, der zum Flanieren einlädt. Wer sich fit halten will, kann sich auch der Bewegungstherapie zuwenden, für die Bad Salzungen inzwischen berühmt ist. Die Geschichte der Stadt aber hat eigentlich mit der Salzgewinnung begonnen. Die Salinen haben bis zum 19. Jahrhundert den Ort reich gemacht. Die Häuser in der Altstadt — auf unserem Bild das Rathaus — spiegeln noch den Wohlstand, den das weiße Gold brachte. In Erinnerung daran findet jedes Jahr im Mai in Bad Salzungen das Salzsiederfest statt, eines der größten und traditionsreichsten Straßenfeste Ostwestfalens. „Landtag intern“ wird in loser Folge auch über andere Bäder des Landes berichten.

Foto: Hotel- und Fremdenheim-Verband.